6. Sitzung

Kiel, Donnerstag, 13. Juni 1996

Bericht zur Zukunft der aktiven Arbeitsmarktpolitik in Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 14/75

Birgit Küstner (SPD) ... 261
Torsten Geerdts (CDU) ... 263
Matthias Böttcher (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) ... 264
Christel Aschmoneit-Lücke (F.D.P.) ... 265
Anke Spoorendonk (SSW) ... 267
Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales ... 268
Brita Schmitz-Hübsch (CDU) ... 270
Rolf Schroedter (SPD) ... 272

Beschluß: Überweisung des Berichts der Landesregierung an den Sozialausschuß zur abschließenden Beratung ... 272

Bericht zum Gesetz über zwingende Arbeitsbedingungen bei grenzüberschreitenden Dienstleistungen (Arbeitnehmer-Entsendegesetz, AEntG)

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 14/76

Änderungsantrag der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 14/84

Antrag der Fraktionen der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 14/87 (neu)

Änderungsantrag der Fraktion der CDU
Drucksache 14/90

Rolf Schroedter (SPD) ... 272
Martin Kayenburg (CDU) ... 274, 279
Matthias Böttcher (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) ... 276
Christel Aschmoneit-Lücke (F.D.P.) 277, 279
Anke Spoorendonk (SSW) ... 278, 280
Karl-Martin Hentschel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) ... 280
Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales ... 281

Beschlüsse: 1. Überweisung des Antrages Drucksache 14/76 an den Sozialausschuß und den Wirtschaftsausschuß ... 283
2. Annahme des Antrages Drucksache 14/87 (neu) ... 283

18. Tätigkeitsbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz beim Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtages

Drucksache 14/10

Ursula Kähler (SPD) ... 283
Thorsten Geißler (CDU) ... 285
Matthias Böttcher (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) ... 286
Wolfgang Kubicki (F.D.P.) ... 287
Anke Spoorendonk (SSW) ... 288
Dr. Ekkehard Wienholtz, Innenminister ... 288

Beschluß: Überweisung an den Innen- und Rechtsausschuß und alle übrigen Ausschüsse ... 289

Landeszentrale für politische Bildung
Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 14/80
Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/88
Ursula Röper (CDU) ... 289
Dr. Ernst Dieter Rossmann (SPD) ... 291, 300
Irene Fröhlich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) ... 293
Dr. Ekkehard Klug (F.D.P.) ... 294
Anke Spoorendonk (SSW) ... 295
Dr. Ottfried Hennig (CDU) ... 296
Detlef Matthiessen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) ... 298
Karl-Martin Hentschel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) ... 298
Gisela Böhrk, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur ... 298
Dr. Eberhard Dall'Asta (CDU) ... 300
Beschluß: Annahme des Antrages Drucksache 14/88 ... 301

Nachtragshaushalt 1996
Antrag der Fraktionen der CDU und F.D.P.
Drucksache 14/69
Thomas Stritzl (CDU) ... 301
Günter Neugebauer (SPD) ... 304
Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) ... 306
Wolfgang Kubicki (F.D.P.) ... 309
Anke Spoorendonk (SSW) ... 312
Dr. Ottfried Hennig (CDU) ... 313
Karl-Martin Hentschel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) ... 315
Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie ... 316
Beschluß: Ablehnung ... 319

Lehrstelleninitiative
Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 14/73
Antrag der Fraktion der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/85
Torsten Geerdts (CDU) ... 319
Wolfgang Baasch (SPD) ... 321
Irene Fröhlich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) ... 322
Christel Aschmoneit-Lücke (F.D.P.) ... 323
Anke Spoorendonk (SSW) ... 325
Helmut Jacobs (SPD) ... 326
Peer Steinbrück, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr ... 327
Holger Astrup (SPD) ... 330
Beschluß: Annahme des Antrages Drucksache 14/85 ... 330

Bericht zur Situation und Entwicklung der Ernährungswirtschaft in Schleswig-Holstein
Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 14/74
Änderungsantrag der Abgeordneten des SSW
Drucksache 14/81
Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/89
Änderungsantrag der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 14/92
Beschluß: Annahme des Antrages Drucksache 14/74 ... 330

Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder des Schleswig-Holsteinischen Landtages (Schleswig-Holsteinisches Abgeordnetengesetz – SH AbgG –)
Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, F.D.P. und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 14/44
Bericht und Beschlußempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses
Drucksache 14/78
Beschluß: Verabschiedung ... 331

Zustimmung gemäß Artikel 34 der Landesverfassung
Antrag der Landesregierung
Drucksache 14/66
Beschluß: Annahme ... 331

Aufteilung der im Rahmen des Haushaltsplans 1996 veranschlagten Fraktionsmittel (Epl. 01 Kap. 0101 – MG 05)
Antrag der Fraktionen der F.D.P., CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 14/72
Lothar Hay (SPD), Berichterstatter ... 331
Beschluß: Annahme ... 331

(Torsten Geerdts)

Die CDU-Landtagsfraktion lehnt eine **Umlagenfinanzierung zur beruflichen Ausbildung** ab.

(Beifall bei der CDU)

Das ist einer der Punkte, der uns wieder trennen wird. Das soll man auch gar nicht überkleistern, sondern deutlich aussprechen.

Wir glauben, daß es der falsche Weg ist, die Wirtschaft an dieser Stelle weiter zu schröpfen und zusätzliche Bürokratie zu schaffen. Richtiger ist es, danach zu fragen, warum sich in den letzten Jahren immer mehr Betriebe aus der Berufsausbildung verabschiedet haben.

Die CDU-Landtagsfraktion weiß, daß die Probleme auf dem **Ausbildungsmarkt** in Schleswig-Holstein nicht im ganzen Land gleichermaßen groß sind. Wir müssen von der jungen Generation ein höheres Maß an **Mobilität** erwarten. Der Wunschberuf ist nicht immer vor Ort zu erlernen. Mobilität ist allerdings auch mit zusätzlichen Kosten verbunden, die nicht immer mit der Ausbildungsvergütung zu begleichen sind. Aus diesem Grunde schlagen wir vor, einmal zu prüfen, ob nicht junge Menschen, die aus strukturschwachen Räumen kommen und eine Ausbildung außerhalb des bisherigen Lebensumfeldes beginnen, besonders unterstützt werden können. Erziehung zur Mobilität und Förderung der Mobilität – das wollen wir mit dieser Hilfestellung erreichen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, leisten wir an dieser Stelle einen gemeinsamen Beitrag, damit wir in den Augen der jungen Generation mehr sind als nur schwätzende und nur wenig bewegende Politiker. Sorgen wir als politisch Verantwortliche gemeinsam mit den Arbeitgebern und den Gewerkschaften dafür, daß jeder ausbildungswillige und ausbildungsfähige Jugendliche auch eine Lehrstelle erhält. Wenn jede Kollegin und jeder Kollege des Schleswig-Holsteinischen Landtages die nächsten Wochen nutzen würde, um im eigenen Wahlkreis für mehr Lehrstellen zu werben, so hätte diese Debatte heute auch schon einen Sinn gehabt.

Es geht um eine faire Ausbildungschance für die **junge Generation**. Es geht um gut ausgebildete Fachkräfte für die Zukunft. Damit geht es auch um die Qualität des **Wirtschaftsstandortes Schleswig-Holstein**.

(Beifall bei der CDU)

In den nächsten Wochen entscheidet sich, wie viele junge Menschen in die Lage versetzt werden, sich ihren Lebensunterhalt durch eigene Arbeit zu sichern. Diesem Ziel gemeinsam näher zu kommen, dafür wirbt die CDU-Landtagsfraktion mit ihrem Antrag.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Baasch.

Wolfgang Baasch [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Situation im Bereich der Ausbildung spitzt sich dramatisch zu. Erstmals seit April 1988 gibt es mehr Bewerberinnen und Bewerber um einen Ausbildungsplatz, als freie **Ausbildungsplätze** in Schleswig-Holstein zur Verfügung stehen. Auf 5800 Bewerberinnen und Bewerber kommen jetzt nur noch 5500 freie Ausbildungsplätze. So die aktuellen Zahlen vom Mai 1996!

Daher ist es dringend notwendig, daß alle **Betriebe** und **öffentlichen Institutionen** im Land ihre Verantwortung wahrnehmen und genügend Ausbildungsplätze anbieten und diese Ausbildungsplätze den zuständigen Arbeitsämtern melden.

(Beifall bei der SPD)

Das vor gut einer Woche begründete **Bündnis für Ausbildung**, das Kammern, Unternehmensverbände, Gewerkschaften, Arbeitsamt und Landesregierung eingegangen sind, muß sich unter diesen dramatischen Bedingungen bewähren. Für uns wird mit diesem Bündnis für Ausbildung aber ein richtiger, ein gemeinsamer Weg gewählt, um der Entwicklung auf dem Ausbildungsmarkt entgegenzuwirken. Mädchen und Jungen, die einen Ausbildungsplatz suchen, müssen die Chance auf eine berufliche Perspektive erhalten.

Zur Zeit steht aber nicht nur die berufliche Zukunft von vielen Jugendlichen in großer Ungewißheit, sondern das gesamte **Berufsbildungssystem** droht seine Aufgaben nicht mehr erfüllen zu können. Die Probleme des **dualen Ausbildungssystems** sind dabei durchaus struktureller Art. Mit sinkender Tendenz beteiligt sich nur noch gut ein Drittel aller Betriebe und Verwaltungen an der Berufsausbildung. Die Ausbildung wird in wachsendem Maße nur noch von kleinen und mittleren Betrieben getragen. Viele **Großbetriebe** betrachten die Ausbildung nur noch unter dem Gesichtspunkt des Kostenfaktors. Diese kurzfristigen Kostenkalküle führen dazu, daß gerade die Großbetriebe die Ausbildung weniger als wichtigen Innovations- und Produktivitätsfaktor sehen, denn als einen den Wettbewerb beeinträchtigenden Kostenfaktor.

Unser Berufsausbildungssystem muß sich aber technologischen und arbeitsorganisatorischen Veränderungen und damit veränderten Qualifikationsanforderungen anpassen. Das duale Ausbildungssystem muß sich einstellen auf die verstärkte Vermittlung von Schlüsselqualifikationen, zum Beispiel Kooperations- und Kommunikationsfähigkeit, auf die Entwicklung von Planungs- und Problemlösungskompetenz. Der künftige Einsatz in Betrieben setzt ein erheblich höheres Maß an Flexibilität voraus. Die Bereitschaft, sich immer wieder anderen und neuen Aufgaben zuzuwenden, wird zunehmen.

Diesen und weiteren Anforderungen wird sich das duale Ausbildungssystem stellen müssen. Die Rolle

(Wolfgang Baasch)

der reinen Fachberuflichkeit wird sich weiter verringern.

Zur Bewältigung der aktuellen Ausbildungsplatzsituation haben wir in unserem Antrag „Bündnis für Ausbildung 1997" einzelne Punkte aufgeführt. Das gemeinsame Handeln von Arbeitgebern, Kammern, Verbänden, Gewerkschaften und der Politik hat dabei für uns Priorität. Sollte sich aber die bisherige **einzelbetriebliche Finanzierung der Berufsausbildung** als nicht ausreichend erweisen, um ein angemessenes Ausbildungsplatzangebot zu gewährleisten, muß eine solidarische Finanzierungslösung angestrebt werden.

Alle Betriebe und öffentlichen Verwaltungen sollten dann gesetzlich verpflichtet werden, einen Mindestprozentsatz ihrer Lohn- beziehungsweise Gehaltssumme für Auszubildende aufzuwenden. Bei Nichterfüllung dieser Mindestquote sollten finanzielle Abgaben in einen **Berufsbildungsfonds** gezahlt werden. Mit diesen finanziellen Mitteln könnten betriebliche Ausbildung und überbetriebliche Ausbildungsverbünde gefördert werden. Hauptziel aller Ideen und Finanzierungsüberlegungen muß aber sein, zusätzliche Ausbildungsplätze zu schaffen.

Mit einer solchen **solidarischen Finanzierung** der Berufsausbildung könnten das Angebot der betrieblichen Ausbildung wie auch die Realisierung von gezielter Förderung für Personen, zum Beispiel benachteiligte Jugendliche, oder an Ausbildungsplätzen unterversorgten Regionen, verbessert werden. Wir brauchen einen deutlichen Schub für mehr Ausbildungsplätze und einen Anstoß zur Bewältigung der qualitativen Probleme der beruflichen Ausbildung.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich begrüße jetzt auf der Tribüne Soldaten des 2. Instandsetzungsbataillons 610 aus Flensburg. Herzlich willkommen!

(Beifall im ganzen Haus)

Ich erteile jetzt der Frau Abgeordneten Fröhlich das Wort.

Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Geerdts, Sie haben vielleicht recht, daß eine solche Debatte im Schleswig-Holsteinischen Landtag dazu beitragen kann, ein Bewußtsein dafür zu schaffen, daß es notwendig ist, in Schleswig-Holstein verstärkt Anstrengungen für mehr Lehrstellen und Ausbildungsplätze zu unternehmen. Insofern gehe ich einmal davon aus, daß es an dieser Stelle nicht nur diese durchsichtigen Motive zur Selbstdarstellung waren, die uns inzwischen zu einem Parforceritt durch unseren Koalitionsvertrag nötigen.

(Ursula Röper [CDU]: Das trifft auf Sie ja überhaupt nicht zu!)

Aber das ist ja auch überhaupt nicht schwierig. Wir präsentieren diesen **Koalitionsvertrag** gern in der Öffentlichkeit. Es hat ja auch Sinn, das zu tun. So mache ich ein weiteres Mal von der Möglichkeit Gebrauch, Ihnen hier vorzustellen, was wir gemeinsam erarbeitet haben.

Dazu gehört unter anderem – darin unterscheiden sich dann auch wieder unsere Bemühungen –, daß wir uns auf die bloße Zusage, auf das bloße Bündnis, auf das bloße Verständnis und Bewußtsein von seiten der Arbeitgeber dafür, daß es notwendig ist, hier etwas zu tun, nicht verlassen wollen. Das heißt, daß wir die **Verwaltung des Landes Schleswig-Holstein** beauftragt haben, über den Bedarf hinaus auszubilden. Das soll auch so in die Wege geleitet werden. Das heißt aber auch, daß in dem Falle, in dem nicht ausgebildet wird, eine **Ausbildungsabgabe** auf gesetzlichem Wege unumgänglich sein wird. Das trifft in diesem Falle auch nicht die Falschen; denn Ausbildungsplätze bauen nicht die kleinen Betriebe ab, sondern die großen Betriebe.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Ich finde, daß man die großen Betriebe an dieser Stelle zu Recht zur Kasse bitten muß. Sie können sich nicht auf Kosten der kleinen aus dieser gesellschaftlichen Verpflichtung herausstehlen. Ganz abgesehen davon frage ich mich inzwischen, ob nicht die Nieten im Nadelstreifen, die im Management sitzen und im Grunde genommen nicht mehr recht wissen, wofür sie eigentlich noch wirtschaften, einmal einen gehörigen Dämpfer zwischen die Hörner brauchen

(Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.]: Das gibt es doch nicht!)

und ob es an dieser Stelle nicht einmal wichtig wäre zu sagen: Wir lassen es uns als politisch Verantwortliche nicht mehr gefallen, daß die Lasten permanent auf die Kleinen, in diesem Falle die kleinen Betriebe, abgewälzt werden.

Ich habe mich aber auch zu Wort gemeldet, um Ihnen noch einmal die Belange von **Jugendlichen** deutlich zu machen. Auch da, Herr Geerdts, unterscheiden wir uns nicht sehr. Es ist begrüßenswert, daß Sie das angesprochen haben. Ich denke aber, eine Partei, die zum Beispiel in ihrem Wahlprogramm von „Schülerberg" spricht, sollte auch einmal ein Wort dazu sagen, wie sie das eigentlich jungen Menschen vermitteln möchte. Ich würde mich, wenn ich als 17jährige – oder wie auch immer – als Bestandteil eines Schülerberges angesprochen würde, ausgesprochen abqualifiziert fühlen, und es würde für mein Selbstbewußtsein nicht gerade förderlich sein, wenn sich permanent einem Lehrstellendefizit zugeordnet würde.

Ich denke, wir müssen einen Weg finden, als politisch Verantwortliche unsere eigenen Möglichkeiten auszuschöpfen, aber durchaus auch nach gesetzlichen Wegen suchen. Wir sollten auch einen Weg finden, damit diese 480 Schulstunden, die jährlich zu erteilen

Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.]:

Frau Fröhlich, wir haben heute morgen eine sehr ausführliche Debatte über Steuerfragen und auch über die Frage der systematischen wirtschaftlichen Zusammenhänge geführt. Wir sind da unterschiedlicher Auffassung. Das ist heute morgen in einer mehrstündigen Debatte zum Ausdruck gebracht worden. Ich glaube, diese Debatte brauchen wir an dieser Stelle nicht unbedingt wieder aufzumachen.

Im übrigen betrifft es überhaupt nicht die Frage der umlagefinanzierten Ausbildung; das ist etwas völlig anderes.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Meine Damen und Herren! Ich weiß gar nicht, warum hier wieder dieser Streit aufgemacht wird, wenn alle sich hinstellen und sagen, wir sind uns in dieser Frage einig. Das Problem ist doch, daß in den deutschen Unternehmen, das wissen wir doch, überall Ausbildungsplätze abgebaut werden, abgebaut worden sind und auch weiterhin abgebaut werden. Das ist es doch. Diese Entwicklung führt dazu, daß dieses Jahr – und zwar erstmals seit acht Jahren – auch in Schleswig-Holstein zuwenig **Ausbildungsplätze** vorhanden sind, daß Schleswig-Holsteiner vergeblich nach einem Ausbildungsplatz suchen werden.

Warum bilden diese Betriebe denn nicht mehr oder nicht aus? Auf diese Frage antworteten 1995 36 % der befragten Unternehmen mit dem mangelnden Bedarf an neuen Fachkräften; knapp ein Drittel gab an, die Ausbildung sei zu teuer, und ein Viertel machte die schlechte wirtschaftliche Lage für die fehlende Ausbildungsbereitschaft verantwortlich. Trübe Wachstumsaussichten, Frau Fröhlich, sind also ein wesentlicher Faktor für die abnehmende **Ausbildungsbereitschaft der Betriebe**. Grund zur Sorge bereiten hierbei weniger Schwankungen im Konjunkturzyklus als vielmehr grundsätzliche strukturelle Probleme, die sich als langfristige Hemmnisse erweisen. Alle Probleme, die derzeit im Rahmen der Standortdebatte diskutiert werden, wie die hohe Gesamtbelastung der Unternehmen mit Steuern und Abgaben, flexiblere Gestaltung der Arbeitszeit oder zu lange Genehmigungsverfahren, wirken sich natürlich auch unmittelbar auf den Ausbildungsmarkt aus. Allein publikumswirksame „events" oder „roadshows" mit Erlebnischarakter – ich zitiere jetzt aus der Vorstellung des **Bündnisses für Ausbildung**, die wir neulich gehört haben –, wie sie als zielgruppenübergreifende Maßnahmen in diesem Bündnis für Ausbildung geplant sind, ersetzen mit Sicherheit keine Wirtschaftspolitik und keine Beschäftigungspolitik.

Frau Ministerin Moser, Sie weisen mit Recht immer wieder darauf hin, daß eine **fehlende Ausbildung** immer häufiger der Start in **Arbeitslosigkeit** ist. 1994 war bereits jeder fünfte Ungelernte ohne Beschäftigung. Wenn Sie in Zukunft nach dem Beitrag der schleswig-holsteinischen Landesregierung gefragt werden, antworten Sie dann mit Ihrem Werbekonzept, das neulich vorgestellt wurde: „Ohne Ausbildung keine Chance"? Das kann wohl nicht die ganze Antwort sein. Ich nehme auch nicht an, daß es Ihre Antwort sein wird.

Eines ist auch ganz klargeworden bei dieser Veranstaltung – ich bin hinterher auch noch im Berufsbildungsausschuß gewesen –: Es ist zur Zeit in den Unternehmen jedenfalls nicht mangelndes Problembewußtsein das Problem, sondern es sind mangelnde Ausbildungsplätze, mangelnde Lehrstellen. Das ist das Problem. Das Bewußtsein ist durchaus vorhanden.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber es sind gerade die großen Firmen, die nicht ausbilden!)

– Herr Hentschel, ich weiß nicht, ob Sie dabei waren bei der Veranstaltung; das Bewußtsein ist jedenfalls bei den Teilnehmern, die dort waren, die zugehört haben, ausgesprochen vorhanden. Frau Heinold ist doch dabeigewesen. Sie haben sich alle zu Wort gemeldet und gesagt: Jawohl, wir wissen das. Ich bin ja gar nicht dagegen, daß wir appellieren, um Gottes willen. Dann würde ich mich hier nicht hinstellen und sagen, wir haben Einigkeit. Nur, Appelle allein sind eben leider nicht ausreichend.

(Beifall bei der F.D.P. – Zuruf: Genau das wollen wir doch!)

– Würden Sie mir einen Moment zuhören? Herr Minister Steinbrück und auch Sie, Frau Ministerin, Sie haben neulich dieses Konzept „Bündnis für Ausbildung" vorgestellt, Sie waren aber anschließend nicht mehr in der entsprechenden Ausschußsitzung. Wenn Sie dort gewesen wären – aber ich nehme an, man hat Ihnen davon berichtet –, hätten Sie auch gehört, daß jedenfalls das **Handwerk** sich nicht nur des Problems bewußt ist, sondern auch ganz klar gesagt hat: Diese Appelle reichen schlicht und einfach nicht aus. Das Handwerk hat aber auch – und das finde ich besonders wichtig – angemahnt: Wenn es denn ein Bündnis für Ausbildung gibt, dann muß eben auch das Land, dann muß auch die Landesregierung etwas dazu tun.

Ein Punkt, der immer wieder angesprochen wurde, auch in dieser Veranstaltung, war: Wenn wir ein Bündnis haben wollen – und das wollen wir alle –, dann ist zum Beispiel die jedenfalls bisher starre Haltung der Landesregierung hinsichtlich der **Berufsschultage** einfach nicht hinnehmbar.

(Ministerin Gisela Böhrk betritt den Sitzungssaal)

– Ich referiere, Frau Ministerin Böhrk, was ich gehört habe. Sie waren eben nicht hier, als ich damit anfing. Bei diesem Punkt beispielsweise, in dieser Frage könnte man als Landesregierung etwas tun, diesem Bündnis auch aktiv unterstützend etwas beizufügen.

Meine Damen und Herren, ich habe, wie gesagt, nichts dagegen, daß das Problembewußtsein aller Ausbildungsmarktteilnehmer sensibilisiert wird.

Der **zweite Berufsschultag** wurde schon angesprochen. Er stellt eine erhebliche Belastung für den Aus-

Fragestunde

Frage Nr. 1

Anke Spoorendonk (SSW) 332, 333
Gisela Böhrk, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur 332, 333
Ursula Röper (CDU) 333

Frage Nr. 2

Wolfgang Kubicki (F.D.P.)..... 333, 334
Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie..... 333 – 336
Christel Aschmoneit-Lücke (F.D.P.) ... 334
Thomas Stritzl (CDU)..... 335, 336
Dr. Christel Happach-Kasan (F.D.P.)... 335
Dr. Ekkehard Klug (F.D.P.) 335, 336
Dr. Ernst Dieter Rossmann (SPD) 336

Regierungsbank:

Gisela Böhrk, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur

Dr. Ekkehard Wienholtz, Innenminister

Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie

Peer Steinbrück, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr

Hans Wiesen, Minister für ländliche Räume, Landwirtschaft, Ernährung und Tourismus

Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Rainder Steenblock, Minister für Umwelt, Natur und Forsten

Beginn: 10.03 Uhr

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist eröffnet.

Nach Mitteilung der Fraktionen sind beurlaubt der Herr Abgeordnete Peter Gerckens und der Herr Abgeordnete Klaus-Dieter Müller. Erkrankt ist die Frau Abgeordnete Silke Hars. Ferner sind wegen dienstlicher Verpflichtungen beurlaubt Frau Ministerin Angelika Birk, Herr Minister Claus Möller – vormittags –, Frau Ministerpräsidentin Heide Simonis und Herr Minister Gerd Walter.

Meine Damen und Herren, der Herr Abgeordnete Günter Neugebauer hat heute Geburtstag. Ich gratuliere ihm sehr herzlich im Namen des ganzen Hohen Hauses.

(Beifall)

Auf der Besuchertribüne begrüße ich Besucher der Max-Tau-Schule Kiel, der Käthe-Kollwitz-Schule Kiel und der Berufsschule Heide. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wir werden jetzt mit den Tagesordnungspunkten 14 und 15 beginnen. Ich bitte darüber hinaus die Parlamentarischen Geschäftsführer, untereinander Verbindung aufzunehmen, um sich auf die weitere Reihenfolge zu einigen.

Ich rufe Punkt 14 der Tagesordnung auf:

Bericht zur Zukunft der aktiven Arbeitsmarktpolitik in Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 14/75

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann eröffne ich die Aussprache. Das Wort hat die Frau Abgeordnete Küstner.

Birgit Küstner [SPD]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch in der neuen Wahlperiode bleibt die **Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen** wichtigstes Ziel der Landespolitik.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dabei kann sie aufbauen auf den Erfolgen der vergangenen acht Jahre sozialdemokratischer Beschäftigungspolitik. Die neue rot-grüne Landesregierung setzt dabei nicht nur auf staatliche Beschäftigungsprogramme, sondern auch auf die Innovationsfähigkeit kleiner und mittlerer Betriebe. Denn eines gilt nach wie vor: Wer die Arbeitslosigkeit wirksam be-

sind, wirklich so organisiert werden, daß es für die kleinen und mittleren Betriebe gut zu verkraften ist, daß aber auch den jungen Menschen, die in die Betriebe hineinkommen sollen, eine gute Ausbildung, eine gleichwertige Ausbildung, was berufliche und allgemeine Qualifizierung betrifft, und ein Hineinfinden in den Betrieb und in eine Arbeitsweise, die ihnen bis dahin vielleicht noch fremd war, ermöglicht wird.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Darüber hinaus möchte ich Ihr Augenmerk noch einmal darauf lenken, daß die **Hauptschule** – wir werden darauf ja nachher im Zusammenhang mit dem Bericht zur Unterrichtsversorgung im Lande Schleswig-Holstein noch zu sprechen kommen – zur Zeit ein Problemkind ist, was die Situation unserer Schulen betrifft. Das muß auch deutlich so benannt werden. Eltern sprechen sich, wenn es um die weiterführenden Schulen geht, in immer höherem Maße dafür aus, ihr Kind nicht auf die Hauptschule zu geben, sondern sie ziehen Realschule, Gymnasium und Gesamtschule vor. Auch das muß mit bedacht werden, wenn man sich überlegt: Wie will man Ausbildungsgänge für Jugendliche organisieren? Wie will man Jugendliche, die vielleicht das Lernen noch nicht in ausreichendem Maße gelernt haben, dazu motivieren, sich in der Berufsschule den Inhalten zu öffnen, die nötig sind, und im Betrieb den zum Teil strengen Verpflichtungen, die im Arbeitsleben auf sie zukommen, gerecht zu werden?

Wir plädieren dafür, so zu verfahren, wie es in unserem Antrag vorgesehen ist. Wir bitten Sie, da Sie die Initiative ergriffen haben, sich mit dahinterzustellen. Ich glaube, es würde ein gutes Bild abgeben, wenn Sie an dieser Stelle nicht beim bloßen Auffordern und Appellieren bleiben würden, sondern wenn Sie uns dabei folgen würden, darüber nachzudenken, wie die großen Betriebe ihre Aufgabe und ihre gesellschaftliche Verantwortung wahrnehmen können.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Aschmoneit-Lücke.

Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich finde es im Prinzip gut, daß wir hier alle einer Meinung sind. Die beiden Anträge von SPD und CDU – das hat Herr Geerdts gesagt – stimmen ja in wesentlichen Punkten überein. Ich will hier auch überhaupt keine Divergenzen aufbauen.

Aber eines ist klar, Frau Fröhlich: Wenn Sie hier sagen, daß da die Großen zur Kasse gebeten werden müssen

(Zuruf der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNDEN])

– Sie haben gesagt, daß sie zur Kasse gebeten werden müssen, und da wird ja irgendwo auch die „Denke" klar –, dann ist das eine Sache, die wir mit Sicherheit nicht mitmachen können. Im übrigen ist es auch deswegen nicht sachgerecht, weil es nicht stimmt, daß **kleine Betriebe** weiter ausbilden und **große Betriebe** Ausbildungsplätze abbauen. Es gibt sehr wohl kleine Betriebe, die sagen: Wir können, zum Beispiel aufgrund der **zusätzlichen Berufsschulverpflichtung**, überhaupt niemanden mehr ausbilden, während wir früher einen oder zwei Auszubildende gehabt haben. Ich will Ihnen auch sagen, Frau Fröhlich, daß sich gerade die **Handwerksbetriebe** massiv gegen diese zusätzliche Abgabe ausgesprochen haben.

(Zuruf der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

– Frau Fröhlich hat davon gesprochen! Sie hat von den kleinen Betrieben gesprochen, die es nicht trifft, weil sie weiter ausbilden. Was ist denn ein Handwerksbetrieb in der Regel? Würden Sie sagen, daß das ein Großunternehmen ist? Ich bitte Sie, da doch etwas mehr zu differenzieren.

Ich bin jedenfalls ganz fest der Auffassung, daß diese **Umlagefinanzierung** – da stehe ich, wie gesagt, keineswegs allein – vielleicht den einen oder anderen zusätzlichen Ausbildungplatz bringen wird, aber in der Summe nicht viel bringt. Im übrigen stellt sie eine neue Abgabe dar, die die wirtschaftliche Situation insgesamt und damit natürlich auch die Ausbildungsplatzsituation eher belastet als verbessert.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Herr Kollege Geerdts, ob wir hier – ich glaube, da sind wir uns einig – von einer Lehrstelleninitiative, Ausbildungsoffensive oder einem Bündnis für Ausbildung sprechen, ist eigentlich nicht das Wesentliche. Sie haben zu Beginn Ihres Debattenbeitrages gesagt, es gehe nicht darum, daß wir hier groß reden, und auch nicht darum, wie wir das Kind nennen, sondern es gehe darum, daß gehandelt wird.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Frau Abgeordnete Aschmoneit-Lücke, erlauben Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Fröhlich?

Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.]:

Sehr gern, Herr Präsident.

Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Frau Aschmoneit-Lücke, ich möchte Sie fragen, ob Sie mir darin zustimmen, daß die Ausbildungssituation einer Gesellschaft oder eines Wirtschaftssystems auch damit zu tun hat, wie erstens die Kaufkraft und zweitens die Auftragslage beschaffen ist, und daß das durchaus mit dem Steuersystem einer Gesellschaft zu tun haben kann, daß es also insofern auch mit der nicht geregelten Steuersystematik in Bonn zu tun haben könnte?

(Birgit Küstner)

kämpfen will, muß Arbeitsmarkt-, Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik miteinander verknüpfen.

Aber auch eine andere Tatsache gilt nach wie vor und ist durch nichts, aber auch durch gar nichts wegzudiskutieren: **Arbeitsmarktpolitik** ist und bleibt eine originäre **Aufgabe des Bundes**.

(Beifall bei der SPD)

Länder, Kommunen und die übrigen Akteure am Arbeitsmarkt können nur ergänzend tätig sein. Sie sind immer an die von Bonn gesetzten Rahmenbedingungen gebunden. Diese werden von Jahr zu Jahr restriktiver und lassen Ansätze für eine wirkungsvolle Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch eine aktive Arbeitsmarktpolitik immer weniger erkennen.

Ich denke, die Opposition im Lande hier weiß das sehr wohl. Nach dem Motto „Haltet den Dieb!" übt sie deshalb harsche Kritik an der Landesregierung in der Hoffnung, sich in dem anschließenden Getümmel vor der eigenen Verantwortung aus dem Staube machen zu können.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dieses Manöver ist jedoch nur allzu durchsichtig; denn spätestens mit der Ankündigung der Bundesregierung, den Bundeszuschuß zur Bundesanstalt für Arbeit im Jahre 1997 zu streichen, und mit dem Referentenentwurf des Bundesarbeitsministers zur Reform der Arbeitsförderung wird überdeutlich, wohin die Reise gehen soll. Der Bund will sich in Zukunft aus seiner arbeitsmarktpolitischen Verantwortung weitgehend zurückziehen.

(Zuruf von der SPD: Unerhört!)

Mit diesem **Referentenentwurf**, dem sogenannten **Arbeitsförderungsreformgesetz**, vollführt die **Bundesregierung** einen atemberaubenden Salto mortale rückwärts, zurück in die Zeit vor 1927. Der Gedanke von vorausschauender Arbeitsmarktpolitik, von Prävention, von Eingehen auf die tatsächlichen Verhältnisse am Arbeitsmarkt, wird völlig aufgegeben. In Zukunft gilt nicht mehr das Prinzip der Vorsorge, sondern nur noch das der reinen, auf individuelle Notlagen abgestimmten Fürsorge. Dies wird einschneidende Folgen haben, nicht nur für die Arbeitslosen oder von Arbeitslosigkeit bedrohten Menschen selbst, sondern auch für die gesamte Trägerlandschaft und für die arbeitsmarktpolitischen Programme der Länder. Deshalb bitten wir die Landesregierung mit unserem Antrag, uns einen Bericht darüber zu geben, wie sie die Auswirkungen der neuesten Vorhaben des Bundes auf die **Arbeitsmarktpolitik des Landes** einschätzt.

Nun wird niemand bestreiten, daß eine Reform des Arbeitsförderungsrechts dringend überfällig ist, am wenigsten wir Sozialdemokraten. Mit unseren Vorschlägen für ein Arbeits- und Strukturförderungsgesetz und für ein Sofortprogramm für mehr Beschäftigung haben wir realistische und verantwortungsbewußte Vorschläge vorgelegt.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch die Bundesregierung konnte sich den Forderungen nach einer Generalüberholung des überalterten Arbeitsförderungsgesetzes letzten Endes nicht verschließen. Mit dem jetzt vorgelegten Referentenentwurf hat sie die in den letzten zwei Jahren von verschiedenen Verbänden und Gruppierungen vorgelegten Vorschläge unter dem Gesichtspunkt von verwertbaren, flexiblen und kombinierbaren Vorschlägen regelrecht geplündert. Dabei sind in einigen Elementen – das muß man zugeben – durchaus Verbesserungen herausgekommen. Es darf jedoch nicht übersehen werden, daß diese im Detail oft positiven Veränderungen eingebettet sind in ein radikales Sparkonzept.

Der Referentenentwurf ignoriert zudem völlig die entscheidenden **Ursachen der Arbeitsmarktprobleme**, nämlich den strukturell bedingten Mangel an Arbeitsplätzen mit der Folge steigender Arbeitslosigkeit. Statt dessen geht die Bundesregierung mit ihrer Konzeption davon aus, daß die Arbeitslosen nicht flexibel genug seien, sich auf die zunehmend härteren Bedingungen am Arbeitsmarkt einzustellen.

(Zuruf von der SPD: Typisch!)

Konsequenterweise vermittelt dieser Gesetzentwurf deshalb auch den Eindruck, es solle Druck ausgeübt werden, Druck auf die Arbeitslosen, jedwede Arbeit anzunehmen und massive **Einkommenseinbußen** hinzunehmen.

Das läßt sich schon an folgenden Regelungen festmachen: Verschärfung der Zumutbarkeitsregelungen, Verpflichtung, Einkommenseinbußen bis zu 40 % hinzunehmen, Fortfall des Berufsschutzes bei der Vermittlung und Abbau von Schutzrechten beim privaten Arbeitnehmerverleih. Parallel dazu soll die Verpflichtung der Arbeitsämter, in Tarifverhältnisse zu vermitteln, in Zukunft wegfallen.

Nimmt man diese Maßnahmen zusammen, so wird durch sie eine gigantische Schraube nach unten in Bewegung gesetzt. Der Verdrängungswettbewerb insbesondere für Geringerqualifizierte wird sich verschärfen, und letztlich soll damit das Lohnniveau insgesamt gedrückt werden. Dieses Konzept fügt sich nahtlos ein in den von der konservativ-liberalen Koalition in Bonn seit Jahren konsequent betriebenen Abbau von Arbeitnehmerrechten und sozialen Leistungen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Damit straft dieser Gesetzentwurf seinen eigenen Namen Lügen. Es ist keine Reform, sondern eine Gegenreform, eine Reform gegen die Arbeitslosen, eine Reform gegen Beschäftigung. Schon jetzt schätzen Fachleute, daß die Gesetzesänderung zu einer **Zu-**

bildungsbetrieb dar. Der Auszubildende steht dem Unternehmen nämlich nur drei Tage in der Woche zur Verfügung. Natürlich kann es nicht darum gehen, Abstriche bei der **Qualität der Ausbildung** hinzunehmen. Das wäre mit den immer weiter steigenden Anforderungen des Arbeitsmarktes überhaupt nicht zu vereinbaren. Aber gerade aus diesem Grund muß man sich über die zeitliche Organisation des Berufsschulunterrichts Gedanken machen. Ich nehme an, daß Sie auch gleich sagen werden, daß Sie dies anstreben. Nur, es ist in der Vergangenheit jedenfalls bei den Betroffenen nicht so angekommen. Die Frage der **Verblockung des Unterrichts** ist dabei nur eine Variante, eine mögliche Vorstellung. Es gibt sicherlich andere Dinge, die man sich im Zusammenhang mit der **Flexibilisierung des Berufsschulunterrichts** insgesamt überlegen kann.

Besonders wichtig erscheint mir in diesem Zusammenhang übrigens eine engere Kooperation zwischen den Berufsschulen und den ausbildenden Betrieben. Ich bin übrigens selbst ausbildender Kleinbetrieb. Ich weiß ganz genau, wovon ich spreche.

(Beifall bei der F.D.P.)

Meine Damen und Herren! Ein ganz wesentlicher Punkt in dem Antrag der CDU scheint uns das geforderte **Ausbildungsplatzförderungsprogramm** zu sein. Dieses Programm soll die Schaffung neuer Ausbildungsplätze unterstützen. Genau das ist das Ziel. Es kann überhaupt keine Frage sein, daß eine Ausbildung, eine fertige Ausbildung zur **Chancengleichheit der Jugendlichen** beiträgt oder überhaupt die Voraussetzung dafür schafft, daß eine Chance im Leben besteht. Also, ich finde, Herr Geerdts, das ist ein hervorragender Punkt.

Einen weiteren Punkt, den ich ausgesprochen begrüße, haben Sie ebenfalls in Ihrem Antrag angesprochen, die Frage der Mobilität oder, wie Sie es genannt haben, der **Mobilitätsunterstützung**, wie auch immer. Ich halte das deshalb für wichtig, weil wir genau das, was Sie angesprochen haben, wissen, daß es junge Menschen gibt, die allein aufgrund der Tatsache – ich nehme jetzt einmal den Bereich Kiel –, daß sie zum Beispiel nicht in Kiel wohnen, sondern auf dem Ostufer, tatsächlich finanziell nicht nicht in der Lage sind, sich ein Auto zu kaufen; der ÖPNV reicht nicht aus. Aber sie können sich eben auch kein Zimmer hier in Kiel nehmen, um eine Ausbildungsstelle, die sie an sich haben, annehmen zu können. Ich denke, da wollen Sie gegensteuern.

(Glocke des Präsidenten)

– Herr Präsident, ich komme zum Schluß, ich habe die Glocke gehört. – Ich möchte nur noch eines anregen: Ich halte den Antrag der CDU – übrigens auch den der SPD, aber insbesondere den der CDU – für so wichtig, daß ich beantrage, die Punkte 5 bis 8, die Maßnahmen betreffen, in den Ausschuß zu überweisen, damit wir intensiv darüber sprechen können, möglicherweise sogar eine Anhörung durchführen.

Den Punkten 1 bis 4 stimmen wir zu. Den SPD-Antrag lehnen wir wegen der Nummer 7 ab; das hatte ich, glaube ich, deutlich gemacht.

(Beifall bei der F.D.P.)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Dann hat jetzt Frau Abgeordnete Spoorendonk das Wort.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Ich habe mich über diesen Antrag der Fraktion der CDU zuerst so richtig gefreut. Ich dachte, daß da vielleicht doch einer aus der linken Ecke der CDU sei, der sich darüber Gedanken gemacht hätte, was wir für die jungen Leute tun können, die verzweifelt auf der Suche nach Lehrstellen sind. Das war mein erster Gedanke. Vielleicht hatte ich auch ganz einfach gehofft, daß ein paar Lösungen präsentiert würden, daß da jemand ist, der eine zündende Idee hat.

Auf den zweiten Blick bin ich über den Antrag der Fraktion der CDU enttäuscht, muß ich sagen – enttäuscht deshalb, weil er keine Lösung bietet. Andererseits bringt mich der Antrag auch etwas in Rage: Wer gegen den Antrag der CDU ist – so liest man zwischen den Zeilen –, ist auch gegen die Schaffung von Lehrstellen. Das jedenfalls suggerierte bereits die Pressemitteilung, mit der die Lehrstelleninitiative der CDU angepriesen wurde.

Unter dem Deckmantel der Hilfeleistung treffen Sie in Ihrem Antrag nicht nur falsche Aussagen, sondern Ihr Appell an die **Gewerkschaften**, die Bemühungen der Unternehmen und der Verwaltungen zur Schaffung zusätzlicher Lehrstellen nachdrücklicher zu unterstützen, suggeriert, die Gewerkschaften leisteten eine solche Unterstützung nicht. Diese Behauptung ist nicht nur falsch, sondern auch wenig hilfreich. Gerade in unserem Bundesland sind die Gewerkschaften überaus aktiv.

Sie machen aber auch Vorschläge, die – so sage ich – unverantwortbar sind. Ich denke unter anderem an Nummer 8 Ihres Vorschlags. Der Vorschlag, die Mittel im Programm „Arbeit für Schleswig-Holstein" umzuschichten, um damit einzelne Maßnahmen der Lehrstelleninitiative zu finanzieren, entbehrt jeder Grundlage. Was, bitte schön, haben die **Arbeitslosen** mit den **Lehrstellenbewerbern** zu tun?

(Ursula Röper [CDU]: Die kriegen sonst auch keine Lehrstelle!)

Es geht hier doch um die Ausbildung. Sollen wir jetzt die Arbeitslosen zugunsten der Ausbildungsuchenden opfern? Oder wie soll ich das verstehen?

Wir müssen jetzt damit anfangen, über Lösungen nachzudenken, die erfolgversprechend sind, die uns ein Stück weiterhelfen. Eine Lösung könnte darin liegen, von potentiellen **Arbeitgebern**, die Lehrlinge nicht beschäftigen, eine **Ausgleichszahlung** zu ver-

nahme der Arbeitslosigkeit – um mindestens 450 000 Menschen – führen wird.

(Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Wie haben Sie denn das ausgerechnet?)

– Frau Schmitz-Hübsch, es ist doch klar: Wenn das Niveau der aktiven Arbeitsmarktpolitik in den neuen Bundesländern auf das Westniveau angeglichen wird, können Sie sich an einer Hand ausrechnen, wenn Sie einmal dagewesen sind und die Verhältnisse gesehen haben, was das an Zunahme an Arbeitslosigkeit bedeutet.

(Beifall bei der SPD)

Also mindestens 450 000 Arbeitslose zusätzliche. Was dies allein für die passiven Lohnersatzleistungen bedeutet, liegt auf der Hand. Wie dazu die Ankündigung des Bundesfinanzministers paßt, den Zuschuß zur Bundesanstalt für Arbeit 1997 zu streichen, verstehe, wer will. Für mich und meine Fraktion sind diese Vorhaben der Bundesregierung nur noch als Ausdruck Ihrer Hilflosigkeit zu werten.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aus der Sicht der Bundesregierung ist die anhaltend katastrophale Lage am Arbeitsmarkt offensichtlich unabänderlich, weshalb im Gesetzentwurf konsequenterweise Leistungskürzungen und Druck auf Arbeitslose im Vordergrund stehen. Bekämpft werden einmal mehr die Arbeitslosen statt die Arbeitslosigkeit. Dem selbstgesetzten Anspruch, die Arbeitslosigkeit bis zum Jahre 2000 zu halbieren, kann die Bundesregierung mit ihrer rigorosen Kürzungspolitik jedenfalls nicht gerecht werden.

Vor diesem Hintergrund finde ich die presseöffentliche Reaktion des CDU-Landesvorsitzenden Dr. Hennig auf einen Brief des DGB-Vorsitzenden Schulte an die CDU-Kreisverbände schon bemerkenswert.

(Zurufe von der CDU: Ja!)

Auf jeden Fall schafft sie Klarheit. Herr Dr. Hennig hat nämlich erklärt, daß die CDU Schleswig-Holstein fest an der Seite der Bundesregierung stehe.

(Beifall bei der CDU)

– Ja. – Damit steht sie fest an der Seite derer, die die Arbeitslosen bekämpfen statt die Arbeitslosigkeit.

(Demonstrativer Beifall bei der SPD)

Sie steht fest an der Seite derer, die Arbeitnehmerrechte einschränken und das Lohnniveau drücken wollen und die mit aller Macht ihre unsozialen Kürzungen zu Lasten der sozial Schwächsten durchsetzen wollen.

Angesichts der unmißverständlichen Worte des CDU-Landesvorsitzenden

(Thorsten Geißler [CDU]: Sie haben sie nicht verstanden!)

nutzt es wenig, wenn die CDA sich Forderungen der SPD und der Gewerkschaften zu eigen macht und gemeinsam mit der DAG zum **Kampf gegen Sozialabbau** aufruft.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Adelheid Winking-Nikolay [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das hat uns gefreut!)

– Ja! – So recht die CDA hat – sicher, der Aufruf kann einen freuen –, wird dieser Aufruf doch einmal mehr ein soziales Feigenblatt der CDU bleiben.

(Konrad Nabel [SPD]: Das zeigt, wie tief die CDU zerrissen ist. – Zuruf von Ursula Kähler [SPD])

Die Menschen hier im Lande wissen und durchschauen das auch. Hier wie überall in Deutschland haben sie in den vergangenen Wochen unmißverständlich deutlich gemacht, daß sie nicht mehr bereit sind, die unsoziale Kürzungspolitik der konservativ-liberalen Koalition in Bonn weiter mitzumachen. Eines ist sicher: Sie werden nicht lockerlassen. Das Maß ist übervoll!

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was die arbeitsmarktpolitische Verantwortung der Bundesregierung betrifft, so werden wir Sozialdemokraten die Bundesregierung nicht aus der Pflicht entlassen. Dazu brauchen wir auch den angeforderten Bericht über die Zukunft der aktiven Arbeitsmarktpolitik. Diesen werden wir im Ausschuß ausführlich diskutieren, und wir werden daraus unsere Konsequenzen zu ziehen wissen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Geerdts.

Torsten Geerdts [CDU]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bereits während der letzten Landtagssitzung führten wir auf Antrag der SPD eine Debatte über das Programm für mehr Wachstum und Beschäftigung. Für heute setzte die SPD zwei Einzelpunkte des Gesamtprogramms auf die Tagesordnung. Auf die Reform des Arbeitsförderungsgesetzes bin ich in der Mai-Sitzung schon eingegangen. Ich werde mich daher in meinen Ausführungen darauf beschränken, auf den **Wegfall des Zuschusses für die Bundesanstalt für Arbeit** einzugehen. Dabei will ich mich auch um eine ziemlich klare Einschätzung nicht herumdrücken.

Natürlich ist es richtig anzunehmen, daß es durch diese Kürzung zu Auswirkungen auf den zweiten Arbeitsmarkt in Schleswig-Holstein kommen wird. Das Angebot an Plätzen in diesem Bereich wird mit Sicherheit eingeschränkt werden müssen. Viele Sozi-

(Anke Spoorendonk)

langen. Das könnte eine Lösung sein. Das wird im Antrag von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vorgeschlagen. Eine andere Lösung könnte in der Begünstigung für Arbeitgeber liegen, die Arbeitsplätze anbieten.

(Ursula Röper [CDU]: Das ist wesentlich besser! Bestrafung hat noch nie zum Erfolg geführt!)

Dieses Belohnmodell wäre in unserer finanziellen Situation möglicherweise zu teuer. Das kann ja sein. Ich hielte aber viel davon, wenn man diese Möglichkeit einmal näher untersuchte.

Die Landesregierung wird unter Nummer 7 dazu aufgefordert, eine Gesetzesinitiative zu prüfen, die auf eine Ausgleichszahlung hinausläuft. Ich begrüßte, wenn gleichzeitig die Begünstigungsmöglichkeit geprüft würde.

Noch etwas! Es gibt seit 20 Jahren im Baugewerbe im Rahmen der Ausbildung die Umlagefinanzierung. Auch da gibt es Ansatzpunkte, mit denen man sich auseinandersetzen könnte.

Wer sagt, daß das duale System im Grunde genommen im Grundsatz gesund ist, übersieht, daß dieses System von innen ausgehöhlt wird. Es ist an der Zeit, nicht nur zu appellieren, nicht nur etwas zu sagen, nicht nur neue Bündnisse zu schließen, sondern uns mit Lösungsansätzen auseinanderzusetzen.

(Beifall der Abgeordneten Ingrid Franzen [SPD])

Ich will hier nicht näher auf die Diskussion über den zweiten Berufsschultag eingehen, muß aber folgendes loswerden. Die technischen Anforderungen in den Berufen, in den Handwerksberufen, in den Betrieben, sind heute so groß, daß wir dafür sorgen müssen, daß die jungen Leute mehr Wissen bekommen. Wir müssen dafür sorgen, daß die **Attraktivität der beruflichen Bildung** gesteigert wird. Darum kann man nicht sagen: „Nein, der zweite Berufsschultag ist zuviel". Wir müssen sehen, daß wir alles, was in unserer Macht steht, möglich machen, um auch da zu einer Lösung zu kommen.

Ich finde, die Zeit der Appelle ist vorbei. Wir müssen sehen, daß wir handeln. Darum kann ich dem Antrag der CDU nicht zustimmen, denn darin wird nur appelliert.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Ursula Röper [CDU]: Da sind ganz konkrete Vorschläge drin!)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Jacobs.

Helmut Jacobs [SPD]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Kollege Baasch ist bereits auf einige Formulierungen des Antrags von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eingegangen. Ich möchte insbesondere auf einige Forderungen der CDU eingehen, mit denen wir als Sozialdemokraten nicht übereinstimmen, und darlegen, warum es nicht zu einem gemeinsamen Antrag kommen konnte.

Der CDU-Antrag fordert zunächst, daß ein Signal gesetzt werden sollte, die **Ausbildungskapazitäten im Landesdienst** zu erhöhen. Das ist bereits erklärtes Ziel im SPD-Programm, im Regierungsprogramm, im Koalititonsvertrag, und eine solche Aufforderung ist somit überflüssig.

(Beifall bei der SPD)

Überall wird gesagt, daß der Landesdienst die Vorreiterrolle übernehmen soll. Hier kann nicht nur der Landesdienst gemeint sein, sondern gemeint sein müssen natürlich auch die Bundesbehörden und auch die Kommunen.

Was die **Gestaltung der Ausbildungsinhalte** anbelangt, durch die junge Menschen auch eine berufliche Perspektive für die private Wirtschaft erhalten, so ist auch das für uns eine Selbstverständlichkeit. Zum einen ist es ohnehin unser erklärtes Ziel, bei den Ausbildungs- und Lerninhalten verstärkt auf fächerübergreifende Fähigkeiten zu achten, zum anderen ist auch im Koalitionsvertrag festgehalten, daß das Land in Berufen, die auch außerhalb des öffentlichen Dienstes ausgeübt werden können, das Ausbildungsangebot erhöht. Diese Forderung sollte allerdings nicht nur für den öffentlichen Dienst gelten, sondern auch in anderen Bereichen, weil vielfach – was ich ausdrücklich begrüße – ausgebildet wird, obwohl die Übernahmeaussichten äußerst gering sind.

Begrüßenswert ist auch, die Arbeitsämter aufzufordern, Betriebe, die nicht oder nur ungenügend ausbilden, verstärkt anzusprechen. Hierbei sollte aber nicht verkannt werden, daß auf diesem Gebiet bereits gewaltige Anstrengungen unternommen werden. So hat nach den Auskünften, die mir gegeben wurden, beispielsweise das **Arbeitsamt** Elmshorn in seinem Bezirk die Zahl der Betriebsbesuche 1995 um über 70 % erhöht und tausende Gespräche mit Betrieben im Rahmen der **Ausbildungsvermittlung** geführt.

Wenn zum Beispiel beabsichtigt ist, den Zuschuß an die Bundesanstalt für Arbeit in 1997 in Höhe von 5 Milliarden DM zu kürzen oder ganz zu streichen, ist wohl jedem klar, daß das wohl auch eindeutig zu Lasten dieser geforderten Beratung gehen könnte.

Weiter werden im CDU-Antrag eine stärkere Differenzierung in der Berufsschule, die Modulform für lernschwache Schülerinnen und Schüler und mehr Flexibilisierung des Unterrichts gefordert. Hinter diesen wohlklingenden und modernen Floskeln stecken in Wirklichkeit ein paar sehr alte Hüte. Differenzierte Schulausbildung wie zum Beispiel „Ausbildung light" und „Ausbildung extra" führen nach meiner Auffassung zum Gegenteil von dem, was die CDU-Fraktion in ihrem Antrag einleitend fordert. Hier wird nämlich gesagt, daß die beste Vorsorge gegen die Arbeitslosigkeit eine qualitativ **gute Berufsausbildung** sei. Wie kann eine qualitativ gute Berufsausbil-

(Torsten Geerdts)

aldemokraten tun so, als sei die Arbeitslosigkeit durch Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen deutlich zu senken. Im Durchschnitt rechnet das Landesarbeitsamt Nord für das Jahr 1996 mit 110 000 gemeldeten Arbeitslosen in Schleswig-Holstein. Wir verzeichnen nach wie vor einen **Arbeitsplätzeabbau** in der Industrie, im Metallgewerbe, im Nahrungsmittelbereich und in der Bauwirtschaft. In diesen Bereichen liegen die wirklich großen Probleme im Lande Schleswig-Holstein. In den Maßnahmen **ASH des zweiten Arbeitsmarktes** befinden sich zirka 2500 bis 3000 Personen.

Um Mißverständnissen gleich vorzubeugen: Für jeden Bürger ist eine Tätigkeit auch in solch einer Maßnahme von Wert. Viel wichtiger wäre es allerdings, mehr Anstrengungen darauf zu verwenden, die Rahmenbedingungen zu verbessern, um Beschäftigung auf dem regulären Arbeitsmarkt zu schaffen.

(Beifall bei der CDU)

Wenn ich in den Koalitionsvertrag zwischen SPD und Bündnisgrünen schaue, dann stelle ich fest, daß sie im Bereich des zweiten Arbeitsmarktes zum Beispiel soziale Wirtschaftsbetriebe fördern wollen. Um auch an dieser Stelle nicht um den heißen Brei herumzureden, sage ich es Ihnen ganz deutlich: Solche Maßnahmen will die CDU-Landtagsfraktion nicht unterstützen.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Soziale Wirtschaftsbetriebe sind bisher fast überall gescheitert.

Von einem Bericht der Landesregierung, den auch wir uns wünschen, erwarten wir, daß uns dargestellt wird, welche Möglichkeiten der **Umsteuerung** insgesamt geplant sind. Ich sage Ihnen voraus: All die Schickimicki-Ideen des Koalitionsvertrages für den zweiten Arbeitsmarkt können Sie in den Papierkorb befördern, weil sie überhaupt nicht mehr seriös zu finanzieren sind, und das ist an manch einer Stelle auch gut so.

(Beifall bei der CDU)

Das Land muß sich jetzt auf den klassischen **ABM-Bereich** konzentrieren. Ich will ganz kurz beschreiben, wie die Position der CDU dazu ist.

Die CDU-Landtagsfraktion will all die Maßnahmen des zweiten Arbeitsmarktes unterstützen, die ihrem Auftrag gerecht werden, eine Brücke in den ersten Arbeitsmarkt zu sein. Am Ende brauchen die Bürgerinnen und Bürger keine Beschäftigung, sondern Arbeit, um ihren Lebensunterhalt selbständig finanzieren zu können.

(Beifall bei der CDU)

Viele tun jetzt so, als stünde mit den Kürzungen im ABM-Bereich der Untergang des Sozialstaates vor der Tür. Ich wiederhole noch einmal die Zahlen: 110 000 Arbeitslose, 2500 bis 3000 Bürgerinnen und Bürger in Maßnahmen des **zweiten Arbeitsmarktes.** Diese Stellen könnten durch verbesserte Rahmenbedingungen für die Wirtschaft wahrscheinlich im **ersten Arbeitsmarkt** sehr schnell geschaffen werden.

Wenn ich den Aufschrei in dieser Frage irgendwo verstehen kann, dann in der Tat in den fünf neuen Ländern. Wer sich zum Beispiel in Mecklenburg-Vorpommern umschaut, der weiß, daß es dort zu wirklichen Problemen kommen wird, wenn der zweite Arbeitsmarkt schon jetzt deutlich beschnitten werden sollte. Wenn es uns allerdings gelingen könnte, durch das Programm für mehr Wachstum und Beschäftigung Luft für mehr **Investitionen** und damit auch Luft für mehr **Arbeitsplätze** zu schaffen, dann könnten wir in Zukunft vielleicht auf die eine oder andere Maßnahme des zweiten Arbeitsmarktes gänzlich verzichten.

Dies ist das Ziel, auch im Programm für mehr Wachstum und Beschäftigung. Von daher stehen wir dazu immer noch, wünschen uns diesen Bericht der Landesregierung allerdings gleichermaßen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Böttcher.

Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! **Kürzungen** im Bereich der aktiven **Arbeitsmarktpolitik** sind Bestandteil des Programms für mehr Wachstum und Beschäftigung – wie die Kohl-Regierung ihre Beschlüsse für mehr Armut und weniger Beschäftigung wohlklingend betitelt hat –, mit dem sie die Bundesrepublik aus dem Jammertal führen will, in das sie uns hineingeführt hat.

Es ist davon auszugehen, daß diese Kürzung, wie schon gesagt, nicht nur die fünf neuen Bundesländer betreffen wird, sondern auch Schleswig-Holstein. Über 100 000 Arbeitslose, 13 000 Menschen in der beruflichen Bildung und 2000 in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in Schleswig-Holstein sind Grund genug, sich mit dem Thema auch hier zu beschäftigen.

ABM und berufliche Weiterbildungsmaßnahmen schaffen Perspektiven für die Menschen, sowohl im Hinblick auf ihre eigene soziale Situation als auch auf die Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Wie allerdings durch die geplanten Kürzungen in der aktiven Arbeitsmarktpolitik mehr Arbeitsplätze geschaffen werden sollen, bleibt ein Rätsel. Vielmehr ist zu befürchten, daß die Einsparungen zum Teil durch die **Sozialhilfe** wieder aufgefangen und damit durch die Kommunen bezahlt werden müssen. Viele Projekte im Sozial- und Umweltbereich werden zusammenbrechen, wenn sie nicht mehr durch **Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen** getragen werden können. Es ist angesichts der finanziellen Situation des Landes auch nicht zu erwarten, daß das Land dafür einspringen kann.

Zweitens wünsche ich Ihnen allen für die sitzungsfreie Zeit vom 20. Juni bis zum 31. Juli 1996 und Ihren Familien nach diesem anstrengenden halben Jahr, das wir hinter uns haben, eine angemessene und ordentliche Erholung.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Danke! Gleichfalls! – Beifall)

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß: 17.54 Uhr

(Matthias Böttcher)

Die Chancen für ungelernte oder falsch qualifizierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf dem Arbeitsmarkt tendieren gegen Null, weil die **Wirtschaft**, auch bei einem Mangel an Fachkräften, bisher nie die Bereitschaft gezeigt hat, **Qualifizierung** und **Weiterbildung** auch selber vorzunehmen.

Dieser Einstieg in den Ausstieg aus der aktiven Beschäftigungspolitik ist Bestandteil des Rezeptes der Bundesregierung zum Abbau der Arbeitslosigkeit und der Staatsverschuldung, eine Suppe, die die Bundesregierung den Bürgern 15 Jahre lang eingebrockt hat. Und nun sollen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sie auslöffeln, indem staatliche Leistungen abgebaut werden.

Ich kann nur hoffen, daß dieses **Sparpaket** und die geplanten **Kürzungen** im Bereich der Beschäftigungspolitik keine Mehrheit finden. Ich habe deshalb auch die Erklärung der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft und der DAG sehr begrüßt, und ich hoffe, daß sich die Christdemokraten mit einem sozialen Gewissen in Ihrer Bundestagsfraktion auch durchsetzen und dieses Sparpaket platzen lassen,

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

weil dieses Programm ein sozialpolitischer Kahlschlag ist und diese ungerechten und unsozialen Maßnahmen diese Gesellschaft spalten werden. Das muß verhindert werden. Der soziale Frieden in der Bundesrepublik ist ein Wert, der erhalten werden muß.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat die Frau Abgeordnete Aschmoneit-Lücke.

Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir sind natürlich ganz besonders gespannt darauf, was die **Landesregierung** in diesem **Bericht** sagen wird. Wir sind froh darüber, daß dieser Bericht angefordert wird. Wir haben bisher den Eindruck gehabt, daß die Landesregierung zur bisherigen **Arbeitsmarktpolitik** im Lande jedenfalls nur relativ bescheiden Auskunft geben konnte, um nicht zu sagen, daß wir hinsichtlich der Erfolge oder Mißerfolge der bisherigen Arbeitsmarktpolitik keine vernünftigen Antworten gekriegt haben.

(Zurufe von der SPD)

Weniger die Möglichkeiten – das will ich deutlich sagen; Herr Nabel, das ist für Sie nicht überraschend, ich habe ja häufiger hier schon zu dem Thema gesprochen – als die möglichen Erfolge und die Effizienz der Programme liegen uns auch hinsichtlich dessen, was hier im Lande gemacht wird, sehr am Herzen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Um den üblichen Anwürfen bereits im voraus zu begegnen: Auch für uns ist es selbstverständlich, daß Arbeitslose auf dem Weg zurück zum Arbeitsmarkt der Unterstützung bedürfen. Auch wir halten **Qualifizierungsmaßnahmen** für einen unverzichtbaren Bestandteil der Beschäftigungspolitik. Dabei meine ich auch die Komponente der Entwicklung wieder in den Arbeitsmarkt hinein, der Möglichkeiten, sich wieder an den Arbeitsmarkt zu gewöhnen. Ich habe das mehrfach schon gesagt. Ich habe ja an dieser Stelle auch schon gesagt, es ist einige Zeit her, daß wir bei der Entwicklung der Arbeitslosigkeit, wie wir sie leider immer noch zu verzeichnen haben, auch im Lande Schleswig-Holstein, eher mehr **AB-Maßnahmen** haben müßten als weniger, bei allem Zweifel daran, ob letztlich insgesamt diese AB-Maßnahmen möglicherweise, hin und wieder jedenfalls, nicht einen falschen Weg gehen. Ich jedenfalls kenne eine Menge von Betroffenen, die über AB-Maßnahmen tatsächlich auch wieder in den ersten Arbeitsmarkt zurückkehren konnten.

Wenn wir von den neuen Bundesländern sprechen, so sind mir die Zahlen natürlich bekannt. Ich will auch überhaupt nicht verhehlen, daß insbesondere in Ländern wie Mecklenburg-Vorpommern gerade die AB-Maßnahmen für die Betroffenen in der Vergangenheit außerordentlich hilfreich gewesen sind; da gibt es überhaupt keine Frage. Nur, eines kann ich trotzdem nicht mitmachen: Frau Küstner, Sie sprechen davon, daß dann sehr viel mehr Menschen arbeitslos werden. Ich glaube, Sie verwechseln immer noch den **ersten Arbeitsmarkt** mit dem **zweiten Arbeitsmarkt**. Es ist doch so, daß die Menschen, die in Maßnahmen gehen, aus der Statistik herausfallen. Das ist es doch. Aber das kann es doch nicht sein. Es kann doch nicht die einzige Idee der Arbeitsmarktpolitik sein, daß Menschen aus der Statistik herausfallen. Das können Sie doch selber nicht glauben.

(Beifall bei der F.D.P. – Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Qualifizierungsprogramme!)

– Im Gegensatz zu Ihnen, Herr Hentschel, und den Sozialdemokraten halten wir es für ebenso unverzichtbar, die strukturellen Defizite auf dem Arbeitsmarkt aufzuzeigen und dort gegenzusteuern.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Eben!)

Um es noch deutlicher mit den Worten von Horst Siebert zu sagen: Der Arbeitsmarkt wurde durch institutionelle Regelungen außer Kraft gesetzt. Wir müssen ihn jetzt wieder in Kraft setzen.

Aktive Arbeitsmarktpolitik leistet sicherlich einen Beitrag zur Verringerung konjunkturell bedingter Arbeitslosigkeit, aber sie taugt eben nicht, das sehen wir doch, zur **Bekämpfung struktureller Arbeitslosigkeit**. Ich habe eben schon die Statistik angesprochen, Frau Küstner: Allzuoft ist es doch so, daß teure Ar-

(Christel Aschmoneit-Lücke)

beitsmarktprogramme dann zur reinen Kosmetik in der Arbeitslosenstatistik werden.

(Birgit Küstner [SPD]: Deshalb wollen wir doch ein Arbeits-Strukturförderungsgesetz!)

– Frau Küstner, ich habe diesen Bereich besonders angesprochen, weil Sie darauf hingewiesen haben, daß wir bei Wegfall von arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen mehr Arbeitslose haben. Das ist doch nicht der Fall, das wissen Sie doch selbst.

Die **Kosten** solcher **Programme** verschärfen die strukturellen Defizite auf dem Arbeitsmarkt.

(Beifall bei der F.D.P.)

Sie bürden den Beschäftigten höhere Steuern auf und schwächen somit die Anreize zu arbeiten. Höhere Steuern vergrößern den Keil zwischen dem Bruttolohn, dem Kostenfaktor der Unternehmen, und dem Nettolohn, dem Einkommensfaktor der Arbeitnehmer. Letztlich geht die Nachfrage der Unternehmen nach Arbeit bei steigender Gesamtbelastung immer weiter zurück. Um es zu pointieren: Die außerordentlich populäre Maxime, lieber Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren, entpuppt sich bei genauer Kenntnis ökonomischer Zusammenhänge dann doch als Trojanisches Pferd. Arbeitsmarktprogramme sind nämlich steuer- und beitragsfinanziert, das wissen wir alle. Mit zunehmender Belastung tritt aber genau der eben beschriebene Effekt ein: Arbeit wird teurer, so daß die Nachfrage nach Arbeit noch weiter zurückgeht. Am Ende dieser Kette steht dann letztlich die Vernichtung wettbewerbsfähiger Arbeitsplätze durch eben diese Programme. Sie sind also bestenfalls Rettungsprogramme, sie stellen jedoch nie die Ursachentherapie dar.

Es ist wenig hilfreich, in **Schleswig-Holstein** nach den vermeintlich negativen Auswirkungen des Bonner Programms für mehr Wachstum und Beschäftigung zu fragen und gleichzeitig neue Belastungen für Unternehmen zu planen. Genau das tun die Sozialdemokraten, wenn sie die Ausweitung der Gewerbesteuer auf Freiberufler fordern.

Es ist auch wenig hilfreich, mit dem Finger immer wieder auf **Bonn** zu zeigen und gleichzeitig im Bundesrat wichtige Gesetze, die auf die Reduzierung der Belastung der Unternehmen abzielen, zu blockieren.

(Beifall bei der F.D.P.)

Ich darf in diesem Zusammenhang daran erinnern, was Helmut Schmidt am 30. Juli 1982 vor dem Deutschen Bundestag sagte; ich zitiere mit Genehmigung des Herrn Präsidenten:

„Einige haben bemängelt, daß in diesem Paket"

– er meinte natürlich das damalige Sparpaket –

„nicht genug getan werde zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Ich sage: Dies ist leider wahr. Wer mehr tun will, muß in die Geld- und Sozialleistungen tiefer einschneiden."

Das war Helmut Schmidt 1982.

Arbeitsplätze werden in Unternehmen geschaffen.

(Holger Astrup [SPD]: Eben nicht mehr!)

Arbeitsplätze werden nicht an runden Tischen geschaffen. Sie sollten aber vor allem nicht ausschließlich vom Staat geschaffen werden. Irgend jemand muß ja noch übrigbleiben, der die staatlichen Arbeitsplätze bezahlt. Deshalb muß die **Investitionsneigung der Unternehmen** wieder steigen; denn nur dann wird auch die Bereitschaft, neue Arbeitsplätze zu schaffen, wieder zunehmen.

Zur Erhöhung der Investitionsneigung kann die Politik allerdings einen Beitrag leisten. Wir können nämlich dafür sorgen, daß die Rahmenbedingungen wieder stimmen. Das ist doch genau das Ziel des Sparpakets, das Sie so heftig kritisieren.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Wir können es nicht nur, sondern wir müssen es tun. Wir sind angesichts von fast 4 Millionen arbeitslos gemeldeten Menschen – ich sage bewußt: arbeitslos gemeldeten Menschen; wir wissen alle, daß nicht alle Arbeitslosen gemeldet sind – verpflichtet, etwas zu tun. Ein vereinfachtes Steuersystem mit geringerer Grenz- und Durchschnittsbelastung gehört ebenso dazu wie eine Verringerung der Lohnzusatzkosten.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dann machen Sie das doch mal! Wir haben es gefordert!)

– Herr Hentschel, Sie kritisieren doch das, was in Bonn gemacht wird. Das geht doch genau in die Richtung. Sie stellen sich hier hin, zeigen mit dem Finger auf Bonn und sagen, daß Sie das alles nicht wollen. Andererseits sagen Sie mir hier: Dann tun Sie es doch! – Es wird doch getan. Aber Sie kritisieren und verhindern es.

(Beifall bei F.D.P. und CDU – Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wo bleibt denn das einfache Steuersystem? Sozialstreichungen sind doch kein einfaches Steuersystem! – Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dann müssen Sie schon eine ökologische Steuerreform durchführen!)

– Das wäre genau der richtige Weg!

Es geht darum, die Gesamtbelastung zu senken – wenn Sie das doch endlich einmal merken würden –, um die **Nachfrage der privaten Haushalte nach Gütern** und Dienstleistungen zu stärken und um die **Nachfrage der Unternehmen nach Arbeit** zu erhöhen. Es geht aber nicht darum, unter dem Vorwand der Sozialstaatlichkeit immer weitere Milliarden in Arbeitsmarktprogramme zu pumpen, deren Effizienz höchst zweifelhaft und deren Effekt letztlich kontraproduktiv ist.

(Zuruf des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

(Christel Aschmoneit-Lücke)

Wir sind also in der Tat, Herr Nabel, sehr gespannt darauf, was die Landesregierung dann zu berichten hat.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat die Frau Abgeordnete Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist natürlich richtig, Kollege Geerdts, daß sich der Landtag schon während der letzten Sitzung mit Arbeitsmarktfragen befaßt hat. Aber im Gegensatz zu den Punkten zum Thema Verkehr, die wir ja auch schon ein paarmal diskutiert haben, kennt die Kreativität in Sachen Angriff auf den Sozialstaat keine Grenzen. Ich finde, das rechtfertigt auf jeden Fall, daß wir uns heute wieder mit Problemen des Arbeitsmarktes und der **Arbeitsmarktpolitik** beschäftigen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich hoffe, daß der Bericht der Landesregierung uns alle ins Gewissen rufen wird, daß wir auf dem besten Wege in unkontrollierbare soziale Verhältnisse sind, wie wir sie aus den USA und aus Großbritannien kennen. Die Arbeitsmarktpolitik der Bundesregierung, wie sie gerade im Kabinett beschlossen wurde, führt daher eher ins soziale Elend für Millionen als in blühende Landschaften.

Die bisherigen Ansätze der Bundesregierung in der Arbeitsmarktpolitik gehen völlig an den Problemen vorbei. Menschen ohne Arbeit werden bestraft. Es werden kaum Arbeitsplätze geschaffen. Ich vermisse jegliche Kreativität im Umgang mit dem Arbeitsplatzmangel und frage mich, warum man den Spielraum für aktive Gestaltung ausmerzen will.

Einer der Eckpunkte des Programms für mehr Wachstum und Beschäftigung ist, daß die **Vermittlung von Arbeitslosen** Vorrang vor der Inanspruchnahme von Leistungen der Arbeitsförderung hat. Außerdem sollen die aktiven Leistungen zur **Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt** Vorrang vor den passiven Leistungen der Arbeitslosenunterstützung haben. – So weit, so gut.

Über das Ziel, die größtmögliche Zahl von Bürgerinnen und Bürgern in Arbeit zu bringen, sind wir uns ja alle einig. Aber die Bundesregierung weiß genausogut wie wir, daß wir es mit einer **strukturellen Arbeitslosigkeit** zu tun haben. Das heißt, sie ist durch die grundlegenden Änderungen in der Arbeitswelt bedingt. Selbst bei einer traumhaften Konjunktur werden viele Menschen immer noch ohne Arbeit sein, wenn wir nicht neue Antworten auf neue Probleme finden.

Eine Möglichkeit ist die Teilung der Arbeit. Es ist aber nicht damit getan, daß wir einfach die Arbeitszeit verkürzen. Das ist schon hinreichend diskutiert worden und teilweise auch schon geschehen. Die veränderten, individualisierten Lebensläufe der Menschen fordern und erlauben, daß wir ganz andere, flexible Konzepte von Arbeitswelt und privater Lebenswelt entwickeln.

Es ist eine der größten Herausforderungen der Politik um die Jahrtausendwende, solche neuen Antworten auf den **Strukturwandel der Arbeit** zu finden und vor allem auch jene aufzufangen, die unfreiwillig zu Verlierern werden. Einfache Antworten gibt es nicht, und es reicht nicht aus, immer wieder die Gentechnik und den Transrapid zu bemühen. Langsam müßten die letzten Politikerinnen und Politiker doch eingesehen haben, daß mit kurzfristigen Patentlösungen, die – wenn ich das einmal brutal sagen darf – auf die nächsten Wahlen zugeschnitten werden, langfristig keine Medaille zu gewinnen ist. Dadurch wird nur das letzte Vertrauen in die Politik verspielt. Statt dessen werden das Schicksal und die Ängste von Millionen von Menschen immer noch ausgenutzt, um Wähler zu gewinnen.

Selbst wenn Arbeitsmarktprogramme außergewöhnlich gut greifen sollten und die Wirtschaft florierte, müßten wir damit rechnen, daß in den kommenden Jahren noch immer Millionen von Menschen arbeitslos wären. Wer jetzt diesen Menschen das Geld wegnimmt, schließt absichtlich die Augen vor den Opfern des Umbruchs, läßt sie im Stich.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Darum sage ich: Helmut Kohl ist dabei, sich neben dem Titel „Kanzler der Einheit" auch noch das Markenzeichen „Kanzler der Ausgrenzung" zu erwerben.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die CDU und die F.D.P. möchten ja gern die Parteien des Optimismus sein. Dann sollten sie aber auch den Bürgerinnen und Bürgern das Gefühl geben, daß sie aufgefangen werden, wenn sie unverschuldet ohne Job und Zukunftsaussichten dastehen. Statt dessen will man sie aber lieber schon nach zwei Jahren Arbeitslosigkeit in die Sozialhilfe schicken, damit sie nicht mit dem bißchen Arbeitslosengeld „schmarotzen".

Ich finde, daß wir endlich zu dem Kern der Diskussion zurückfinden müssen. In allen europäischen Ländern hat man heute Probleme mit der hohen Arbeitslosigkeit. Diese zentralen Strukturprobleme gilt es für die Zukunft zu bewältigen, und allerorts werden Lösungsmodelle diskutiert. Patentrezepte gibt es aber nicht.

In Deutschland ist es leider so, daß diese Diskussion auf eine unheilvolle Weise mit der Diskussion um die Verteilung der Kosten für die deutsche Einheit verquickt wurde. Dieses Problem hat uns die Bundesregierung eingebrockt, als sie die Entscheidung traf, große Teile der **Kosten für die deutsche Einheit** auf die Sozialversicherungen abzuwälzen. Wenn wir ver-

(Anke Spoorendonk)

hindern wollen, daß uns das Ganze sozusagen um die Ohren fliegt, dann müssen wir endlich die beiden Probleme trennen können, nämlich die Probleme der deutschen Einheit und die Probleme im Zusammenhang mit dem **Erhalt des Sozialstaats**.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bisher ist die Schuld für diese wirtschaftliche Situation weitgehend auf den Sozialstaat abgeschoben worden. Die führenden Wirtschaftsverbände haben so ziemlich alles getan, um die Situation für den Abbau des Sozialstaats zu nutzen. Jetzt endlich zeigen Kirchen, Gewerkschaften, Verbände und viele Bürger, daß sie das so einfach nicht mehr hinnehmen wollen. Darum hoffe ich – muß ich ehrlich sagen –, daß viele am Samstag an der Demonstration in Bonn teilnehmen werden,

(Beifall bei der SPD)

um zu bekunden, daß sie da nicht mehr mitmachen wollen,

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

daß sie das unterstützen, was Kirchen, Gewerkschaften und Verbände verlangen. Wir sollten nicht lange zögern, um jetzt unsere Solidarität zu bekunden und mitzukämpfen. Darum erwarte ich von der Regierung, daß sie im Bundesrat initiativ wird. Ich erwarte von uns hier im Landtag, daß wir diesem Treiben ein Ende bereiten.

Die **Änderung des Arbeitsförderungsgesetzes** ist einer von vielen Bausteinen des Katalogs Programm für mehr Wachstum und Beschäftigung. Es ist erfreulich, daß sich viele Menschen mit diesem Programm auseinandersetzen und daß sich – wie ich schon sagte – der Widerstand organisiert. Für uns ist es an der Zeit, hier im Landtag zu diskutieren, welche Alternativen wir anbieten wollen.

Der Bericht der Landesregierung kann uns als Grundlage für diese Diskussion dienen. Er kann aber nicht unsere Arbeit ersetzen. Es ist meine Hoffnung, daß sich der Sozialausschuß des Landtages zu einem wichtigen Forum für die schleswig-holsteinische Auseinandersetzung mit dem Programm entwickelt. Ich unterstütze, daß der Bericht im Ausschuß weiterdiskutiert wird.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Frau Ministerin Moser.

Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der **Standort Deutschland** braucht kein Lamento, er braucht auch keine rituellen Gebetsmühlen, sondern er braucht politische und unternehmerische Gestaltungskraft,

(Beifall bei der CDU)

er braucht Mut, er braucht Motivation, und er braucht Ehrlichkeit.

Politische Gestaltungskraft zeigt sich nicht nur in einer gründlichen Analyse der Probleme, sondern auch in einem über Parteigrenzen hinweg zustimmungsfähigen überzeugenden **Programm** und der Fähigkeit, den erforderlichen **Konsens** mit den am politischen und Wirtschaftsleben beteiligten Kräften herzustellen. Das sogenannte Programm für Wachstum und mehr Beschäftigung der Bonner Koalition versagt allerdings vor diesen Anforderungen, weil es weder perspektivisch gestaltet noch konsensorientierte Einzelvorschläge beinhaltet.

Der Mut der Autoren dieses Programms – ich sage das, um auf die Begriffe zurückzukommen – ist höchstens der Mut zur Einseitigkeit. Die Motivation, die von diesem Programm ausgeht, findet ihren Ausdruck in Demonstrationen und Großdemonstrationen der organisierten Arbeitnehmerschaft und darüber hinaus in einem dumpfen Groll weiter Kreise gegen „die da oben" in Politik und Unternehmen. Wahrlich eine Vitaminspritze für die Standortfaktoren Arbeitsqualität und sozialer Friede!

Diese **Demotivation** darf niemanden wundern, denn die verschiedenen Gesetzesvorhaben der **Regierungskoalition in Bonn** führen erkennbar nicht zu mehr Wachstum und Beschäftigung. Sie sind allerdings auch nicht nur ein Sparpaket. Sie verfolgen vielmehr das politisch, auch verteilungspolitisch motivierte Ziel, über Kostenreduzierungszwänge soziale Standards zu reduzieren und Arbeitnehmerrechte abzubauen, und zwar ohne die eingesparten Kosten in mehr Beschäftigung zu reinvestieren. Bei den arbeitsrechtlichen und arbeitsmarktpolitischen Sparvorschlägen wird dies beispielhaft deutlich.

Was bedeuten nun die angekündigten Regelungen in diesem Bereich für die Zukunft der aktiven **Arbeitsmarktpolitik in Schleswig-Holstein**? – Der Bericht, den ich heute zu geben habe, steht unter dem Diktat einer sehr kurzen Redezeit und unter dem Vorbehalt unterschiedlich weit gediehener Gesetzesverfahren. Er ist insoweit höchst unvollständig und durchaus vorläufig. Ich verbinde ihn quasi mit einem Rückkommensantrag. Wir werden hier und auch im Ausschuß erneut zu debattieren haben, wenn Detailauswirkungen auf unsere Programmstruktur, auf unsere Arbeitsmarktpolitik, auf unsere Förderbedingungen und die finanziellen Volumina absehbar sind. Herr Geerdts, Frau Aschmoneit-Lücke, ich verspreche Ihnen, daß wir sehr handfest diskutieren werden; von „Schickimicki" wird keine Rede sein.

Lassen Sie mich mit Finanzvolumina beginnen. Es ist unvermeidlich: Die Qualität von Arbeitsmarktpolitik hängt neben der Gesetzgebung vorrangig natürlich von den **Haushaltsmitteln** ab, die dafür zur Verfü-

gung gestellt werden. Die Ankündigung der Bundesregierung im Zusammenhang mit ihrem 50-Milliarden-DM-Sparpaket, den Bundeszuschuß auf Null zu reduzieren, bedeutet natürlich – auch das hat im Grunde genommen niemand bestritten – Einsparungen und Qualitätsverluste im Bereich der aktiven Arbeitsmarktpolitik. Wir können sie heute noch nicht beziffern, aber ich will Ihnen heute sozusagen als Vorgeschmack ein paar Daten nennen.

Die Zehnte Novelle des Arbeitsförderungsgesetzes und die ihr folgenden Gesetzesänderungen haben das zentrale und weiterhin unverzichtbare Element der **Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen** – hier wurde das von Ihnen allen als ganz besonders wichtiges Instrument dargestellt – für uns halbiert. Wir haben nicht mehr, wie noch vor drei Jahren, 6000 ABM-Förderfälle, wir haben nur noch 2500 mit sinkender Tendenz. Das sage ich an die Adresse derer, die hier eben für ABM geworben haben. Dies hängt mit mangelnder Finanzausstattung seitens der Bundesregierung und der Bundesanstalt zusammen. Eine solche Entwicklung kann selbst das Land Schleswig-Holstein, das sich in der Arbeitsmarktpolitik überproportional engagiert, nicht kompensieren. Dies ist ein Vorgeschmack auf das, was uns jetzt wahrscheinlich blüht, wenn es uns nicht gelingen sollte, das zu stoppen.

Auch die in Kürze in Kraft tretenden Gesetze zur Arbeitslosenhilfereform und das Artikelgesetz unter dem Stichwort „Asylbewerber-Leistungsgesetz" sehen zusätzliche **Umschichtungen** von über einer Milliarde DM vom Bundeshaushalt auf den Haushalt der Bundesanstalt und zusätzlich **Einsparungen** im Bereich der Arbeitsförderung von knapp 2 Milliarden DM vor. Auch dadurch werden die finanziellen Spielräume weiter eingeengt.

Mit dem gestern vom Bundeskabinett beschlossenen Entwurf eines **Arbeitsförderungsreformgesetzes** wird ein weiterer sehr dicker Sparpfeiler eingeschlagen. Insgesamt sollen die sich jährlich aufbauenden Sparerwartungen im Jahr 2000 13,3 Milliarden DM – jährlich versteht sich – erreicht haben. Bereits 1997 wird mit einer Kostenreduzierung von 1,7 Milliarden DM gerechnet. Das muß man sehen vor dem Hintergrund, daß bereits 1996 im Haushalt der Bundesanstalt für Arbeit ein Defizit von 4,2 Milliarden DM eingeplant ist, das wahrscheinlich auf 8 bis 9 Milliarden DM wachsen wird.

Vor diesem Hintergrund müssen wir wirklich bezweifeln, daß es uns gelingt, in der Laufzeit von ASH bis 1999 mit unseren Landesmitteln und den EU-Mitteln die erwarteten Bundesmittel in Höhe von 1 Milliarde DM wirklich zu binden. Sie werden, wenn es so kommt, nicht zur Verfügung stehen.

Die Eckpunkte des Arbeitsförderungsreformgesetzes sind kürzerer und geringerer Arbeitslosengeldbezug, Verschärfung der Zumutbarkeitsregelung, restriktivere Meldepflichten bei sich verschlechternden Arbeitsförderungsbedingungen und vieles mehr. Während das derzeit geltende AFG immerhin noch an der Erzielung eines hohen Beschäftigungsstandes orientiert ist und unterwertige Beschäftigung vermeiden will, will das AFRG nur noch den Ausgleich am Arbeitsmarkt, wie das euphemistisch heißt, unterstützen. Im Klartext heißt das: schnellerer Durchsatz von Arbeitslosen durch die Förderwege mit der Folge, daß sie eben nicht in größerer Zahl – was Sie immer anmahnen – nachhaltig in den ersten Arbeitsmarkt reintegriert werden, sondern mit der Folge, daß sie in größerer Zahl und schneller bei uns in der Sozialhilfe landen!

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die Statistik wird bereinigt!)

– Ja, aber unsere Kassen werden zusätzlich belastet. Die Folgen für die Länder und die Kommunen sind vielfältig diskutiert.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang anmerken, daß das AFRG auch den wirklich überfälligen und notwendigen Ansatz vermissen läßt, Arbeitsmarktfördermöglichkeiten auch auf Leute auszudehnen, die nicht mehr im Leistungsbezug der Bundesanstalt stehen: auf Sozialhilfeempfänger. Dies wäre außerordentlich hilfreich und notwendig.

An dieser Stelle noch eine Anmerkung! In dem ursprünglichen Eckpunkteentwurf stand als einer der Vorschläge, die dritte Bank in der Selbstverwaltung der Arbeitsverwaltung wegfallen zu lassen. Die dritte Bank, das sind wir, das sind die Kommunen. Das hat man sich nun doch nicht getraut. Das ist ein kleiner Hoffnungsschimmer. Die dritte Bank hat also weiterhin die Möglichkeit, sich an der Arbeitsmarktpolitik zu beteiligen.

Die **präventive Arbeitsmarktpolitik** und die ohnehin schwierige und dringend notwendige stärkere **Verzahnung von regionaler Arbeitsmarkt- und Strukturpolitik** werden nicht nur, wie von uns immer wieder gefordert, nicht ausgebaut, sondern sie finden kaum oder gar nicht mehr statt. Wir sind mit unseren Vorhaben betroffen, insbesondere im Elf-Punkte-Programm, wo wir den Ausbau präventiver Ansätze verfolgen wollen. Neben einigen positiven Ansätzen bei der Fortentwicklung der Arbeitsmarktpolitik, die hier schon erwähnt wurden – wie etwa ein zehnprozentiger Innovationstopf für Maßnahmen bei den Arbeitsämtern oder die Ausweitung von Praktika und Qualifizierungsmaßnahmen –, verfehlt der Entwurf nicht nur bei der Entwicklung von Instrumenten, sondern auch bei der Entwicklung einer neuen Finanzierungsstruktur jeden wirklichen Reformansatz.

Finanzreformfragen, wie sie in den letzten zwei Jahren nicht nur zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften diskutiert wurden, um aus Steuermitteln statt aus Beitragsmitteln zum Beispiel die Qualifizierung und andere Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik zu fördern, werden im Entwurf nicht aufgegriffen. Entsprechende Vorschläge, die wir auch in der Kieler Runde erarbeitet haben, sind noch 1994 von Arbeitsminister Blüm ausdrücklich begrüßt worden,

(Ministerin Heide Moser)

ebenso übrigens die Forderung, degressive Lohnkostenzuschüsse einzuführen oder andere wirtschaftsnahe **Förderungsinstrumente** auszubauen, wie zum Beispiel § 242 s – Lohnkostenzuschuß West –, den wir in Schleswig-Holstein gemeinsam mit der Arbeitsverwaltung intensiv nutzen. Auch hier zeichnen sich Verschlechterungen ab. Die Förderhöhe wird in Zukunft, wenn es so kommt, wie es im Entwurf steht, auf die eingesparten Lohnersatzleistungen begrenzt sein. Obwohl es sich um eine Strukturanpassungsmaßnahme handeln soll, wird weiterhin die unsinnige Begrenzung auf soziale Dienste, auf den Umwelt- und Jugendbereich beibehalten werden.

Was wir mit dem **ASFG**, das hier mehrfach zitiert wurde, als Alternative vorliegen haben, ist eine antizyklische Arbeitsmarktpolitik, und eine solche ist dringend geboten. Das bedeutet vor allem: Beibehaltung der Defizithaftung des Bundes. Das ist zwar nominell im Entwurf noch so, aber durch die faktischen Kürzungen wird das gleich wieder aufgehoben. Das bedeutet die Einführung eines ständigen Bundeszuschusses, dessen Wachstum in Abhängigkeit von der Bruttolohn- und -gehaltssumme geregelt wird. Das bedeutet schließlich die Einführung eines regelgebundenen Bundeszuschusses bei unzureichendem Wirtschaftswachstum. Das ist wirtschaftsnahe, das ist nachhaltige Arbeitsmarktpolitik, die wir brauchen.

Lassen Sie mich zusammenfassen, ohne daß ich das schon heute zahlenmäßig belegen kann! Wir wissen nicht, ob wir die zur Zeit durch gemeinsame Finanzierung erreichten Zielzahlen von 5000, mit ESF-Mitteln sogar 7000 geförderten Arbeitslosen weiterhin erreichen können. Herr Geerdts, Frau Aschmoneit-Lücke, immerhin senken wir damit die **Arbeitslosenquote** dieses Landes um 1,5 Prozentpunkte. Wir wissen allerdings, wie die Träger auf den Wegfall etwa der Projektförderung reagieren müssen, nämlich mit der Beendigung von Maßnahmen, die Menschen qualifizieren und beschäftigen, die wegen defizitärer **Strukturen am Arbeitsmarkt** nicht ohne weiteres in Arbeit kommen.

Unsere erklärte Absicht, präventive Ansätze der Arbeitsmarktpolitik zu erproben und zu intensiveren, auch wegen der Schnittstelle zur Wirtschaftspolitik, muß möglicherweise Absicht bleiben zugunsten der Stabilisierung bestehender Maßnahmen. Ich erinnere daran: Jede **Einschränkung der Kofinanzierung** durch die Bundesanstalt für Arbeit ist weder mit Landes- noch mit EU-Mitteln zu kompensieren. Das bedeutet ein Weniger und ein Schlechter in Schleswig-Holstein. Diese verhängnisvolle Weichenstellung müssen wir nicht nur deutlich machen, wir müssen versuchen, sie zu korrigieren.

Angesichts von 1,6 Millionen Menschen in Maßnahmen der **aktiven Arbeitsmarktpolitik**, 4 Millionen registrierten Arbeitslosen und strukturellen Beschäftigungsdefiziten darf die Zahl der Geförderten nicht kleiner werden, sondern sie muß größer werden, wenn wir auch dem Problem der **strukturellen Arbeitslosigkeit** ernsthaft begegnen wollen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich bin sehr dafür, Verantwortung auf allen Seiten zu aktivieren, auch bei den Arbeitslosen selbst. Ich kann aber nicht akzeptieren, daß die Bundesregierung das zum Vorwand nimmt, um sich selbst immer weiter aus ihrer Verantwortung zurückzuziehen.

Wir werden die Debatte und Berichterstattung fortzusetzen haben.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Schmitz-Hübsch.

Brita Schmitz-Hübsch [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Ministerin, als Sie eben zu meiner Überraschung am Ende der Debatte zu dem Berichtsantrag, der ja erst beschlossen werden sollte, bereits den Bericht gaben, nachdem schon alle gesprochen hatten, dachte ich, ich müßte meinen vorbereiteten Text abändern. Das brauche ich jedoch nicht, denn der Bedeutungsunterschied zwischen dem zweiten und **ersten Arbeitsmarkt** scheint auch Ihnen nicht bewußt zu sein, und deshalb kann ich hier wie geplant verfahren.

Der Antrag der SPD zeigt einmal mehr, wie weit sich die SPD von den Realitäten des Lebens entfernt hat.

(Beifall des Abgeordneten Thorsten Geißler [CDU])

Die Beschäftigung mit Minderheiten ist Ihnen so sehr zum Element geworden, daß Sie darüber die Fürsorge für die Mehrheit der Menschen völlig vergessen zu haben scheinen.

(Zurufe und Widerspruch bei der SPD)

Ich erinnere an folgendes: Der **zweite Arbeitsmarkt** war und ist gedacht als Hilfe für nicht vermittelbare Arbeitnehmer.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist doch inzwischen ein Drittel dieser Gesellschaft!)

Die Größenrelationen hat mein Kollege Torsten Geerdts vorhin dargestellt. Im Bereich des zweiten Arbeitsmarktes wurden über ASH 2500 Stellen geschaffen, wir haben es in Schleswig-Holstein aber mit 110 000 gemeldeten Arbeitslosen zu tun. Somit wird nur einem kleinen Teil der Menschen, etwas über 2 %, geholfen.

(Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]: Vergessen wir die also auch!)

In absoluten Zahlen bedeutet das, daß 107 500 Menschen übrigbleiben, denen das alles nichts nützt, deren Perspektivlosigkeit durch die abermalige Belastung der Arbeitsplatzbesitzenden mit den Kosten der Maßnahmen nur noch erhöht wird.

(Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]: Durch Ihre Regierung!)

Die einzelnen Zusammenhänge hat Frau Aschmoneit-Lücke vorhin dargestellt.

Die Zahlen machen das ganze Dilemma deutlich: Es ist lobenswert und notwendig, für schwer Vermittelbare Lösungen zu finden. Aber dringlicher ist die politische Aufgabe, die große Zahl der arbeitslosen Menschen wieder in Lohn und Brot zu bringen, und dahin muß die ganze Kraft gehen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Darauf müssen wir unsere Anstrengungen richten, das ist das politische Ziel.

(Konrad Nabel [SPD]: Seit 14 Jahren machen Sie es genau andersrum! Immer mehr Arbeitslose! Eine Verfünffachung!)

– Herr Nabel, hören Sie doch zu, was ich sage! – Der Staat sollte sich endlich darüber klar werden, daß er zwar Beschäftigung subventionieren kann, damit aber keinen einzigen Arbeitsplatz rentabel macht. Das ist doch das Hauptproblem! Da das so ist, sollten die Programme im zweiten Arbeitsmarkt auf die wirklich Bedürftigen konzentriert werden, nämlich auf nicht vermittelbare Arbeitnehmer.

(Zuruf der Abgeordneten Ingrid Franzen [SPD])

– Frau Franzen, alle anderen Anstrengungen des Staates müssen dahin gehen, die vielen Menschen auf dem ersten, dem eigentlichen Arbeitsmarkt unterzubringen.

(Zuruf des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

Dazu müssen dort die Rahmenbedingungen verbessert werden. Das kostet weniger als Beschäftigungsprogramme, die zudem häufig aus Schulden finanziert werden, Herr Nabel.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Aber das bringt wesentlich mehr Effekt.

(Konrad Nabel [SPD]: 7 Millionen Arbeitsplätze fehlen!)

Die meisten Punkte haben Torsten Geerdts und ich bereits in der Debatte vor drei Wochen vorgetragen, darum will ich sie hier nicht wiederholen. Das wesentliche Ziel ist die Wiederherstellung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit. Wenn wir die wieder haben, geht es uns allen wieder besser.

(Widerspruch bei der SPD)

Dazu gehören sicherlich der Einsatz von **Innovationen** und die Förderung von **Kreativität** in den Geschäftsetagen, die Sie ja zu Recht immer wieder einfordern. Dazu gehört aber auch die Verbilligung des Kostenfaktors Arbeit, die durch maßvolle Lohnsteigerungen innerhalb des Produktivitätsfortschrittes und durch die Senkung der Lohnzusatzkosten erreicht wird. Und das begreife ich nicht: Gerade die Senkung der Lohnzusatzkosten fordern Sie und Ihre Freunde lauthals von allen Rednerpulten, doch wenn es konkrete Vorschläge gibt, rufen Sie: Nein, an dieser Stelle bitte nicht! – Das ist ein Verhalten nach dem Motto: Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht naß!

(Beifall bei der CDU – Widerspruch bei der SPD)

Um wieder mehr Menschen in Beschäftigung zu bringen, müssen wir alle Möglichkeiten nutzen, die es gibt, um den ersten Arbeitsmarkt wieder funktionsfähig zu machen. **Flexibilität** auf allen Ebenen muß die Devise sein, zum Beispiel Flexibilität bei der Einrichtung von Teilzeitarbeitsplätzen – Frau Spoorendonk hat das richtig angesprochen –,

(Zurufe von der SPD: Bei der Kündigung! Das wollen Sie!)

bei der Gestaltung der Arbeitszeiten und bei der Gestaltung von Arbeitsverträgen.

Der gestern vom Kabinett verabschiedete Gesetzentwurf zur Reform des Arbeitsförderungsgesetzes geht in die richtige Richtung. Ich erinnere noch einmal daran: Die **Soziallastenquote** beträgt 33 % und wird durch die Sparmaßnahmen der Bundesregierung um 0,4 Prozentpunkte gesenkt. Das kann ich nicht als sozialen Kahlschlag bezeichnen.

Die Arbeitnehmer haben es längst begriffen: Wenn sie sich zwischen Lohnerhöhung und der **Sicherheit des Arbeitsplatzes** entscheiden müssen, dann ziehen sie ganz klar den Arbeitsplatz vor. Aktuelle Beispiele in Schleswig-Holstein sind die jüngsten Betriebsvereinbarungen bei den Hako-Werken und den Dräger-Werken, aber auch in etlichen weiteren Betrieben in der gesamten Bundesrepublik.

Per Betriebsvereinbarung wurde Mehrarbeit bei gleichem Lohn vereinbart, was faktisch einer Lohnsenkung entspricht, aber die Einkommen bleiben unverändert. Diese Menschen haben verstanden, daß sie nur so mit ihrem Opfer das Überleben ihrer Firma sichern und ihren Arbeitsplatz retten können. Ihnen gebührt unsere Hochachtung.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Eines Tages bringen die auch wieder Kohlen mit zur Arbeit!)

Meine Damen und Herren, ich freue mich auf den schriftlichen Bericht der Ministerin, auf den wir dann detailliert eingehen können.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Nach § 56 Abs. 4 unserer Geschäftsordnung erteile ich dem Herrn Abgeordneten Schroedter das Wort.

Rolf Schroedter [SPD]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Diese letzten Bemerkungen haben mich nicht ruhen lassen. Die Sozialdemokraten sind die einzigen im Land, die ganz konkret sagen: Die **Lohnzusatzkosten** müssen herunter.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD] – Lachen bei CDU und F.D.P.)

Frau Küstner hat es auch in ihrem Beitrag angesprochen. Die Sozialdemokraten sagen: 2 % – das ist ein Drittel dessen, was in der Sozialversicherung bezahlt werden muß – von heute auf morgen sofort herunter! Davon ist in Ihrem berühmten Programm aber auch überhaupt nichts enthalten.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD])

Es ist eher umgekehrt: Sie sind diejenigen, die immer sagen, die Arbeit wird zu teuer. Aber wenn es dann konkret wird, schmeißen Sie alles – die Kosten der deutschen Einheit, das, was in anderen Bereichen wie zum Beispiel im Rentenwesen ansteht – in die **Sozialversicherung** hinein, belasten damit Arbeitgeber und Arbeitnehmer, statt die Finanzierung über das **Steuerwesen** zu machen, so daß alle an der Finanzierung teilhaben können – auch Beamte und diese hehre Versammlung hier. Das ist der Unterschied zwischen den Sozialdemokraten und Ihnen.

(Beifall bei der SPD)

Dann möchte ich Ihnen noch ein Zweites sagen. Die Sozialdemokraten sind eine Volkspartei. Sie sagen ja auch, Sie seien eine Volkspartei. Aber wenn ich „Volkspartei" so verstehe, daß man zu allen hinläuft und denen das erzählt, was die gerade hören wollen, dann ist das nicht in Ordnung.

(Meinhard Füllner [CDU]: Genau das machen Sie! Sie beschreiben damit SPD-Politik!)

Wenn Sie heute sagen, Sie stünden fest an der Seite des Bundeskanzlers, und wenn Sie gleichzeitig Teile Ihrer Partei mit Erklärungen ausschwärmen lassen, in denen es klipp und klar heißt, alle sollten jetzt nach Bonn fahren und gegen die unsoziale Politik der Bundesregierung, gegen eine Einschränkung der Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall und gegen Absenkung des Krankengeldes und anderes mehr kämpfen, dann hat das nichts mit „Volkspartei" zu tun, sondern hat mehr damit zu tun, daß man allen das erzählt, was sie gerade hören wollen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Geschäftsordnungsgemäß gehe ich jetzt davon aus, daß die Regierung bereits einen Bericht gegeben hat, den wir auch an den zuständigen Ausschuß überweisen können. Daß die Regierung dann Zusatzinformationen im Rahmen der Ausschußberatungen gibt, ist möglich und vielleicht sogar wünschenswert. Damit haben wir jetzt nicht mehr über den Ursprungsantrag abzustimmen, sondern über die Überweisung des Berichtes an den Sozialausschuß.

(Frauke Walhorn [SPD]: Zur abschließenden Beratung, Herr Präsident!)

– Zur abschließenden Beratung. – Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe! – Enthaltungen? – Das ist einstimmig so beschlossen.

Meine Damen und Herren, mittlerweile ist mitgeteilt worden, daß auch die Frau Abgeordnete Angelika Volquartz für heute beurlaubt ist.

Ich rufe jetzt Tagesordnungspunkt 15 auf:

Bericht zum Gesetz über zwingende Arbeitsbedingungen bei grenzüberschreitenden Dienstleistungen (Arbeitnehmer-Entsendegesetz)

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 14/76

Änderungsantrag der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 14/84

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 14/87 (neu)

Änderungsantrag der Fraktion der CDU
Drucksache 14/90

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? – Das ist offenbar nicht der Fall. Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Herr Abgeordnete Schroedter.

Rolf Schroedter [SPD]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! In der **Bauwirtschaft** bröckelt es, und da bricht es an allen Ecken und Enden. Dazu gehören die Zunahme von **Arbeitslosigkeit** und die **Zusammenbrüche** von kleineren und mittleren Firmen. Eine zentrale Ursache dafür ist die zunehmende Billiglohnkonkurrenz von Arbeitgebern ohne Sitz in Deutschland.

(Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau übernimmt den Vorsitz)

Das führt zu Inseln fremden Rechts, führt zu Wettbewerbsverzerrungen, zur Gefährdung der Tarifautonomie und auch zu erheblichen sozialen Spannungen auf den Baustellen.

Insbesondere die Lohnunterschiede ermöglichen es, daß am selben Ort Unternehmen zu ganz unterschiedlichen Bedingungen konkurrieren können. Die mittelständische Bauwirtschaft kann ihre Stärke, ihr fachliches Know-how, nicht in der Weise zur Geltung bringen, wie es an sich möglich wäre. Es wird auch oft unterschätzt, was ordnungspolitisch aus den Fu-

gen gerät, weil das **Entsendegesetz** nicht wirksam ist und die BDA es boykottiert.

Nun ist gestern, vorgestern und am Montag einiges in Bewegung geraten, aber in Wahrheit hat sich konkret für die Unternehmen und für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nichts verändert. Gestern hat das **Baugewerbe** die Mitgliedschaft in der **BDA** gekündigt, aber das ändert nichts. Am Tag davor hat die SPD-Bundestagsfraktion eine soziale Korrektur zum Entsendegesetz vorgelegt. Aber in diesem Bundestag ist es bei den gegebenen Mehrheitsverhältnissen so, daß ein Gesetzentwurf der SPD nicht automatisch Gesetzeskraft erlangt.

(Martin Kayenburg [CDU]: Gott sei Dank!)

Am Montag hat die EU eine Entsenderichtlinie formuliert, die aber unter den gleichen Vorbehalten wie das Entsendegesetz steht; das heißt, es hat sich weder für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer noch für die Firmen irgend etwas verändert. Sie stehen unter ruinöser Konkurrenz.

Die SPD-Landtagsfraktion ist trotz der begrenzten Handlungsmöglichkeiten, die das Land hat, nicht bereit, dem stumm zuzusehen und das nur zu registrieren. Die SPD sagt: Das Entsendegesetz muß endlich wirksam werden. Das sichert Arbeitsplätze am Bau.

Lohndumping nutzt Großbetrieben und schadet Kleinbetrieben und Handwerksbetrieben, die so in den Konkurs getrieben werden. Der Beitragszahler muß für die Folgen des Lohndumpings aufkommen. Wenn Sie einmal die Baustellen besichtigt haben, dann werden Sie gesehen haben, daß die Arbeitnehmer aus den anderen Ländern im Rahmen ihrer **Arbeitszeit** lange, überlange arbeiten. Wenn Sie sich dann auch einmal die **Wohnunterkünfte** ansehen, dann können Sie sich denken, daß Sie dann auch lieber lange und überlange Zeiten arbeiten würden, als sich in diesen Unterkünften aufzuhalten.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, unterschätzen wir es alle bitte nicht: Die Situation auf den Baustellen spitzt sich zu. Die Ausländerfeindlichkeit wird gefördert. Mitte März war in Kiel eine große Demonstration der IG Bau, als es noch gar nicht die Vereinbarung über den Mindestlöhne gab. Da gab es vereinzelt Töne zu hören – nicht durch das Megaphon, nicht durch die Gewerkschaftssprecher –, von denen ich sagen muß, daß die gezeigt haben, warum die DVU bei der Landtagswahl nicht die verdienten 0 % der Stimmen bekommen hat, sondern 4,3 %.

Wer über die **Arbeitsplätze** von **Deutschen** und über die Arbeitsplätze von **Ausländern** spricht, der soll zur Kenntnis nehmen, daß im größten Arbeitsamtsbezirk des Landes Schleswig-Holstein, dem Bezirk Eckernförde/Plön/Kiel, die Arbeitslosenquote der Ausländer bei 27 % liegt. Schuld an dem ganzen Desaster sind nicht die ausländischen Arbeiter, sondern diejenigen, die das Wirksamwerden des Entsendegesetzes boykottieren.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dabei ist das Entsendegesetz für uns natürlich nur die zweitbeste Lösung. Ziel ist die Entwicklung einheitlicher sozialer Standards im Bereich der EU und – ich füge das als Vision hinzu – die schrittweise Heranführung Osteuropas an eben diese Standards. Das ist die eigentliche Antwort oder – wenn Sie so wollen – die eigentlich richtige Frage bezogen auf die Globalisierung im europäischen Raum. Solange wir das nicht haben, muß gelten: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort. Das ist die sozialpolitische Wegmarke, die heute gelten muß.

(Beifall bei der SPD)

Wir wollen einen Bericht, aber nicht jeder Bericht muß oder soll nun ein Kompendium mit 291 Seiten Umfang sein.

(Günter Neugebauer [SPD]: Sehr gut!)

Uns kommt es auf die **Qualität** und nicht auf die Quantität an. Uns kommt es auf die **Fakten** an. Sinn des Berichtes ist, daß wir alle gemeinsam über dieses Thema besser aufklären können. An die Kolleginnen und Kollegen von der F.D.P. und bezüglich der Berichterstattung damit auch an die Regierung füge ich hinzu: Natürlich sollen die von Ihnen genannten Punkte auch Gegenstand des Berichtes sein. Aber für uns ist es wichtig- wir haben es entsprechend beschrieben –, besonders das in den Mittelpunkt zu stellen, was sich bei der Arbeitslosigkeit und bei den Insolvenzen entwickelt hat und entwickeln wird.

Diese Entwicklung einfach nur neutral dargestellt hinzunehmen, sind wir nicht bereit. Dazu wollen wir mehr hören. Diese Entwicklung ist eindeutig negativ. Das steht auch schon in unserem Antrag, und das muß dort auch so stehenbleiben, weil wir Sozialdemokraten die Sorgen der Mittelständler, der Handwerker, der Bauarbeiter und ihrer Familien kennen und uns dies als unsere Sorgen zu eigen machen.

(Beifall bei der SPD)

Wir beantragen einen Bericht, um mehr aufzuklären, und wir haben eine **Resolution** vorgelegt, mit der wir uns an diejenigen wenden – im Gegensatz zur CDU-Fraktion –, die eine erfolgte Einigung boykottieren. Die CDU wendet sich an diejenigen, die sich eigentlich schon geeinigt haben, und zwar unter Einbeziehung eines Schlichtungsverfahrens. Wir jedenfalls lehnen solche Formulierungen ab, in denen es heißt: Ihr habt euch auf einen Mindestlohn von 18,60 DM geeinigt, macht lieber 16,80 DM daraus.

Wir sind bereit, aus dem CDU-Antrag den ersten Absatz in folgender Formulierung zu übernehmen:

> „Der Schleswig-Holsteinische Landtag begrüßt das Ziel des vom Deutschen Bundestag verabschiedeten Arbeitnehmer-Entsendegesetzes, un-

(Rolf Schroedter)

ter Berücksichtigung der Tarifautonomie den Tarifvertragsparteien ein Angebot zur Regelung besonderer Wettbewerbs- und Sozialprobleme im Baugewerbe zu machen."

In dieser Form werden wir diesen ersten Absatz übernehmen. Alles andere, insbesondere der zweite Absatz, ist nicht akzeptabel. Wir haben in Deutschland Tarifautonomie, und es ist nicht der Job des Schleswig-Holsteinischen Landtages, sich an die Stelle der Tarifvertragsparteien zu setzen.

(Beifall der Abgeordneten Birgit Küstner [SPD])

Die Bauwirtschaft weiß uns an ihrer Seite. Wir unterstützen auch den Gesetzentwurf der Bundestagsfraktion der SPD zu einer sozialen Korrektur des Entsendegesetzes, mit einem neuen Konfliktregelungsmechanismus. Wir werden anhand des Berichtes über weitere mögliche Maßnahmen zur Sicherung von Arbeitsplätzen in der Bauwirtschaft im Lande zu beraten haben.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Schmitz-Hübsch.

(Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Nein, Herr Kayenburg!)

– Herr Kayenburg? – Das ist bei uns hier oben anders angekommen. Dann haben Sie jetzt das Wort, Herr Abgeordneter Kayenburg.

Martin Kayenburg [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Mit dem **Arbeitnehmer-Entsendegesetz** wurde den Tarifpartnern ein Angebot gemacht, dem Lohn- und Sozialdumping im Baugewerbe zu begegnen. Mit dem Entsendegesetz wurden Rechtsnormen vorgegeben, die unter Beachtung der Tarifautonomie – da sind wir uns völlig einig – eine branchenspezifische Lösung zulassen. Die **Tarifvertragsparteien** stehen aber nicht nur nach dem Gesetz, sondern auch aufgrund der Gesamtverantwortung für die **Tarifpolitik** vor einer Verantwortung, die nicht allein branchenspezifisch gesehen werden kann. Es ist deshalb nicht ausreichend, zumal es um Allgemeinverbindlichkeit geht, branchenspezifische Lösungen zu vereinbaren, mit denen die Bauwirtschaft vielleicht gerade noch leben kann, mit denen andere Branchen aber Probleme haben.

Die **Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände** ist demgegenüber verpflichtet, auch im Hinblick auf die Löhne in Ostdeutschland Lösungen zu finden, die in die gesamte Tariflandschaft passen. Dies war übrigens – mit Zustimmung des Bundesrates – auch Ziel des Gesetzgebers, als er dieses Gesetz und die Allgemeinverbindlichkeit beschlossen hat. Es ist nur zu verständlich, wenn die Tarifparteien im Baugewerbe einen Weg gesucht haben, der gerade noch vertretbar erscheint, um **Sozialdumping** sowie ruinöse Konkurrenz zu bekämpfen. Die Bauarbeitgeber haben diesem Abschluß allerdings – wie Sie selbst wissen – nur zögernd zugestimmt, weil er deutlich über dem nach den eigenen Aussagen noch vertretbaren Kostenrahmen liegt. Dennoch wurden Fakten geschaffen, die auch vor dem Hintergrund des öffentlichen Interesses und der gesamten Tariflandschaft zu würdigen waren. Ein Tarifvertrag kann nicht dazu da sein, eine „Schmutzkonkurrenz" zu verhindern und unlauteren Wettbewerb zu beseitigen, zumal das Bundesarbeitsgericht 1965 ausdrücklich abgelehnt hat, das öffentliche Interesse mit Konkurrenzerwägungen zu begründen, um so eine Allgemeinverbindlichkeit rechtfertigen zu wollen.

Bei dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz geht es dennoch vor allem darum, durch eine teilweise Angleichung der **Arbeitsbedingungen** bisher bestehende **Wettbewerbsnachteile** gegenüber ausländischen Unternehmen, die ihre Mitarbeiter unterhalb der Löhne des Bautarifniveaus in Deutschland beschäftigen, abzubauen. Eigentlich ist dies – darin stimme ich Ihnen ausdrücklich zu – eine europäische Aufgabe. Da aber die ursprünglich angestrebte EU-Entsenderichtlinie politisch nicht durchgesetzt werden konnte, ist die Frage einer nationalen Ersatzregelung für die Bauwirtschaft in den Vordergrund gerückt. Die Situation ist auch heute nicht anders zu bewerten, weil die EU-Richtlinie wohl nicht vor 1999 umgesetzt werden wird.

Vor diesem Hintergrund hat die Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände bei ihrer Beurteilung neben dem öffentlichen Interesse auch das gesamte **Tarifgefüge** in der Bundesrepublik bei ihrer Entscheidung zu berücksichtigen und ihre Entscheidung auch davon abhängig zu machen, ob eine negative **Präjudizierung** der Tarifpolitik anderer Wirtschaftsbereiche von diesem Abschluß ausgeht. Ein Signaleffekt ist unverkennbar und wird auch nicht dadurch gemildert, daß die Allgemeinverbindlichkeitserklärung eigentlich ein Fremdkörper in der Tarifautonomie ist und nur ausnahmsweise durch Gesetz zulässig ist. Ein bundesweiter allgemeinverbindlicher einheitlicher Tariflohn muß geradezu andere Tarifbereiche präjudizieren, wenn er wie ein Netzwerk über die gesamte Republik gestülpt wird.

Der tarifliche Stundenlohn in der Bauindustrie ist deutlich höher als die tariflichen Ecklöhne der meisten anderen Industrien. Der jetzt vereinbarte, aber nicht vollziehbare Tarifvertrag sieht Mindestlöhne vor, die nur unwesentlich unter dem normalen **Tariflohn** – zum Beispiel in der chemischen Industrie – liegen. Der **Mindestlohn** übertrifft die normalen Ecklöhne, zum Beispiel der Metallindustrie oder der Papierindustrie. Er ist zwischen 30 % und 50 % höher als die Tariflöhne der Schuh-, Bekleidungs-, Leder- oder Stahlindustrie. Wie eigentlich wollen Sie eine Zustimmung für einen allgemeinverbindlichen Mindestlohn rechtfertigen, wenn er nur in einem speziel-

len Tarifbereich gilt und wenn die Gesamtverantwortung für die Tarifsituation in der Bundesrepublik von Ihnen mitzutragen ist? Ein solcher Tariflohn, der speziell für ausländische Mitarbeiter in einem bestimmten Sektor festgelegt ist, kann von der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände in dieser Form wegen ihrer Gesamtverantwortung nicht mitgetragen werden. Von daher muß Ihr Vorwurf insoweit auch ins Leere gehen.

Die BDA war und ist zusätzlich in die Gespräche über ein **Bündnis für Arbeit** eingebunden – wie Sie sehr genau wissen – und hatte bei der Entscheidung ebenfalls zu prüfen, ob mit der Zustimmung nicht auch die Glaubwürdigkeit tariflicher Kostenstabilisierungs- und Entlastungsstrategien unterlaufen würde. Wenn man glaubwürdig bleiben will und Kostenentlastung in einem Bündnis für Arbeit sucht, darf man nicht einem „Rutschbahneffekt nach oben" durch Allgemeinverbindlichkeitserklärungen in einem viel zu hohen Tarifvertrag Chancen einräumen.

(Beifall der Abgeordneten Birgit Küstner [SPD] und Brita Schmitz-Hübsch [CDU])

Da die europäische Lösung allerdings – wie ausgeführt – nicht absehbar ist, haben auch andere Staaten gesetzliche Mindestlöhne in den unterschiedlichsten Formen vereinbart, die allerdings mit 10 bis 12 DM wesentlich unter der in Deutschland anvisierten Mindestmarke liegen. Die Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände hat als Signal immerhin 15 DM gesetzt, das heißt, zwischen 15 und 25 % mehr, als es im Ausland üblich ist, um eine für die deutsche Bauwirtschaft noch angemessene Größenordnung anzudeuten. Auch hier ist im Prinzip die **Tarifautonomie** zu wahren. Diese Größenordnung rechtfertigt sich vor allem aber auch aus der tatsächlichen Bezahlung der Bauarbeitnehmer in Ostdeutschland und nicht nur der deutschen Arbeitnehmer in Ostdeutschland.

Inzwischen gibt es trotz der Kündigung der Mitgliedschaft in der BDA durch die **Bauarbeitgeber** deutliche Signale, neue **Verhandlungen** aufzunehmen. Die Bereitschaft dazu wurde zum Beispiel gestern abend durch den Vorsitzenden medienöffentlich kundgetan. Er hat dies um den Hinweis ergänzt, daß die Kündigung noch nicht den Austritt bedeute, sondern daß dazu noch sechs Monate Zeit blieben. Im Klartext bedeutet dies, daß man durchaus bereit ist, sich auf dieser Ebene zu einigen.

(Zuruf des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Aber insbesondere wollen sich die Bauarbeitgeber mit den Gewerkschaften erneut an einen Tisch setzen – Herr Neugebauer! –, aber dies wird zur Zeit von den Gewerkschaften nicht akzeptiert.

(Günter Neugebauer [SPD]: Weil Vereinbartes wieder einkassiert werden soll! Das ist das Problem! – Zurufe von der SPD)

– Das Problem habe ich Ihnen doch eben deutlich gemacht und gesagt, daß darum die Allgemeinverbindlichkeit bei einer Gesamtverantwortung für die Tariflandschaft in der gesamten Bundesrepublik in dieser Form problematisch ist.

Nun wird den **Gewerkschaften** von den **Bauarbeitgebern** erneut ein **Angebot** gemacht. Wenn Sie das gestern abend gehört haben, dann haben Sie ja sicherlich auch die Hausnummer gehört, die von den Bauarbeitgebern genannt worden ist –

(Konrad Nabel [SPD]: Ja, 17 DM!)

in meinen Augen viel zu hoch, aber es sind immerhin etwa 17 DM genannt worden!

(Konrad Nabel [SPD]: 10 % unter dem Vereinbarten! Das ist ja unerhört!)

– Also, ich kann zwar Ihre Prozentrechnung nicht nachvollziehen, Herr Nabel, aber 17 DM bei uns

(Konrad Nabel [SPD]: 18,60 DM minus 10 %!)

und 10 bis 12 DM bei ausländischen Mindestlöhnen in Europa – das sind so gewaltige Unterschiede, daß ich denke, daß man mit diesen 50 % mehr – ja über 50 % mehr – auch in der Bundesrepublik sehr gut leben kann.

Uns geht es doch darum, das Sozialdumping zu verhindern, Tariffrieden zu erzeugen und keineswegs darum, irgend jemanden zu bevormunden.

Die Haltung der Bauarbeitgeber zeigt doch, daß Kompromisse offenbar denkbar sind. Vor diesem Hintergrund sehen wir jedenfalls große Chancen, daß im Rahmen der Tarifautonomie doch noch eine Lösung gefunden wird, die aus der Sicht der Bauwirtschaft, aber auch – und das ist das entscheidende – aus gesamtwirtschaftlicher Sicht vertretbar ist.

(Günter Neugebauer [SPD]: Reden Sie hier für die Bauwirtschaft oder für Ihre Fraktion?)

– Ich spreche für meine Fraktion, Herr Neugebauer, und das, was ich von Ihrem Kollegen gehört habe, wich ja auch überhaupt nicht so weit davon ab; deswegen verstehe ich Ihren Zwischenruf nicht.

Unsere Aufforderung kann also nur dahin gehen, die **Tarifpartner** zu bitten, ihrer **Eigenverantwortung** nachzukommen und **Lösungen** zu suchen, die der Situation der eigenen Branche, aber auch der gesamtwirtschaftlichen Tarifsituation gerecht werden. Damit können wir zusätzlich unterstreichen, daß Tarifautonomie für uns ein hohes Gut ist und daß wir nicht die Absicht haben, die Verantwortung der Tarifparteien durch politische Maßnahmen zu ersetzen. Wer den zweiten Absatz unseres Antrags so verstanden hat, der hat uns gründlich mißverstanden; hier geht es um einen Appell an die Tarifvertragsparteien und die Verbände und keineswegs darum, in die Tarifautonomie einzugreifen. Ganz im Gegenteil, wir wissen dieses hohe Gut – in der Vergangenheit war es jedenfalls immer so – mehr zu schätzen als Sie.

Im übrigen begrüßen wir allerdings Ihren Berichtsantrag, der uns – vielleicht auch nicht ganz im Sinne

(Martin Kayenburg)

Ihrer Intention – immerhin Klarheit über die Situation und die tarifliche Lage in der Bauwirtschaft wie hoffentlich auch im Baunebengewerbe bringen wird, weil dies für künftige Entscheidungen und Diskussionen auch hier im Hause nur hilfreich sein kann.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Böttcher.

Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! In anderen europäischen Staaten ist die **Bezahlung ausländischer Arbeitnehmer** durchaus anders geregelt. Dort müssen mitgebrachten Arbeitnehmern die im Land geltenden Tariflöhne gezahlt werden.

Die katastrophale Entwicklung in der Bauwirtschaft, Arbeitslosigkeit, Einnahmeausfälle bei Steuern und Sozialversicherung haben die Bundesregierung gezwungen, endlich tätig zu werden. Sie hat ein aus unserer Sicht zwar ungenügendes, aber immerhin ein **Entsendegesetz** verabschiedet, dessen Umsetzung jetzt jedoch leider durch die Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände verhindert wird. Nachdem Bauarbeitgeber und Gewerkschaft mühsam einen Mindestlohn vereinbart haben, weigert sich nun die BDA, diese Lösung für allgemeinverbindlich zu erklären, weil sie Angst hat, dies würde die Forderung nach allgemeinen Lohnerhöhungen in anderen Bereichen provozieren, obwohl es hier nicht um einen gesetzlichen Mindestlohn geht, der das Existenzminimum sichern soll – das ist hier in der Bundesrepublik anders geregelt –, sondern es sich um ein Instrument gegen unlauteren Wettbewerb durch Lohndumping und Sozialabbau handelt.

Wir sind der Meinung, daß gleiche Lohn- und Arbeitsbedingungen für die gleiche Arbeit sichergestellt werden müssen und daß der katastrophale Zustand im Baubereich beendet werden muß. **Lohn- und Sozialdumping,** die menschenunwürdige Unterbringung, die Rechtlosigkeit, was Arbeitszeiten, Lohnzahlungen und Unfälle betrifft, müssen aufhören.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Heinz-Werner Arens [SPD])

Die Unternehmen der Baubranche, die sich korrekt verhalten, die Tariflöhne zahlen, werden niederkonkurriert oder werden gezwungen, ebenfalls unter Tarif anzubieten.

Die **Tarifautonomie**, die wir haben, wird zur Farce, wenn durch solche Unternehmen, die keine Tariflöhne zahlen, Arbeitsplätze angeboten werden und Arbeitnehmer, die hier in der Bundesrepublik wohnen, arbeitslos werden. Das ist eine Entwicklung, die niemand haben will. Vor allen Dingen muß man auch bedenken: Die Baubranche ist wahrscheinlich erst der Anfang; das kann sich auch noch auf andere Branchen übertragen. Welche Entwicklungen sich daraus im Steuersystem und in der Sozialversicherung ergeben, kann man sich denken.

Sollte die **BDA** stur bei ihrer Verweigerungshaltung bleiben, ist die Bundesregierung wieder in der Verantwortung, und sie muß auch ihre gesetzliche Regelung überdenken, indem sie möglicherweise den Antrag des Bundesrates umsetzt oder den neuen Antrag übernimmt, den meines Wissens auch die SPD-Fraktion im Bundestag gestellt hat. Angesichts der Sturheit des Bundesverbandes der Arbeitgeberverbände, nur schimpfend mit den Schultern zu zucken, reicht nicht. Die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Wirtschaft wird durch dieses Lohn- und Sozialdumping nicht erhöht, sondern es wird eher das Gegenteil erreicht. Die staatlichen Einnahmen und die Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme beruhen zum größten Teil auf dem Faktor „Arbeit". Eine Folge davon sind hohe Stundenlöhne, die die **Konkurrenzfähigkeit auf dem internationalen Markt** beeinträchtigen.

Einen wesentlichen Beitrag zu dieser Situation hat die Regierungskoalition in Bonn in den letzten 15 Jahren geleistet. Löhne und Gehälter werden durchschnittlich mit 20,6 % besteuert, Einnahmen aus Unternehmertätigkeiten und Vermögen nur mit 13,9 %; 1980 waren es noch 21,2 %. Hinzu kommen Sozialversicherungsbeiträge, die bei Beibehaltung der bisherigen Regelung durch die Ausfälle im Baubereich steigen werden. Ich finde es durchaus überlegenswert, auch Selbständige und Beamte in diese Systeme mit einzubinden.

Der volkswirtschaftliche Schaden durch Steuerausfälle, Mindereinnahmen in der Sozialversicherung und Mehrausgaben der Arbeitslosenversicherung allein in der Bauwirtschaft wird zur Zeit vom DGB auf zirka 7 Milliarden DM geschätzt. Widersprochen hat dieser Zahl meines Wissens noch niemand.

Durch das Entsendegesetz kann man dieser Entwicklung zumindest Einhalt gebieten. Die Verabschiedung dieses Gesetzes kann aber eine Neuorientierung der Besteuerung von Einkommen und eine Neuregelung der Sozialversicherung nicht ersetzen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen dabei auf das Prinzip „Solidarität statt Ellenbogen", „Bündnis für Arbeit und Umwelt". Lasten in dieser Gesellschaft müssen gerecht verteilt werden, und dafür müssen **sozialverträgliche** Lösungen gefunden werden, sowohl was die Einnahmeseite als auch die Ausgabeseite betrifft. Leistung soll sich lohnen, aber wer breite Schultern hat, kann auch mehr tragen.

Die Politik der Bundesregierung – „Den Seinen gibts der Herr im Schlaf" – muß ein Ende haben, damit die Spaltung der Gesellschaft verhindert und der soziale Frieden gesichert wird.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Aschmoneit-Lücke.

Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Auch wir halten es für richtig, daß die völlig unbestreitbaren Probleme der **Bauwirtschaft** hier zum Thema gemacht werden, daß die Angst der deutschen **Bauarbeiter** zum Thema gemacht wird und daß wir einen sicherlich sehr inhaltsreichen und objektiven Bericht über die tatsächliche Entwicklung bekommen werden.

Das **Arbeitnehmer-Entsendegesetz** betrifft – das ist auch hier und heute wieder sehr deutlich geworden – ein politisch außerordentlich heikles Thema. Die Politik war und ist vor die schwere Aufgabe gestellt, Probleme, die mit dem europäischen Binnenmarkt zusammenhängen, mit nationalen Maßnahmen anzugehen. Im vergangenen Jahr zeigte die Debatte um dieses Gesetz, daß dieses Unterfangen außerordentlich schwierig, beinahe unmöglich ist. Die Dienstleistungsfreiheit in der Europäischen Union ermöglicht es eben Bauunternehmen aus ganz Europa, ihre Bauarbeiter in Deutschland einzusetzen. Die Arbeiter erhalten die Löhne ihres Heimatlandes – das ist das Problem –, und sie zahlen ihre Sozialversicherungsbeiträge nicht in deutsche, sondern in ihre heimischen Systeme ein. Das ist für den Auftraggeber in Deutschland natürlich attraktiv. Das gilt auch für große Unternehmen hier, die in der Lage sind, ausländische Subunternehmen zu beschäftigen. Sie können mit den wesentlich geringeren irischen, portugiesischen oder griechischen Arbeitskosten – um nur einige Beispiele zu nennen – kalkulieren, und auch der Bauherr kann sich über niedrige Baukosten freuen.

Keinen Grund zur Freude allerdings haben insbesondere die kleinen und mittleren **deutschen Baufirmen**, die einerseits die im europäischen Vergleich hohen deutschen Löhne und die hohen Lohnzusatzkosten zahlen müssen, andererseits aber zunehmend **ausländische Konkurrenz** bekommen.

Sie geraten damit unter erheblichen Wettbewerbsdruck, dem sie auch wegen ihrer Ortsgebundenheit nicht oder kaum ausweichen können. Am Ende sind davon in jedem Fall deutsche Bauarbeiter betroffen, die ihren Arbeitsplatz bereits verloren haben oder aber akut von Arbeitslosigkeit bedroht sind. Tatsächlich handelt es sich eigentlich nicht direkt um einen Wettbewerb der Unternehmen, sondern um den Wettbewerb unterschiedlicher Lohnkosten. Die verordnete Verteuerung ausländischer Arbeitskraft ist allenfalls vorübergehend dazu geeignet, den Druck zu mildern. Auf längere Sicht – auch das ist schon gesagt worden – verdeckt sie die Sicht auf das eigentliche Problem, nämlich die zu hohen **Arbeitskosten** in Deutschland.

(Beifall bei der F.D.P.)

Der uns allen bekannte massive Arbeitsplatzabbau in den Bauberufen sowie die damit einhergehenden zunehmenden und bedauerlichen Spannungen zwischen ausländischen und deutschen Bauarbeitern waren der ausschlaggebende Grund dafür, daß die F.D.P.-Bundestagsfraktion dem Gesetz trotz grundsätzlicher, erheblicher Bedenken schließlich zugestimmt hat. Aus meiner Sicht gibt es tatsächlich weiterhin ernstzunehmende, grundsätzliche Einwände gegen dieses Gesetz und gute Gründe für die Nichterteilung der Allgemeinverbindlichkeitserklärung; Herr Kayenburg hat dazu einiges gesagt.

Dieses Gesetz, das gleichen Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort vorschreibt, schafft natürlich ein Stück **Protektionismus**. Wir alle wissen, daß Protektionismus auf Dauer einen Wettbewerbsnachteil darstellt. Aus diesem Grunde haben wir in unserem Antrag die Frage nach einer dauerhaften Entwicklung gestellt. Die deutsche Bauindustrie wird quasi unbehelligt von Konkurrenz schwerfälliger werden und wichtige Anpassungsprozesse ganz einfach nicht mitmachen. Außerdem erleidet auch die so mühsam errungene europäische Dienstleistungsfreiheit einen herben Rückschlag. Schließlich würde eine Renaissance der Allgemeinverbindlichkeitserklärung unweigerlich zu einer weiteren Verkrustung des erstarrten deutschen Tarifgefüges führen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Daß jetzt übrigens ausgerechnet Sozialdemokraten die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes fordern, finde ich außerordentlich bemerkenswert. Wollen Sie wirklich in die **Tarifautonomie** eingreifen? Ich habe heute von der linken Seite des Hauses mehrere solcher Dinge gehört, die mich doch haben aufhorchen lassen. Auch Ihren beiden Anträgen – sowohl dem Antrag von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN als auch dem Antrag der CDU-Fraktion – können wir aus diesem Grunde nicht zustimmen, weil wir uns davor hüten werden, in irgendeiner Weise auch nur den Eindruck zu erwecken, daß wir in die Tarifautonomie eingreifen wollen.

Meine Damen und Herren, die F.D.P.-Fraktion hält einen Bericht über die Auswirkungen der Nichterteilung der Allgemeinverbindlichkeitserklärung eines Mindestlohnes im Rahmen des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes für außerordentlich wichtig, um sich ein umfassendes Bild über die Konsequenzen auf die mittel- und langfristige Entwicklung des Baugewerbes machen zu können. Wir finden es allerdings bedauerlich, Herr Schroedter, daß wir uns nicht darauf verständigen können, die Wörter „negative Entwicklung" zu streichen. Sie haben das begründet. Ich kann die Gründe auch nachvollziehen. Sie sagen, es sei tatsächlich eine negative Entwicklung; dem will ich überhaupt nicht widersprechen. Trotzdem bin ich der Auffassung, wenn wir einen Bericht über die Konsequenzen und über die Folgen fordern, sollten wir diesen **Berichtsantrag** so objektiv wie möglich formulieren, damit der Bericht eine objektive, eine nicht

(Christel Aschmoneit-Lücke)

vorgefertigte, eine nicht belastete Grundlage für eine Diskussion und letztlich auch für eine sachorientierte, problemorientierte Entscheidung sein kann.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile der Frau Abgeordneten Spoorendonk das Wort.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine Herren! Meine Damen! Mit dem Entsendegesetz des Bundes sollte erreicht werden, daß sich die Tarifpartner des Baugewerbes auf einen verbindlichen **Mindestlohn** einigen. Daß die erzielte Einigung nicht für allgemeinverbindlich erklärt wurde, hat die Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände verhindert. Der vereinbarte Mindesttarif war in ihren Augen zu hoch. Sie hegen die Befürchtung, daß Beschäftigte in anderen Branchen ebenfalls höhere Mindestlöhne verlangen könnten.

Diese Begründung ist unsinnig, denn die Vereinbarung wäre nur zwischen den Tarifparteien des Baugewerbes verbindlich; soviel steht fest. Wenn ich es richtig verstanden habe, will die SPD auf Bundesebene nun offenbar erreichen, daß eine gesetzliche Regelung getroffen wird, die inhaltlich der Einigung der Tarifparteien entsprechen soll. Das halten wir für bedenklich. Wir sehen darin einen Angriff auf die **Tarifautonomie**. Wir meinen, daß mit Volldampf am Zustandekommen einer verbindlichen Einigung gearbeitet werden muß, damit das Lohndumping endlich gestoppt wird.

Ich komme nun zu den verschiedenen Anträgen. Uns liegen nicht nur zwei Resolutionsanträge vor; uns liegt auch der Antrag der SPD-Fraktion vor, in dem beantragt wird, daß ein Bericht erstellt werden soll. Dazu hat die F.D.P.-Fraktion einen Änderungsantrag gestellt. Daß die F.D.P.-Fraktion nicht beabsichtigt, die Arbeitnehmer zu unterstützen, das ergibt sich aus diesem Änderungsantrag.

(Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.]: Wie bitte? Der Änderungsantrag entspricht fast wortwörtlich dem Antrag, den die SPD gestellt hat!)

– Ja, aber wenn ich mir angucke, welche Tendenz in diesem Antrag insgesamt zu erkennen ist, dann meine ich dennoch, daß ich mit meiner Vermutung recht habe. Der F.D.P. geht es nämlich darum – das ist immer wieder gesagt worden –, daß der freie Wettbewerb nicht beschränkt sein darf. Diese Forderung, diese Tendenz wird der SSW nicht mittragen.

Dennoch stellt sich die Frage, was wir für das Baugewerbe tun können. Die Situation ist unbefriedigend, weil immer mehr ausländische Arbeitskräfte zu absoluten Dumpinglöhnen eingesetzt werden. Dadurch verlieren unsere inländischen Arbeitnehmer zunehmend ihre Arbeitsplätze. Die Arbeitslosigkeit führt wiederum zu Mehrausgaben bei der Arbeitslosenversicherung, zu Ausfällen in der Rentenversicherung und zu Steuermindereinnahmen. Diese Entwicklung muß gestoppt werden. Wir müssen uns aber fragen, wie wir das erreichen können beziehungsweise ob die Forderung der SPD-Fraktion nach einem **Bericht** in dieser Sache der richtige Schritt ist; denn die Dinge sind im Moment ja in Bewegung. Einige Mitglieder der Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände werden den Verband jetzt im Protest verlassen. Es könnte im Baugewerbe zu einer Lösung kommen, ehe uns ein Bericht vorläge. In diesem Falle wäre der Bericht überflüssig. Gestern sprachen wir darüber, was es kostet, wenn wir Berichte erstellen lassen oder wenn wir Aufträge weitergeben.

Außerdem würde ich auch gerne wissen, was der Zweck eines solchen Berichts sein soll, wenn sich die Situation im schleswig-holsteinischen Baugewerbe doch in Bewegung befindet. Insofern erkennt der SSW nicht unbedingt die Notwendigkeit eines solchen Berichts. Er spricht sich sehr wohl dafür aus, daß man sich weiterhin informiert und daß man eventuell auch Anhörungen durchführt, aber uns stellt sich für unsere Arbeit wirklich die Frage, ob es angebracht ist, jetzt einen Bericht anfertigen zu lassen. Wer schon länger dabei ist, weiß doch, daß sich die Berichte im Laufe einer Legislaturperiode stapeln.

Ich bin der Meinung, daß noch einmal die Frage geklärt werden muß, ob man sich mit der Situation des Baugewerbes nicht intensiver befassen kann, indem man gleich aktiv wird – das muß man ja auf jeden Fall; man kann den Bericht nicht abwarten – und nicht erst auf einen Bericht wartet und einen schriftlichen Bericht verlangt. In dem Antrag wird nach so vielen Details gefragt, daß sie nicht ohne weiteres mündlich genannt werden können. Daher halte ich es für richtig, sich im Ausschuß auch mit dieser Frage auseinanderzusetzen. Wir beantragen also die Überweisung in den Ausschuß.

(Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.]: Was denn? Den Antrag?)

– Ja, wir beantragen Überweisung an den Ausschuß, wo man sich dann mit der Frage auseinanderzusetzen hat, ob es jetzt zu einem solchen Bericht kommen muß.

Zu den Änderungsanträgen noch ein paar Bemerkungen. Der Resolutionsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW enthält eine klare Aufforderung, einen Appell. Insbesondere der erste Abschnitt, in dem auch der Absatz 1 aus dem Änderungsantrag der CDU in geänderter Form mit aufgenommen ist, ist ein solcher klarer Appell. Das ist gut so. Aber wenn Sie, Herr Kayenburg, sagen, in Ihrem Antrag komme keine bestimmte Tendenz zum Ausdruck, dann bin ich nicht Ihrer Meinung.

(Glocke der Präsidentin)

(Anke Spoorendonk)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Frau Abgeordnete Spoorendonk, ich darf Sie bitten, zum Schluß zu kommen.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Die Frage ist ja, was akzeptable Mindestlöhne sind. Sie haben darauf eine Antwort gegeben. Wie das vor kurzem in Flensburg vom Baugewerbe veranstaltete Happening gezeigt hat, sind die Interessen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern nicht ohne weiteres identisch. Darum bleibe ich bei dem klaren Appell in der Resolution der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW.

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung hat zunächst Herr Abgeordneter Kayenburg.

Martin Kayenburg [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Frau Spoorendonk, zum ersten zur Klarstellung: Austritt bedeutet nicht, daß damit die Verantwortung der Arbeitgeberverbände ausgehebelt wäre. Die Bundesvereinigung ist gleichwohl nach wie vor verantwortlich für die Allgemeinverbindlichkeit, auch wenn der Arbeitgeberverband der Bauindustrie und der Baugewerbeverband austreten sollten.

(Zuruf der Abgeordneten Ingrid Franzen [SPD] – Günter Neugebauer [SPD]: Sie haben eine Million DM Mitgliedsbeiträge weniger!)

– Ist das Ihr Geld, Herr Neugebauer?

Zum zweiten meine ich, daß der Änderungsantrag der Fraktion der F.D.P. doch voll auf Ihrer Linie liegt; er ist nur etwas objektiver als das, was Sie wollen.

(Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.]: So ist es!)

In Ihrem Antrag steht nämlich nur die „negative" Entwicklung drin. Warum eigentlich sind Sie nicht bereit, wertneutral zu sagen „diese Entwicklung"?

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Wenn zusätzliche Informationen gefordert werden, so kann das doch nicht schädlich sein!

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es!)

Zum dritten folgendes: Ihr Resolutionsantrag weist einen gravierenden Unterschied auf. Ich habe hier deutlich gemacht, daß wir für **Tarifautonomie** sind, das heißt für mich auch kein „Eingreifen in tarifpolitische Verantwortung". Wenn Sie formulieren „Die Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeber wird dringend aufgefordert", dann liegt das nahe bei einem Eingriff in die tarifpolitische Verantwortung beziehungsweise in die Tarifautonomie. Wenn wir sagen, daß sich alle Beteiligten auf akzeptable Mindestlöhne verständigen sollen, dann ist das die Bitte an diese Parteien, sich aufgrund geänderter Umstände erneut zusammenzusetzen – auch das müssen Sie einmal akzeptieren, Herr Schroedter –; denn geänderte Umstände verlangen dann neue Entscheidungen.

(Rolf Schroedter [SPD]: Sie haben sich geeinigt!)

Und daß man aufgrund dieser geänderten Umstände Entscheidungen trifft, die dann für allgemein verbindlich erklärt werden können, um so aus dem Konflikt herauszukommen, ist doch selbstverständlich.

Es macht doch keinen Sinn, die Augen davor zu verschließen, daß die Karre im Moment verfahren ist. Wenn es Angebote von allen Seiten gibt, dann bitte schön sollen sich auch die Gewerkschaften engagieren. Die sprechen im übrigen – machen Sie sich das doch einmal klar! – gar nicht für ihre eigene Klientel. Sie handeln im Grunde als Geschäftsführer ohne Auftrag für Dritte. Da frage ich Sie: Wo ist deren Gesamtverantwortung? Vor diesem Hintergrund, denke ich, ist unser Änderungsantrag der bei weitem sinnvollere.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag hat nun die Frau Abgeordnete Aschmoneit-Lücke.

Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Frau Spoorendonk, ich finde es schon bemerkenswert, mit welcher unglaublichen Selbstverständlichkeit Sie hierhergehen und sagen, der F.D.P.-Antrag mache sichtbar, daß wir an den Interessen der Arbeitnehmer überhaupt nicht interessiert seien. Ich finde das eine Unverschämtheit, um es deutlich zu sagen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Sie können diesen Antrag nicht gelesen haben, und Sie können auch nicht zugehört haben, als ich gesprochen habe.

(Lachen der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Der Antrag ist fast wörtlich das, was auch die SPD beantragt. Wir haben zwei Berichtsbitten hinzugefügt, und Herr Schroedter hat gesagt, er finde es in Ordnung und trage es mit.

Dann haben wir gesagt, daß wir nicht schon das Ergebnis des Berichtes im Antrag haben wollen, sondern wir möchten, daß objektiv berichtet wird. Daran kann doch nur allen gelegen sein.

Was Sie hier machen, ist schlicht und einfach, Ihre Vorstellung zu perpetuieren, daß die F.D.P. unsozial und sonst etwas sei und nur an sich denke. Ich bitte Sie wirklich, sich das nächste Mal, bevor Sie sich zu etwas äußern, was wir hier vorlegen, unsere Anträge durchzulesen, bevor Sie sich in eine bestimmte Rich-

(Christel Aschmoneit-Lücke)

tung festlegen, und nicht immer nur Ihre eigenen Vorurteile und Ideologien zu verbreiten.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das setzt voraus, daß sie das auch verstehen! – Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag hat nun die Frau Abgeordnete Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Frau Aschmoneit-Lücke, ich habe sehr wohl den Antrag der F.D.P. gelesen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Aber nicht verstanden!)

– Das mag sein, aber ich habe mir Mühe gegeben. Ich habe auch sehr wohl erkannt, daß dieser Antrag fast identisch mit dem Antrag der SPD ist. Was ich vorhin sagte, hängt nicht nur mit dem Antrag zusammen – da haben Sie recht –, sondern ich habe auch das aufgenommen, was auf dem Bundesparteitag der F.D.P. gesagt worden ist.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Was denn, Frau Spoorendonk?)

Ich sehe diese Sache also auch in einem größeren Zusammenhang, und deshalb bin ich auf die Tendenz zu sprechen gekommen.

Das, was ich sagen wollte, war, daß ich grundsätzlich in Frage stelle, ob wir einen solchen **Bericht** überhaupt haben müssen. Haben wir nicht bereits erkannt, daß es Probleme gibt, die uns dazu zwingen, politisch aktiv zu werden?

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das sehe ich auch so!)

Darum ist die Frage: Kann man mit einem Bericht, der erst erarbeitet werden und zu dessen detaillierten Fragen man zunächst Nachforschungen anstellen muß – in einer Situation, in der sich das Baugewerbe im Moment befindet –, etwas erreichen?

Ich sagte vorhin auch – Sie wissen das sehr wohl –, daß es zu viele Berichte gibt. Im Laufe einer Legislaturperiode häufen sich die Berichte. Das wissen Sie sehr wohl. Das, was ich wollte, war ganz einfach, daß sich zunächst der Ausschuß damit auseinandersetzt, ob wir einen solchen Bericht haben müssen. Können wir das nicht anders machen? Dann könnten wir aber auch gleichzeitig politisch aktiv werden. Das war der Punkt.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das müssen Sie den Sozialdemokraten sagen, nicht uns!)

– Ich sage das ingesamt hinsichtlich der hier gestellten Berichtsanträge.

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag hat nun der Herr Abgeordnete Hentschel.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Also, Frau Aschmoneit Lücke! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren!

(Zuruf von der CDU: Frau Präsidentin!)

– Frau Präsidentin! – Ich bin gestern gerügt worden, weil ich Sie gestern nicht begrüßt habe. Da haben Sie recht. Ich werde mir Mühe geben, in Zukunft die Würde des Hohen Hauses zu wahren.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Liebe Kollegin Aschmoneit-Lücke, ich wollte etwas zur sozialpolitischen Einstellung der F.D.P. sagen, weil das hier so explizit von Ihnen angesprochen worden ist. Wir haben nun einmal das Problem in der Bundesrepublik – da wird ja immer über die hohen Löhne geredet –, daß 70 % aller staatlichen Einnahmen auf den Lohn aufgeschlagen werden. Es wird alles, was bei uns an Abgaben, Steuern und so weiter läuft, auf einen Faktor aufgeschlagen, nämlich auf den Lohn.

Frau Spoorendonk hat natürlich recht, wenn Sie auf Dänemark verweist. Die dänischen Bauarbeiter sind nicht deshalb billiger, weil sie weniger verdienen – sie verdienen in Dänemark im Durchschnitt 2 DM mehr als in der Bundesrepublik –, sondern weil die Lohnkosten in Deutschland für die dänischen Bauarbeiter deutlich niedriger sind als in der Bundesrepublik, weil in Dänemark nicht die gesamten Soziallasten auf den **Faktor Arbeit** aufgeschlagen werden. Das ist der entscheidende Punkt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD – Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Wenn die F.D.P. nun feststellt, daß das, was wir hier im Bausektor haben, keine negativen Folgen sind und das Wort „negativ" nicht haben möchte, dann kann ich nur sagen, daß sie die Augen vor der Realität verschließt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD – Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.]: Lesen Sie doch einmal im Protokoll nach, was ich gesagt habe!)

Nun haben sich ja die Arbeitnehmer und die Arbeitgeber in der Bauindustrie bereits geeinigt.

Das sind doch nicht nur die Arbeitnehmer und die Gewerkschaften, sondern die Arbeitgeber haben sich mit geeinigt und wollten diesen Abschluß, die Firmen in der Bauindustrie, der Verband der großen Firmen

und der Verband der kleinen Firmen. Alle haben dafür gestimmt und haben gesagt: Wir wollen diese Vereinbarung. Und dann hat die BDA diese Vereinbarung verhindert. Dann, denke ich, ist es auch sinnvoll, daß ein Parlament das deutlich ausspricht und sagt: Das, was da passiert ist, ist nicht im Sinne der Tarifautonomie, ist nicht im Sinne einer vernünftigen Sozialpolitik.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das können doch die Bauarbeitgeber selbst lösen!)

Was da passiert, ist eine **Blockadepolitik der BDA** gegen vernünftige Interessen der Bauwirtschaft, Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Das kann ein Parlament deutlich aussprechen, und dann soll es auch sagen, daß das negativ ist.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile das Wort Frau Ministerin Moser.

Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales:

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Lassen Sie mich mit ein paar Zahlen auf das Problem zurückkommen! Allein seit Jahresbeginn ist die Zahl der Arbeitslosen in der Bauwirtschaft von 260 000 auf gut 350 000 angestiegen. Wir haben nach Schätzungen oder Zählungen etwa 150 000 Bauarbeiter aus der EU im Lande, und wenn wir die osteuropäischen Vertragsarbeitnehmer mitrechnen, geht es um gut 200 000 Menschen, die 12 Stunden am Tag und länger zu **Dumpinglöhnen** von zum Teil unter 10 DM auf unseren Baustellen arbeiten. Das heißt, hier sind Baufirmen, Subunternehmer, Einzelunternehmer tätig, und zwar aus Portugal, aus Spanien, aus Griechenland, aus Großbritannien, aus Irland, die mit deutschen Bauunternehmen mit Lohnkosten von 25 % bis 50 % der deutschen Lohnkosten konkurrieren.

Das ist die Lage, und das ist die Lage, ohne daß wir jetzt die Problematik der illegalen Beschäftigung, der Scheinselbständigkeit einbezogen haben,

(Beifall bei der SPD)

ohne daß wir übrigens die Problematik einbezogen haben, die natürlich hier in Schleswig-Holstein virulent ist, daß nämlich die dänischen Bauarbeitnehmer deutlich geringere Lohnkosten verursachen, weil wir dort ein anderes soziales Sicherungssystem haben. Dies alles ist in den Zahlen und in der Problemstellung, die das Entsendegesetz betrifft, gar nicht enthalten.

Wir haben es hier mit sehr großen **Wettbewerbsverzerrungen** zu tun, die die Baubranche treffen, übrigens eine Branche, die auch in Schleswig-Holstein von großer Bedeutung ist, weil sie im mittelständischen Bereich immer ein Stück Rückgrat war. Und wir haben es mit einer Stimmung am Bau zu tun, die beängstigend ist. Nicht nur innere Wut ist da im Spiel. Wenn man mit den Leuten redet, merkt man, daß da schon handfeste Wut im Spiel ist, die uns zu denken geben muß. Es heißt dann: Soundso viele Ausländer sind hier, soundso viele Arbeitslose haben wir. Ich bin auch noch bedroht und vielleicht nächste Woche betroffen. Was ist die Konsequenz? Ausländer raus! – Das ist ein ganz gefährlicher Stoff, der hier gärt. Man hat es sehr schwer, den deutschen Kolleginnen und Kollegen klarzumachen, daß ihre ausländischen, eingewanderten Kolleginnen und Kollegen am Bau von diesem Lohndumping genauso betroffen sind wie sie selber.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Mit solchen rationalen Argumenten kommt man dann nicht mehr durch. Die IG Bau und die Arbeitgeber registrieren seit längerem ein bedrohliches Anwachsen der Ausländerfeindlichkeit am Bau.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist doch eine Scheindebatte, die Sie führen!)

Es ist richtig: Die Lösung hätte eine rechtzeitige Verabschiedung der europäischen Entsenderichtlinie bringen können. Kernbereiche dieser Richtlinie, die ja jetzt auf dem Weg ist, haben zu sein: Mindestlohnsätze, bezahlter Mindesturlaub, maximale Tages- und Wochenarbeitszeiten und eben auch Bestimmungen des Arbeitsschutzes. Letztere werden ja bei diesem Thema meist vergessen. Aber hören Sie einmal die Gewerbeaufsichtsämter, wenn diese Baustellen besichtigen!

In Anbetracht der Entwicklung, über die wir heute reden, konnten wir auf diese europäische Richtlinie nicht warten, wenn wir nicht dem Europagedanken auch noch auf diesem Sektor hätten empfindlich schaden wollen. Nach langen Verhandlungen ist deshalb das **Entsendegesetz** zustande gekommen. Es ist weit weniger als das, was Herr Blüm unter der Spitzmarke, die auch heute häufig zitiert wurde – gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort –, angekündigt hatte. Aber immerhin, es ist ein Anfang zur Problemlösung, und deshalb ist es als Erfolg zu werten, daß dieses Gesetz mit großer Mehrheit verabschiedet worden ist.

Jetzt ist dieses Gesetz faktisch gescheitert, und zwar – ich sage es einmal bewußt so polemisch – an der mangelnden Verantwortungsbereitschaft der **Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände**. Die Ablehnung des Antrags auf Allgemeinverbindlichkeit kann ich nur als ein Prä der Gewinnmaximierung vor Verantwortung für den Standort Deutschland interpretieren, anders nicht.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe der Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU] und Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

(Ministerin Heide Moser)

Das ist kein tarifpolitischer Verkehrsunfall. Die Bundesvereinigung brüskiert ja mit ihrem Verhalten nicht nur zwei ihrer großen Mitgliedsverbände, sondern sie brüskiert auch die gesetzgebenden Organe der Bundesrepublik Deutschland.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sie nehmen doch nur ihre Rechte wahr!)

Ich habe schon von der großen Mehrheit gesprochen. Die IG Bau hat ja den Antrag auf Allgemeinverbindlichkeit nicht allein gestellt, sondern einvernehmlich mit dem Hauptverband der deutschen Bauindustrie, der sich ausdrücklich auch mit dem Zentralverband des deutschen Baugewerbes im Einvernehmen wußte. Diese einvernehmliche Lösung scheitert jetzt an der BDA, die im übrigen keine eigene Kompetenz für Tarifverträge hat und sich trotzdem anheischig macht, beurteilen zu wollen, ob diese Vereinbarung über die Mindestlöhne sachgerecht ist oder nicht.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Das ist, finde ich, eine Anmaßung sondergleichen gegenüber den Mitgliedsverbänden.

(Beifall bei der SPD)

Tatsächlich – auch das darf man natürlich bei dem Verhalten der BDA nicht ganz außer acht lassen – ist Teil der Gesamtstrategie vieler Arbeitgeber und auch Bauarbeitgeber, bestehende Tarifverträge zu unterlaufen. Auch am Bau verlassen immer mehr Unternehmer die Verbände, um ihren Belegschaften mit der Angst um den Job willkürliche Lohnsenkungen abhandeln zu können.

(Martin Kayenburg [CDU]: Und Sie wollen höhere Mindestlöhne! Wie paßt das denn zusammen?)

– Ich habe das noch nicht gesagt, Herr Kayenburg!

(Martin Kayenburg [CDU]: Ach so!)

Um so wichtiger ist es, daß Entgeltregeln, unabhängig von der Verbandszugehörigkeit, allgemeinverbindlich sind.

Ich will mit Erlaubnis der Frau Präsidentin den Parlamentarischen Staatssekretär im Bundesarbeitsministerium, Horst Günther, zitieren, um deutlich zu machen, wie tiefgreifend die Blokkade der Bundesvereinigung wirkt. Herr Günther hat in der „Bild am Sonntag" gesagt, ab sofort gehe jeder weitere Arbeitslose in Deutschland auf das Konto des Arbeitgeberverbandes. – Dies mag man mit Recht als Übertreibung werten, aber es wirft ein Schlaglicht auf das, was abläuft. – Das Verhalten der Bundesvereinigung in dieser Frage sei unverantwortlich und eine dreiste Provokation der Tarifpartner des Baugewerbes.

Was ist jetzt konkret zu tun? Natürlich ersetzt ein Bericht der Landesregierung nicht konkretes politisches und sozialpartnerschaftliches Handeln. Die Verantwortlichen in Bonn werden und dürfen auf unseren Bericht nicht warten. Ich halte ihn gleichwohl für sinnvoll, weil wir es hier mit einem Problem zu tun haben, das sich nicht in den nächsten Monaten und nicht allein mit einem Entsendegesetz wird auf Dauer lösen lassen. Vielmehr müssen wir auch langfristige Linien, wie auch Sie von der F.D.P. das vorgeschlagen haben, beobachten und in den Bericht einbeziehen.

Es gibt, um auf die Frage, was konkret zu tun ist, zu antworten, eine Menge von mehr oder minder wohlfeilen Vorschlägen. Sie reichen von Nachverhandlungen der Tarifpartner über Warten auf die Entsenderichtlinie der EU, über regionale Vereinbarungen der Bautarifparteien – in Berlin sehr ins Auge gefaßt – bis hin zur Forderung, die Bundesregierung möge ein Mindestlohngesetz erlassen.

Ich will diese einzelnen Fragen jetzt nicht erörtern, weil es sich um einen Berichtsantrag handelt. Ich will nur darauf hinweisen: Die Bundesregierung und alle politisch Verantwortlichen müssen baldmöglichst erklären, welche Maßnahmen sie denn zu ergreifen gedenken. Denn wir haben die Notwendigkeit erkannt, sofort, so schnell wie möglich eine nationale Lösung für das **Arbeitnehmerentsendeproblem** im Bausektor zu schaffen. Deshalb müssen wir uns dazu äußern, wenn wir nicht zulassen wollen, daß sich die zum Teil dramatischen Umsatzrückgänge in der Bauindustrie und die Folge des Sozialdumpings potenzieren. Und es wird eine Potenzierung sein und keine schlichte Addition.

Deshalb wird die Landesregierung an den politischen Entscheidungen in dieser Frage mitwirken. Sie wird natürlich den Berichtsauftrag in Absprache mit den beteiligten Ausschüssen nach der Sommerpause abarbeiten.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Heuchelei!)

Wir werden mehrere Ressorts einzubeziehen haben. Ich denke, wir werden auch die Arbeitsverwaltung einzubeziehen haben. Nach dem, was wir bisher an Erfahrungen mit der **Kieler Runde** und der regionalen **Aktion „Arbeit für Schleswig-Holstein"** haben, bin ich sicher, daß auch die Sozialpartner in Schleswig-Holstein bei dieser wichtigen Thematik Flagge zeigen wollen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Mehr nicht?)

Lassen Sie mich eine generelle Schlußanmerkung machen. Ich glaube, an dem Thema **Entsenderichtlinie** wird deutlich, vor welcher Problemdimension wir bei der Globalisierung der Märkte – auch der Globalisierung des Arbeitsmarktes insgesamt – stehen. Es wird auch deutlich, daß bisher unsere Instrumente und auch die unternehmerische Standortverantwortung offenbar noch nicht ausreichen, die Europäisierung dieser Märkte in den Griff kriegen.

Frau Aschmoneit-Lücke hat das Schreckgespenst des **Protektionismus** an die Wand gemalt. Aber dies allein reicht auch nicht, Frau Aschmoneit-Lücke. Wir brauchen wirklich langfristige Instrumentarien, um

mit diesem Problem umgehen zu können, weil der Standort Deutschland und die Gesellschaft einen sehr hohen Preis werden zahlen müssen, der ihre demokratische Verfaßtheit tangiert, wenn wir hier keine Lösung erarbeiten.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das gilt nicht nur für die Baubranche.

Insofern werden nicht nur die Gestaltungsfähigkeit der Politik und die vielbeschworene Verzichtbereitschaft der Gesellschaft im allgemeinen gefragt sein, sondern auch sehr konkret und im besonderen die **Verantwortungsbereitschaft der Unternehmen** in diesem Lande. Sie werden zum Prüfstein für den Standort Deutschland. Darüber sollten sich alle im klaren sein.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Dann kommen wir zur Abstimmung. Es ist beantragt worden, den Berichtsantrag in den Ausschuß zu überweisen.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der F.D.P., Drucksache 14/84, abstimmen. Wer ist dafür, diesen Änderungsantrag zur weiteren Bearbeitung in den Ausschuß zu überweisen? – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Die Überweisung ist gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. mit den übrigen Stimmen abgelehnt.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wollen Sie feststellen, daß die Grünen sich enthalten haben?)

– Nein, die Mehrheit war gegen die Überweisung in den Ausschuß.

Ich lasse jetzt über den Antrag auf Überweisung des Berichtsantrags der Fraktion der SPD, Drucksache 14/76, in den Ausschuß abstimmen.

(Thorsten Geißler [CDU]: In welchen Ausschuß?)

– In den Sozialausschuß!

(Thorsten Geißler [CDU]: Und in den Wirtschaftsausschuß!)

– Und in den Wirtschaftsausschuß! Also federführend in den Sozialausschuß, mitberatend in den Wirtschaftsausschuß. Wird die Beteiligung weiterer Ausschüsse beantragt? – Nein. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dafür, den Berichtsantrag in die Ausschüsse zu überweisen? – Gegenstimmen! – Enthaltungen? – Dies ist mit den Stimmen der SPD gegen die Stimmen der F.D.P., des Abgeordneten Kayenburg und des Abgeordneten Nabel – war das richtig? –

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Schroedter!)

so beschlossen worden.

(Unruhe)

Also: Über die Überweisung des Berichtsantrages der SPD, Drucksache 14/76, federführend in den Sozialausschuß und mitberatend in den Wirtschaftsausschuß haben wir eben abgestimmt.

Ich komme jetzt zur Abstimmung über die Resolution und den Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 14/90. Nach Rücksprache mit dem Abgeordneten Kayenburg bezieht sich dieser Änderungsantrag der CDU auf die Resolution Drucksache 14/87 (neu), so daß wir an dieser Stelle in der Sache über die Resolution und den Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 14/90, abstimmen. Dies ist der weitergehende Antrag. Ich lasse daher zunächst in der Sache über den genannten Änderungsantrag der Fraktion der CDU abstimmen. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dieser Antrag ist mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, F.D.P. und SSW abgelehnt.

Dann lasse ich über die Resolution der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW, Drucksache 14/87 (neu), abstimmen. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist diese Resolution angenommen gegen die Stimmen von CDU und F.D.P.

Ich begrüße auf der Tribüne unsere Gäste des Herder-Gymnasiums Rendsburg, Landwirtschaftsreferendarinnen und -referendare und Inspektorenanwärterinnen und -anwärter des MELF Schleswig-Holstein und aus Mecklenburg-Vorpommern.

(Beifall im ganzen Haus – Unruhe)

– Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte um etwas mehr Ruhe, damit wir zügig in der Beratung fortfahren können.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 18 auf:

18. Tätigkeitsbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz beim Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtages

Drucksache 14/10

Ich erteile zunächst der Frau Abgeordneten Kähler das Wort.

Ursula Kähler [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich will nicht behaupten, daß bei uns die Datenschutzwelt in Ordnung ist.

(Thorsten Geißler [CDU]: Das kann man auch wirklich nicht behaupten! – Heiterkeit bei der CDU)

– Aber, Herr Geißler, im Vergleich zu anderen Bundesländern sind wir sehr gut davor. Wenn der Datenschutzbeauftragte des Landes allerdings die **Art der**

(Ursula Kähler)

Automatisierung in den Verwaltungen als hektisch, konzeptionslos und fast schon gefährlich kritisiert,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Unglaublich!)

dann ist es hohe Zeit, über die geltenden Rechtsregelungen hinaus dem durch **Mißbrauch von Daten und Datenschutzverstößen** einen Riegel vorzuschieben.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Was soll das heißen?)

– Sie haben ja die Möglichkeit, dies mitzugestalten, Herr Kubicki. Und wir als Politiker müssen uns dann intensiver um die Einhaltung des Datenschutzes kümmern und einer negativen Entwicklung gegensteuern. Da auch in Schleswig-Holstein in die Verwaltungen derzeit ja mehrstellige Millionenbeträge in neue Computersysteme investiert werden, muß Voraussetzung sein, diese Automatisierungsschritte zeitgleich mit den rechtlich vorgegebenen **Datensicherheitskonzepten** zu erstellen, um eine angemessene Datenschutzkontrolle zu gewährleisten.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Dann müssen Sie die ordentlich ausstatten!)

Was mich an diesem Tätigkeitsbericht allerdings besonders unzufrieden macht, ist die Tatsache, daß die aufgeführten Beispiele der Verstöße keinesfalls neue Tatbestände oder Fallbeispiele darstellen.

(Thorsten Geißler [CDU]: Um so schlimmer!)

– Wenn Sie zugehört hätten, hätten Sie gemerkt, daß ich unzufrieden damit bin. –

So weist der Datenschutzbeauftragte wiederholt auf Mißbräuche durch die Medizinische Universität zu Lübeck hin, **Patientendaten ohne Einwilligung** der Betroffenen für Forschungszwecke zu nutzen.

Ich gebe zwar der ehemaligen Wissenschaftsministerin recht, wenn sie eine länderübergreifende Klärung der aufgeworfenen Kritik als notwendig erachtet. Aber eine Einwilligungserklärung der Patienten behindert doch keinesfalls Forschungsabläufe.

Andere Beispiele sind die wiederholten Rechtsverstöße bei der **Prüfung gaststättenrechtlicher Erlaubnisverfahren.** Wir alle müssen doch eigentlich davon ausgehen können, daß einmal aufgedeckte Verstöße nicht alle Jahre wieder fröhliche Urstände feiern können. Niemand wird bestreiten, daß ein aktueller und zuverlässiger schneller Zugang zu Informationen und Abwicklungsmodalitäten für Unternehmen ebenso wie für den Staat ein entscheidender Faktor sind. Aber das darf doch nicht dazu führen, daß – wie wir nachlesen konnten – die Grundrechte von Bürgerinnen und Bürgern eklatant verletzt werden, ja daß durch den mangelnden Schutz dieser Rechte sogar Existenzen gefährdet werden können. Die öffentlichen Verwaltungen müssen hier also eine positive Vorreiterrolle übernehmen.

Unabhängig davon, in welchen Bereichen es in diesem Berichtszeitraum darüber hinaus Beanstandungen gegeben hat – ob im Umweltschutz-, im Wirtschafts-, Technik- und Verkehrsbereich, im Sozial- und Gesundheitswesen, im Kultusbereich, in der Steuerverwaltung oder wo auch immer –, hat sich insbesondere das **Parlament** an vorgegebene Rechtsregelungen zu halten und behutsam mit sensiblen Daten umzugehen. Ich erinnere in diesem Zusammenhang nur einmal an Verstöße von Abgeordneten, die trotz des Hinweises, Unterlagen vertraulich zu behandeln, das Wasser nicht halten konnten und schnurstracks ohne Rücksicht auf Verluste die Presse informierten. Wer immer auch diese Abgeordneten gewesen sein mögen, das ist nicht in Ordnung.

(Beifall des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD] – Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist eine schlichte Behauptung!)

Es mußte auch erst zu einer gerichtlichen Entscheidung kommen, damit die Mehrheit der Mitglieder des letzten **Untersuchungsausschusses** davon abgehalten wurde, Stasi-Abhörprotokolle zu verwerten.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das war keine Frage des Datenschutzes!)

Man hatte im Vorwege nicht auf die Einlassung des Datenschutzbeauftragten, geschweige denn auf die des Innenministers gehört. Es mußte also erst eine gerichtliche Entscheidung geben, um Parlamentarier an ihre Pflichten zu erinnern.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Frau Kähler, ein bißchen neben der Spur!)

Ich sage in diesem Zusammenhang auch ganz deutlich: Frau Ministerin Böhrk, das Bildungsministerium sollte umgehend eine **Datenschutzverordnung** zum **Schulgesetz** erlassen, wie sie der Datenschutzbeauftragte schon seit mehreren Jahren fordert.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Aber husch!)

Auf jeden Fall werden wir im federführenden Ausschuß, aber auch in den betroffenen Fachausschüssen sehr eingehend darüber zu reden haben, wie den Anregungen und Forderungen des Datenschutzbeauftragten Rechnung getragen werden kann.

Dem **Datenschutzbeauftragten** und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gilt unser besonderer Dank für den wieder einmal außerordentlich sorgfältigen Bericht.

(Beifall bei CDU, F.D.P. und des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Ihnen gilt auch deshalb besonderer Dank, weil der Bericht nicht nur die negativen, sondern neben all den berechtigten Beanstandungen auch sehr viel positives Handeln im Umgang mit der modernen Technologie aufzeigt. Dies zeigt doch, daß unser Datenschutz dem **informationellen Selbstbestimmungsrecht** der Bürgerinnen und Bürger zugute kommt, wenn das Problembewußtsein in den Verwaltungen durch die nicht nur kontrollierende, sondern auch beratende Tätigkeit des Datenschutzbeauftragten und seiner

(Ursula Kähler)

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weiterhin so engagiert betrieben wird.

Für meine Fraktion beantrage ich, den Datenschutzbericht zur abschließenden Beratung federführend in den Innen- und Rechtsausschuß und zur Mitberatung in die entsprechenden Fachausschüsse zu überweisen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Geißler.

Thorsten Geißler [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wiederum haben der Datenschutzbeauftragte, Herr Dr. Bäumler, und seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter diesem Hohen Hause einen außerordentlich sorgfältigen **Bericht** vorgelegt und uns zahlreiche Anregungen zur Abstellung von Verstößen gegen datenschutzrechtliche Bestimmungen mit auf den Weg gegeben, die hier im Lande zu registrieren waren.

Dieser Bericht enthält zum Teil außerordentlich schwere **Datenschutzverstöße** auch im Verantwortungsbereich dieser **Landesregierung**. Wenn ich in Erinnerung rufe, mit welchem Datenschutzanspruch diese Landesregierung einmal angetreten ist, dann kann ich nur feststellen: Anspruch und Wirklichkeit klaffen in diesem Bereich in Schleswig-Holstein weit auseinander.

(Beifall bei CDU und F.D.P. – Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wie in allen anderen Bereichen auch!)

Eine Landesregierung, die sich auf Festveranstaltungen gern damit schmückt, datenschutzfreundlich zu sein, hat sehr viel zu tun, um den zahlreichen Beanstandungen in diesem Bericht nachzugehen und die Mißstände und Verstöße abzustellen.

Ich möchte im Rahmen dieser Aussprache nur zwei Beispiele herausgreifen. Wir werden in den Fachausschüssen ja Gelegenheit haben, auf die zahlreichen weiteren Probleme einzugehen.

Jedes Jahr gibt die Landesregierung mit Unterstützung dieses Hohen Hauses Millionen für die Beschaffung neuer **Computerprogramme** und von **Hardware** aus. Aber der Datenschutzbeauftragte stellt fest:

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Alles völlig sinnlos!)

Soweit Projekte in der IT-Kommission des Landes beraten worden waren, wurde in keinem einzigen Fall in der Planungsphase bereits ein **Datenschutzsicherheitskonzept** erarbeitet, obwohl die Datenschutzordnung dieses Landes das verbindlich vorschreibt.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Hört, hört!)

Ich kann dem Landesdatenschutzbeauftragten nur zustimmen, wenn er ausführt: Es scheint so, als wollte die Regierung mit Absicht erst aus Fehlern lernen. – Das wird in jedem Fall immer teuer. Es wäre gut, wenn dieser Finanzminister in Zukunft die Bewilligung von Haushaltsmitteln für Investitionen in IT-Projekte davon abhängig machen würde, daß zuvor ein verbindliches Sicherheitskonzept mit erarbeitet wird. Dann könnten wir sehr viel Geld sparen.

(Beifall bei CDU und F.D.P. – Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Dann gäbe es vor allem nicht so viele Fehlinvestitionen!)

– Dann käme es nicht zu Fehlinvestitionen, Herr Kollege Kubicki, sehr richtig!

Zu einer weiteren Beanstandung! Fünf Jahre nach Inkrafttreten des Schulgesetzes gibt es noch immer keine verbindliche **Datenschutzverordnung** für diesen Bereich, obwohl der Datenschutzbeauftragte konkrete Vorschläge zur Verbesserung des von der Ministerin vorgelegten Entwurfs, den er als völlig unzulänglich eingestuft hat, vorgelegt hat.

Frau Böhrk, ich weiß, daß Sie jetzt sehr viel zu tun haben. Ihr Ministerium ist größer geworden; Sie müssen sich jetzt auch mit Wissenschaft und mit Kultur beschäftigen. Aber es wäre eine wichtige Aufgabe, jetzt sehr zügig an das Thema Datenschutzverordnung heranzugehen. Das wird auch an den Schulen gefordert. Ihre Korrespondenz mit dem Datenschutzbeauftragten nimmt ja schon einige Zeit in Anspruch. Jetzt ist es Zeit, auch zu handeln. Ich fordere Sie nachdrücklich auf: Setzen Sie die Vorschläge, die dort gemacht worden sind, zügig um, damit auch in diesem Bereich endlich verbindliche bereichsspezifische Regelungen vorhanden sind.

(Beifall bei CDU und F.D.P. – Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es!)

Frau Kollegin Kähler, Sie haben zu Recht darauf hingewiesen, daß wir als Parlament, was den Umgang mit Daten betrifft, natürlich auch in der Verantwortung sind. Es gibt allerdings in diesem Hause bisher keinen datenschutzrechtlichen Verstoß. Wir arbeiten an einer Datenschutzverordnung. Aber Ihre Bemerkungen zum Untersuchungsausschuß waren wirklich völlig unangemessen und lagen neben der Sache.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es!)

Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß ein **Untersuchungsausschuß** gegenüber der Regierung und gegenüber Dienststellen – teilweise auch im Streitverhältnis der Fraktionen – immer um seine Rechte kämpfen muß. Daß dabei von der einen oder anderen Seite Gerichte in Anspruch genommen werden müssen, ist ebenfalls eine Selbstverständlichkeit.

In dem Fall, den Sie angesprochen haben, hat die Ausschußmehrheit, zu der ja auch Mitglieder Ihrer Fraktion gehörten – es wäre uns ja nicht gelungen, diesen Beschluß herbeizuführen, wenn Sie nicht mehrheitlich im Ausschuß mitgestimmt hätten –, es

(Thorsten Geißler)

für erforderlich gehalten, eine Klärung herbeizuführen. Es gibt nur eine instanzgerichtliche Entscheidung. Bis heute gibt es überhaupt keine obergerichtliche Entscheidung und keine Entscheidung des Verfassungsgerichts. Ich gehe davon aus, daß die Frage, die damals in Rede gestanden hat, in einigen Jahren erneut einem Gericht vorgelegt werden wird, dann möglicherweise auch dem Bundesverfassungsgericht.

(Zuruf der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

Angesichts der Literatur, die es dazu gibt, bin ich außerordentlich zuversichtlich, daß die Entscheidung dann anders als die des Landgerichts Kiel ausfallen wird. Insofern lagen Ihre Äußerungen wirklich neben der Sache.

Ansonsten schließe ich mich natürlich dem Antrag auf Ausschußüberweisung an. Wir werden viel zu tun haben, um die Mißstände im Bereich der Verwaltung, die von dieser Landesregierung zu verantworten sind, zu beheben.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Böttcher.

Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der **Bericht des Datenschutzbeauftragten** enthält eine ganze Reihe von Einzelbeispielen für Verstöße gegen den Datenschutz, auf die ich aber nicht näher eingehen will, weil ich davon ausgehe, daß Sie alle diesen Bericht gelesen haben. Allerdings haben wir die Erwartung, daß sich die Regierung zu den einzelnen Anmerkungen des Datenschutzbeauftragten äußert beziehungsweise Mängel beseitigt und Vorschläge aufgreift, soweit dies noch nicht geschehen ist. Ich bin neu in diesem Hause und habe gerade erfahren, daß eine ganze Reihe von Mängeln schon seit längerem existiert. Ich glaube, das muß einer Lösung nähergebracht werden.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ich setze auch große Hoffnungen in die Grünen!)

Datenschutz ist kein Selbstzweck, sondern dient der Sicherung des **Grundrechts auf informationelle Selbstbestimmung** oder – um es kurz zu sagen –: Meine Daten gehören mir. Private und staatliche Stellen müssen sich an diesem Grundsatz orientieren. Daten dürfen nur für den Zweck verwendet und verarbeitet werden, für den ich sie zur Verfügung stelle. Der Schutz wird bei immer weiter reichenden Vernetzungen der Systeme schwieriger. Sowohl auf kommunaler Ebene als auch auf Landesebene wird der Ausbau der EDV vorangetrieben, um die Arbeit der Behörden zu effektivieren und ein Controlling zu ermöglichen. Die Neugier der Politiker muß natürlich auch befriedigt werden.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Warum?)

Ziele, die unsere volle Unterstützung haben, denen das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung aber nicht untergeordnet werden darf! Das Ergebnis dieses Prozesses darf nicht der gläserne Mensch sein, dessen Daten aus verwaltungstechnischen Gründen zusammengeführt und nach Bedarf ausgewertet werden. Zu verführerisch und einfach sind die Möglichkeiten, Daten zu verknüpfen, zu vergleichen und auszuwerten.

Scheiterten solche Versuche vor einigen Jahren meist allein an der Größe der Aktenberge und des Arbeitsaufwandes, so reichen heute schon ein paar Disketten und einige Stunden, um zum Beispiel die komplette Sozialhilfeempfängerdatei mit der Kfz-Halter-Datei zu vergleichen. Die Zulassungsstelle tagelang damit zu beschäftigen, wie im Bericht des Datenschutzbeauftragten beschrieben, wird nach Abschluß der Automatisierungsvorhaben im Lande dann nicht mehr notwendig sein.

Für die Bürgerinnen und Bürger ist kaum noch nachzuvollziehen, wer welche Daten wo gespeichert hat – und für den Datenschutzbeauftragten ist ähnliches zu befürchten. Das betrifft nicht nur Behörden und Ämter.

Multimedia, Chipkarte im Gesundheitsbereich, electronic cash sind nur einige Stichworte. Dieser Entwicklung muß durch die Weiterentwicklung der Datenschutzgesetzgebung Rechnung getragen werden. Die notwendige Anpassung des Landesdatenschutzgesetzes an die **EU-Datenschutzrichtlinie** sollte der Landtag zum Anlaß nehmen, auch über die **Organisation des Datenschutzes** und dessen **Ausstattung** in Schleswig-Holstein zu diskutieren und zu beraten. Der Datenschutzbeauftragte hat in seinem Bericht die aus seiner Sicht erforderlichen Änderungen bereits aufgezeigt.

Im **Koalitionsvertrag** hat die rot-grüne Landesregierung es sich zur Aufgabe gemacht, der Gefährdung der Freiheit und Intimsphäre der Bürgerinnen und Bürger durch unkontrollierte Speicherung von persönlichen Daten entschieden entgegenzutreten und dafür zu sorgen, daß der Datenschutz den technischen Neuerungen der Informationsgesellschaft standhält.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sehr schön! Hauptsache, Sie halten das durch!)

– Ja, Herr Kubicki! Ich rechne auch mit der Unterstützung Ihrer Fraktion

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sofort!)

und mit der Unterstützung der CDU-Fraktion. Heute habe ich immerhin gelernt, daß auch die CDU den Datenschutz für wichtig hält, was mir persönlich bisher völlig neu gewesen ist. Meine Erfahrungen, be-

ginnend mit der Diskussion um die Volkszählung, sind ganz anders gewesen.

(Thorsten Geißler [CDU]: Da haben Sie die Protokolle nicht gelesen!)

Aber es stellt sich ja immer die Frage,

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

ob man in der Opposition oder in der Regierung ist.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Das ist die entscheidende Frage!)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Kubicki.

Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die F.D.P.-Fraktion dankt heute ausdrücklich dem Landesdatenschutzbeauftragten für den vorgelegten 18. Tätigkeitsbericht und seine öffentliche Vorstellung am 26. April 1996.

(Beifall bei der CDU)

Herr Kollege Kayenburg, unser Dank fällt deshalb in besonderer Weise aus, weil diese kleine Behörde mit der ihr zugewiesenen Ausstattung Unglaubliches geleistet hat und bis an die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit geraten ist.

(Martin Kayenburg [CDU]: Deshalb habe ich applaudiert!)

Wer den **Tätigkeitsbericht** aufmerksam liest, wird feststellen, mit welcher Leichtigkeit des Seins Datenerfassung vorgenommen wird und Datenbestände ausgetauscht werden, ohne daß bisher eine ausreichende und wirksame Kontrolle darüber möglich ist, was mit diesen Datenbeständen geschieht, wie sie gespeichert und vor allem, wie sie verarbeitet und weitergegeben werden.

Der spektakuläre Fall einer **falschen Mitteilung** durch eine **Meldebehörde**, die zu einem unglaublichen Aufwand bei dem betroffenen Bürger führt, der nunmehr Mahnbescheide, Gerichtsverfahren, Rechnungen und ähnliches abwehren muß, ist nur symptomatisch und nicht mehr als die Spitze eines Eisberges.

Der Datenschutzbeauftragte hat uns zu Recht darauf hingewiesen, daß Computer mittlerweile unaufhaltsam in alle Lebensbereiche eindringen, daß nahezu jedes hochwertige technische Gerät inzwischen mit einem Mikrochip ausgerüstet ist und daß schon bald aus den meisten Wohnungen über **Netze** weltweit mit Rechnersystemen kommuniziert werden kann.

(Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Großer Lauschangriff!)

– Der große Lauschangriff wird dagegen eine „Schnubbelnummer" gewesen sein, Herr Kollege Böttcher.

(Heiterkeit)

Einzelheiten des Berichts wollen wir im Ausschuß diskutieren. Aber es erscheint mir schon jetzt wichtig, darauf hinzuweisen, daß der **Datenschutzbeauftragte** mehr und mehr zur eigentlichen neutralen Instanz wird, ja, werden muß, die über den eigentlichen engen datenschutzrechtlichen Rahmen hinaus in der Entscheidungsfindung Bürgerinnen und Bürger zu beraten hat oder jedenfalls beraten kann, damit sie unabhängiger werden von Programmen, Systemen und denjenigen, die diese Programme und Systeme wirklich beherrschen.

(Beifall des Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Dies wird in Zukunft ein wesentlicher **Schutz der Freiheitsrechte** sein, die der Staat zu gewährleisten hat. Wir alle wissen: Wer sich in Abhängigkeit von Systemen und Programmen begibt, hat das Spiel in aller Regel schon verloren.

Der Datenschutzbeauftragte hat die Chancen und Risiken in der weiteren technischen Entwicklung sehr ausgewogen und sehr ausgiebig beschrieben, da selbstverständlich durch **Verschlüsselungstechniken** und vieles mehr ein unbefugter Gebrauch weitestgehend vermindert werden kann. Er hat aber auch zu Recht dargestellt, daß die Aufgaben der kommenden Jahre in einer explosionsartig wachsenden Multimediawelt mit dem bisherigen Personal- und Sachmittelbestand nicht zu leisten sind.

Frau Kollegin Kähler – ich komme darauf gern zurück –, wir haben deshalb als **Parlament**, das seine Aufgabe im Bereich des Datenschutzes wirklich ernst nimmt, die Verpflichtung, die Personal- und Sachmittelausstattung nicht an den normalen Steigerungsraten des Haushalts zu messen, sondern an den Steigerungsraten für die **Installation von Computersystemen**. Das ist der Maßstab, an dem sich die Datenschutzbehörde orientieren muß. Es ist eben nicht mehr normale Verwaltung, um die es geht; es ist die Beherrschung des technischen Standards und die Vorsorge, bezogen auf die weiteren Entwicklungen. Deshalb wird meine Fraktion in den kommenden Haushaltsberatungen erheblichen Wert darauf legen, diese Einrichtung besser auszustatten als bisher.

Frau Kollegin Kähler – auch hier greife ich eine Anregung von Ihnen auf –, wir werden überdies im Laufe dieser Legislaturperiode im Gesetzgebungsverfahren den **Landesbeauftragten für den Datenschutz** zu einer unabhängigeren, mit besseren Befugnissen ausgestatteten Behörde aufstocken müssen, die mit den weiteren technischen Möglichkeiten Schritt halten kann und die als Anlaufstelle für die Bürgerinnen und Bürger eine wirkliche Institution wird. Es ist für uns vor allen Dingen wichtig, daß der Landesbeauftragte für den Datenschutz, diese Behör-

(Wolfgang Kubicki)

de, aus den vielfältigen Beratungseinrichtungen und Beauftragten des Landes herausragt und eine Stellung sui generis einnimmt.

(Beifall bei CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] – Ute Erdsiek-Rave [SPD]: Der letzte Satz war überflüssig!)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat die Frau Abgeordnete Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Ich habe schon bei unserer letzten Tagung bedauert, daß der **Tätigkeitsbericht des Datenschutzbeauftragten** ganz am Ende der Tagung und nur ganz kurz angesprochen werden sollte. Nun steht er auf der Tagesordnung, aber viel Zeit, den Bericht zu erörtern, haben wir auch heute nicht.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sie wollten ihn gar nicht erörtern!)

Wir haben uns aber darauf verständigt, den Bericht auf Ausschußebene ausführlich zu behandeln. Ich möchte uns alle an dieser Stelle dazu auffordern, das nicht zu vergessen.

Der Bericht macht auf unendlich viele **Mißstände** im Umgang mit **personenbezogenen Daten** aufmerksam. Ich habe schon aus Anlaß der Debatte zur Regierungserklärung gesagt – ich betone es hier nochmals –: Ich stimme mit dem Datenschutzbeauftragten darin überein, daß wir uns an einem Scheideweg befinden. In der Frage der **elektronischen Datenverarbeitung bei staatlichen Behörden** sind wir in der Tat gefordert. Hier verlangt der Datenschutzbeauftragte der Politik zu Recht eine richtungweisende Entscheidung ab. Ich meine, daß wir es uns und dem Datenschutzbeauftragten schuldig sind, unser Augenmerk insbesondere auf diese Tatsache zu richten.

Wir alle sind uns wohl darüber einig, daß Verwaltungsstrukturreformen unbedingt erforderlich sind. Im Zuge der Modernisierung der Verwaltung und der **Verwaltungsvereinfachung** generell ist die bessere Ausstattung behördlicher Stellen mit Computern eine Notwendigkeit. Nur so können interne Arbeitsabläufe beschleunigt werden. Das Geld für die Modernisierung der Verwaltung ist gut investiert, wenn wir darüber bestimmte Grundsätze nicht vergessen. Hier greife ich eine Anregung des Datenschutzbeauftragten auf – das ging auch schon aus den anderen Beiträgen hervor –; er führt aus, daß die Dynamik der Haushaltsansätze für die Datenschutzkontrolle mit der Dynamik der Haushaltsansätze für Computersysteme Schritt halten muß. Das sollte eine Selbstverständlichkeit sein. Schließlich verlangt der **Staat der Privatwirtschaft** im Umgang mit personenbezogenen Daten die Beachtung des Grundrechtsschutzes der Betroffenen ausdrücklich ab. Ein Staat kann nicht ein Verhalten einfordern, das er selbst nicht einzuhalten in der Lage ist.

Die durch den Datenschutzbeauftragten vorgeschlagene Lösung dieses Problems sieht vor, daß ein Teil des durch den Computereinsatz eingesparten Personals bei der Datenschutzkontrolle eingesetzt wird. Eine solche Lösung halte ich für sehr sinnvoll.

In einer Zeit der sich relativierenden und verflüchtigenden Grundrechte ist der SSW nicht bereit, eine weitere Verwässerung dieses Schutzes unserer Bürgerinnen und Bürger hinzunehmen. Ich unterstütze die Forderung nach Überweisung an die Ausschüsse.

(Beifall der Abgeordneten Sabine Schröder [SPD])

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile Herrn Minister Dr. Wienholtz das Wort.

Dr. Ekkehard Wienholtz, Innenminister:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Für die Landesregierung möchte ich mich gern dem Dank und der Anerkennung anschließen, die der Datenschutzbeauftragte und seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für diesen Bericht gefunden haben. Es ist nicht nur die Sorgfalt, die diesen Bericht auszeichnet, sondern es ist – auch das sollte einmal lobend hervorgehoben werden – die Lesbarkeit des Berichts.

(Beifall)

Das hängt nicht nur mit der redaktionellen Bearbeitung zusammen, sondern auch mit fast journalistischen Überschriften im Bericht, die ich mit Freude gelesen habe und die neugierig machen, im Bericht zu lesen: „Wenn zwei Polizeibeamte sich streiten", „Darf die Ehefrau eines Lehrers zu Hause Schulzeugnisse schreiben?", „Steuerakten von Prominenten gestohlen". Das letzte Kapitel habe ich, obwohl ich dafür fachlich nicht zuständig bin, übrigens mit besonderer Aufmerksamkeit gelesen.

(Heiterkeit)

Ein Weiteres macht den Bericht lesenswert: In seinen Einleitungen, etwa „Der Weg in die Computergesellschaft", aber auch „Neue Medien und Technologien", „Multimedia", setzt der Bericht eine Reihe von Rahmendaten für das, was in Schleswig-Holstein unser Problem ist, die ich für wichtig und beachtlich halte.

Der große Lauschangriff ist sicherlich eines der aktuellen Probleme, mit dem wir uns zu beschäftigen haben; aber alles das, was mit Multimedia verbunden ist, mit der Reise in die schöne, neue Medienwelt, ist ein weiteres wichtiges Zukunftsthema. Daß der Datenschutzbeauftragte in seinem Bericht wie in Veranstaltungen der Sommerakademie gerade solche übergreifenden Themen behandelt, halte ich für sehr verdienstvoll.

(Minister Dr. Ekkehard Wienholtz)

In der kurzen Redezeit möchte ich zwei Punkte ansprechen, die den **Novellierungsbedarf** des **Landesdatenschutzrechtes** bestimmen werden, auch im Hinblick auf die Vorgaben der Datenschutzrichtlinie der Europäischen Union. Zum einen geht es um die Verbesserung des Schutzes besonders sensibler Daten. Hier gilt grundsätzlich, daß derartige Daten, zum Beispiel Sozial- oder Gesundheitsdaten, nicht ohne ausdrückliche Einwilligung der betroffenen Personen verarbeitet werden dürfen. Ausnahmen von diesem Verbot dürfen nur aufgrund bereichsspezifischer Datenverarbeitungsbestimmungen erfolgen. Im Rahmen der Novellierung wird insoweit auch die **EU-Datenschutzrichtlinie** zu beachten sein, die beispielsweise die Verarbeitung von Daten über rassische und ethnische Herkunft oder politische Meinungen verbietet.

Zum anderen geht es um die Überlegung, die **Kontrollfunktion** beim Landesbeauftragten für den Datenschutz zu konzentrieren. Sie wissen, daß die Kontrolle über den öffentlichen Bereich, die der Landesdatenschutzbeauftragte wahrnimmt, und die Aufsicht über den nichtöffentlichen Bereich, für den der Innenminister die Aufsichtsbehörde ist, auseinanderfallen. Nun kann man sicherlich die Meinung teilen, daß es notwendig ist, strengere datenschutzrechtliche Voraussetzungen bei privater Datenverarbeitung, zum Beispiel bei der Zweckbindung von Daten oder der Erforderlichkeit von Datenverarbeitungen, zu formulieren. Wir werden uns damit, wie auch andere Länder, zu beschäftigen haben. Die Frage ist nur die Bündelung der Zuständigkeiten für die Aufsicht in diesem Bereich. Dieses Problem sollten wir im Ausschuß erörtern. Denn dort gibt es möglicherweise unter dem Gesichtspunkt der Exekutivfunktion der Aufsichtsbehörde einerseits und des Landesdatenschutzbeauftragten als Mitglied der Legislative andererseits Probleme.

(Ursula Kähler [SPD]: So ist es!)

Wenn man beispielsweise daran denkt, daß Bußgelder ausgesetzt werden sollten, daß Anordnungen bezüglich technischer und organisatorischer Sicherheitsmaßnahmen getroffen oder daß ganze EDV-Verfahren, zum Beispiel in der privaten Wirtschaft, untersagt werden müßten, so ist das damals ein Grund gewesen, warum der Landesdatenschutzbeauftragte aus dem Innenministerium ausgegliedert und dem Parlament angegliedert wurde. Diesen Punkt werden wir sorgfältig miteinander diskutieren müssen.

Nicht nur das Landesdatenschutzgesetz ist an die EU-Richtlinie anzupassen, auch der Bundesgesetzgeber muß bis spätestens 1998 hinsichtlich des **Bundesdatenschutzgesetzes** tätig werden. Hier laufen bereits erste Kontakte zwischen den Innenressorts der Länder und dem Bundesminister des Inneren. Um Doppelarbeiten beziehungsweise wiederholte Änderungen der Landesgesetze zu vermeiden, sollte daher zunächst die sich abzeichnende Änderung des Bundesgesetzes abgewartet werden. Wir können zwar parallel beraten, man muß das aber alles im Zusammenhang sehen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Es ist beantragt worden, den Bericht federführend dem Innen- und Rechtsausschuß und mitberatend allen anderen Ausschüssen zur abschließenden Beratung zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 16 a auf:

Landeszentrale für politische Bildung

Dringlichkeitsantrag der Fraktion der CDU
Drucksache 14/80

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/88

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat Frau Abgeordnete Röper.

Ursula Röper [CDU]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen. Vor wenigen Wochen noch saßen in der letzten Reihe dieses Hauses sechs Abgeordnete rechtsextremistischer Gruppierungen als permanente Provokation. Wir waren uns in den demokratischen Parteien und Fraktionen einig darüber, daß die Auseinandersetzung mit den **politischen Extremisten** eine wichtige Aufgabe ist, und wir waren uns einig darüber, daß unter anderem der Landeszentrale für politische Bildung dabei ganz besondere Bedeutung zukommt.

Erst vor wenigen Monaten, im November 1995, haben wir uns mit der verantwortlichen Ministerin über eine Aufgabenbeschreibung der Landeszentrale verständigt, in der es heißt: Ihr Auftrag ist ausgerichtet an den in Grundgesetz und Landesverfassung verankerten Rechten und Werten sowie den sie begründenden Ideen der demokratischen, sozialen und liberalen Freiheitsbewegungen. Die Bildungsarbeit der Landeszentrale für politische Bildung unterstützt das Zusammenwachsen Deutschlands und Europas sowie die internationale Verständigung, die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen und die Gleichstellung von Mann und Frau. – Um die Arbeit an diesen großen Zielen wirksam zu gestalten, werde der Landeszentrale garantiert, selbständig und unabhängig zu arbeiten.

Es war für dieses Parlament, für die Öffentlichkeit in Schleswig-Holstein und darüber hinaus schockierend zu erfahren, daß die Herausforderungen, vor denen wir in der politischen Bildungsarbeit stehen, und der Beitrag der Landeszentrale zu ihrer Bewältigung dieser Landesregierung, die noch vor kurzem solche

(Ursula Röper)

feierlichen Bekenntnisse abgegeben hat, nichts, aber auch überhaupt nichts wert sind.

(Beifall bei CDU und F.D.P. – Ute Erdsiek-Rave [SPD]: Das wissen Sie selbst, daß dem nicht so ist!)

Ohne die geringsten Zweifel und Skrupel und vor allem ohne jeden demokratischen Dialog will sie Hand an eine Institution legen, die ihre Würde nicht zuletzt dadurch gewinnt, daß es die Demokraten der Weimarer Republik und in ihrer Nachfolge die Überlebenden des Zweiten Weltkrieges waren, die durch solche Einrichtungen die Demokratie für die Auseinandersetzungen mit ihren Gegnern stärken wollten.

(Beifall des Abgeordneten Peter Jensen-Nissen [CDU])

Deshalb gibt es Landeszentralen in allen Bundesländern, und es gibt auch eine Bundeszentrale für politische Bildung.

Daß die sozialdemokratische Landesregierung wenig Sinn für die Bedeutung solcher vom demokratischen Grundkonsens getragenen Einrichtungen aufzubringen vermochte,

(Ute Erdsiek-Rave [SPD]: Also, Frau Röper!)

das wurde allerdings schon im Herbst des vergangenen Jahres deutlich, als sie allen Ernstes den Vorschlag in die Debatte brachte, in einen Beirat für die Landeszentrale – man höre und staune – einen Vertreter der Regierungspressestelle hineinzusetzen.

(Holger Astrup [SPD]: Das hat doch eine ganz andere Vorgeschichte! Sie sind einseitig informiert!)

Dieser unglaubliche Vorgang – wir hielten ihn im letzten Herbst noch für eine der üblichen Instinktlosigkeiten, zumal eine ordentliche Dienstanweisung zustande kam – zeigt, daß diese Regierung offenbar nur in den Kategorien ihrer Parteilichkeit zu denken in der Lage ist

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

nach dem Motto: Entweder politische Bildung unter dem Kommando der Regierung oder gar keine politische Bildung!

(Holger Astrup [SPD]: Ein bißchen plump, Frau Kollegin!)

Daß es ein **Kuratorium** gibt, daß es einen Anspruch des Parlaments gibt, daß vor allem die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einen Anspruch auf Information haben, ist für die Verantwortlichen, die sich einmal Transparenz auf die Plakate geklebt haben, kein Problem. Noch am 10. Juni wird im Fernsehen von der zuständigen Staatssekretärin erklärt, es gebe keinen Vermerk, dem man entnehmen könnte, daß die Landeszentrale für politische Bildung innerhalb von drei Jahren abgeschafft werden solle; das müsse eine Fehlinformation sein.

(Holger Astrup [SPD]: Gibt es eine Beschlußlage oder nicht? Unglaublich so etwas!)

Die Papiere, deren Existenz Frau Staatssekretärin Köster leugnet, datieren vom April, und sie sind Ergebnis früherer Papiere.

(Holger Astrup [SPD]: Das ist doch unglaublich!)

Tatsache ist jedenfalls, daß die Landesregierung schriftlich den schrittweisen Ausstieg aus der Landeszentrale für politische Bildung formuliert hat, verbunden mit einer Halbierung des **Projektmitteletats** von 1996 auf 1997. Eine Halbierung der Mittel – das weiß jeder – wäre ein derart massiver Einschnitt in die Arbeit, daß damit alle Pläne zusammenbrächen.

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Frau Abgeordnete Röper, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Heinold?

Ursula Röper [CDU]:

Jetzt leider nicht, denn meine Redezeit läuft weiter.

Hinzu kommt eine Kürzung von 150 000 DM im laufenden Haushaltsjahr. Über 10 % hätte man diskutieren können, aber nicht über eine Kürzung von 150 000 DM. Daß neben dieser Kürzung von 150 000 DM die Mittel für Zuwendungen an Dritte für Veranstaltungen um 50 000 DM gekürzt werden, der Etat 1996 also um insgesamt 200 000 DM gekürzt werden soll, geht aus der Vorlage des Finanzministers an den Finanzausschuß vom 12. Juni hervor, in der die Auflösungen der globalen Minderausgaben aufgelistet sind.

Frau Ministerin, kommen Sie uns deshalb bitte nicht mit der Erklärung, hier hätten nachgeordnete Beamte etwas formuliert, von dem Sie selbst nichts gewußt hätten.

(Peter Jensen-Nissen [CDU]: Wohl wahr!)

Die Formulierungen der Papiere sind eindeutig. Die Beamten haben ihre Folgemaßnahmen formuliert, und zwar – jetzt kommts – vor dem Hintergrund der schrittweisen Auflösung der Landeszentrale in drei Jahren.

Ich fordere Sie hier und jetzt auf: Erklären Sie diese Diskrepanz zu Ihren Erklärungen vom November 1995, und erklären Sie unmißverständlich, daß die Landeszentrale ihre wichtige politische Bildungsarbeit in einer Zeit großer Herausforderungen, getragen vom Grundkonsens der Demokratie, fortsetzen kann.

(Beifall bei CDU und F.D.P. – Holger Astrup [SPD]: Welch ein aufgesetztes Theater! Welch eine Heuchelei! Meine Güte!)

(Ursula Röper)

Es ist richtig, daß wir in Zeiten knapper finanzieller Mittel leben, aber gerade in dieser Lage kommt es darauf an, Prioritäten zu setzen.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Denn man los!)

Der Landtag hat gerade auch angesichts der extremistischen Provokationen mit seinen demokratischen Parteien stets klar für die Bedeutung der politischen Bildung gesprochen. Es ist deshalb auch eine Mißachtung des Parlaments, in der Weise, wie es die Landesregierung jetzt plant, die Axt an die Fundamente der politischen Bildung zu legen.

(Beifall bei der CDU – Widerspruch bei der SPD – Holger Astrup [SPD]: Wovon reden Sie eigentlich? Reden Sie von irgendwelchen Beschlußlagen der Regierung? Unmöglich!)

Wenn wir vom Geld reden, dann sollte man auch davon sprechen – –

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Entschuldigen Sie, Frau Abgeordnete Röper. Ich bitte um etwas mehr Ruhe im Saal. – Frau Abgeordnete Röper hat das Wort.

Ursula Röper [CDU]:

Erst vor wenigen Wochen hat der Landesrechnungshof der Ministerin, die glaubt, sich in 1997 jetzt mit 300 000 DM bei der Landeszentrale bedienen zu können, mit genauer Beschreibung bescheinigt, wie diese Ministerin mühelos Millionenbeträge bei gescheiterten Schulversuchen in den Sand setzt.

(Beifall bei der CDU – Holger Astrup [SPD]: Das ist unter Ihrem Niveau, Frau Kollegin!)

Es gibt weitere Beispiele dafür, die belegen, daß hier nach ganz persönlichen Akzentsetzungen gespart wird. Im Falle der Landeszentrale würde damit der politischen Bildungsarbeit in unserem Land ein sehr großer Schaden zugefügt.

(Beifall des Abgeordneten Peter Jensen-Nissen [CDU])

Es ist gut, daß die Sorgen der CDU-Fraktion auch von den anderen demokratischen Fraktionen geteilt werden. Die heutigen Anträge signalisieren Einigkeit des Parlaments gegenüber der Regierung in einer ganz wichtigen Frage unseres Landes. Es war auch gut, daß die CDU-Fraktion ordentlich Krach geschlagen hat,

(Lachen bei der SPD)

denn ohne unsere Aktivitäten wäre die Landeszentrale nach dem eindeutigen Vermerk zerschlagen worden.

(Beifall bei CDU und F.D.P. – Zurufe von der SPD)

Dieses Beispiel zeigt, wie notwendig eine sehr exakte Kontrolle der Regierung ist, und wir sind auch stolz darauf, daß die Öffentlichkeit das auch so bewußt aufgenommen hat. Wir werden uns weiter für den Erhalt einer unabhängigen und funktionstüchtigen Landeszentrale für politische Bildung einsetzen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile jetzt dem Herrn Abgeordneten Dr. Rossmann das Wort.

Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Damit es gar keine zwei Meinungen von unserer Seite aus in bezug auf den Beitrag gibt, den die Landeszentrale für politische Bildung zur **Bekämpfung des Rechtsextremismus** geleistet hat, zunächst ein ausdrückliches Dankeschön.

(Beifall bei SPD und CDU)

Ferner hoffe ich, daß vom gesamten Haus wahrgenommen wird, daß es nicht ausschließlich die Landeszentrale war, sondern daß es auch Jugendorganisationen, Volkshochschulen, viele andere Bildungsträger und die Schulen waren, die genauso Beiträge dazu geleistet haben. Auch dafür spreche ich seitens der SPD eine ausdrückliche Anerkennung aus.

(Beifall bei SPD und CDU)

Weil Sie aber fast so tun, als hätten Sie die politische Bildung erfunden – CDU und F.D.P. –,

(Holger Astrup [SPD]: Ausgerechnet!)

was denn Parteilichkeit von Jugendbildung angeht, muß man schon ein Kurzzeitgedächtnis haben, um sich nicht noch an die Jugendstiftung und ihre einseitige politische Indoktrination durch die CDU zu erinnern,

(Beifall bei der SPD)

muß man schon ein Kurzzeitgedächtnis haben, um nicht mehr zu wissen, daß es damals bei der CDU keine einzige Mark für politische Jugendbildung gab – keine einzige Mark!

(Widerspruch bei der CDU)

Genauso muß man wissen, daß die Jugendbildungsreferenten zu Ihrer Zeit im Land mit der Lupe zu suchen waren. Jetzt gibt es Jugendbildungsreferenten bei allen Jugendverbänden. Sie wissen auch, wo Sie in diesem Bereich bei den Volkshochschulen standen. CDU und F.D.P., jetzt schmücken Sie sich damit, daß es auch im Bildungsangebot Beiträge zur politischen Bildung gegeben hat. Aber das Bildungsfreistellungsgesetz haben Sie abgelehnt und bekämpfen es bis auf den heutigen Tag vehement.

(Beifall bei der SPD)

(Dr. Ernst Dieter Rossmann)

Man muß also ein bißchen mehr in der Breite sehen, was in der Bekämpfung des Rechtsextremismus, von unpolitischem Denken, von einem Sich-Verabschieden aus gesellschaftlicher Mitverantwortung in diesem Land von verschiedenen Seiten geleistet worden ist.

An dieser Stelle sei noch einmal ausdrücklich gesagt: Die Landeszentrale leistet einen Beitrag, einen von uns anerkannten und wichtigen Beitrag. Wir wollen sie nicht in Kategorien der Parteilichkeit sehen. Die SPD-Fraktion hat das in der Vergangenheit nicht so getan, die Regierung hat es nicht getan; wir haben dort eine klare Linie.

Weiter muß neben die Motivation, die Landeszentrale als unabhängige Institution in diesem Land zu haben, genauso die Übereinstimmung treten, daß sich natürlich auch diese Landeszentrale in einem profilierten Angebot und im Rahmen zur Verfügung stehender Haushaltsmittel ausweisen muß. Vielleicht können wir an der Stelle dann auch ein bißchen mehr in eine sachliche Debatte eintreten; denn wir wissen ja, daß Sie es genauso wie wir für gut befunden haben, daß die alte Dienstanweisung – ich glaube, sie war von 1957 – jetzt Ende des letzten Jahres durch eine neue **Dienstanweisung** ersetzt worden ist, die klarere politische Schwerpunkte für die Landeszentrale in Kiel setzt. Für das gesamte Haus darf ich hier vielleicht noch einmal sagen, daß diese Schwerpunkte auf fünf Kernbegriffe gebracht werden sollen. Ich nenne zunächst die Ansprache von Multiplikatoren. Dabei sage ich ganz deutlich, daß der Multiplikatorbegriff noch enger gefaßt werden muß, weil es unseres Erachtens vor allem auf Multiplikatoren ankommt, die weiter Bildungsarbeit multiplizieren, und nicht auf Meinungsträgermultiplikatoren, denn es geht um die Stärkung politischer Bildungsarbeit.

(Beifall bei der SPD)

Weiter nenne ich die Stichworte Service und Beratung, Innovation in Methodik, ein klares Bekenntnis dazu, daß diese Landeszentrale den Auftrag hat in der Verbindung zum Ostseeraum, zu den baltischen Staaten und sicherlich auch die Vermittlung der EU-Bildungsnetzwerke in die Bildungslandschaft in Schleswig-Holstein hinein.

Wenn das die Schwerpunkte sind, wollen wir von der SPD-Fraktion aus mindestens in drei Punkten Anregungen geben. Denn eines ist klar: So wie es in anderen Bereichen auch zur Konzentration und zur Profilierung von Mitteln und deren Einsatz kommen muß, gilt das auch für die Landeszentrale für politische Bildung.

(Holger Astrup [SPD]: Natürlich! – Zuruf der Abgeordneten Ursula Röper [CDU])

Einer dieser Konzentrationsgedanken, die wir haben, betrifft die Frage, ob sich die Landeszentrale nicht tatsächlich noch stärker als Serviceeinrichtung für politische Bildungsträgermultiplikatoren verstehen muß und es dort nicht eine Eingrenzung, eine klarere Zuweisung geben sollte. Das sollte dann zwischen uns auch gemeinsam eine spannende Diskussion werden können.

Weiter stellt sich die Frage, ob diese Landeszentrale, die jetzt eine Institution für Schleswig-Holstein ist, beispielhaft in einer Zusammenarbeit mit anderen Landeszentralen in Norddeutschland bei knapper werdenden Mitteln nicht eine gleiche Ansprache von noch mehr Menschen gewinnen sollte und ob nicht auch in der Zusammenarbeit manches billiger und gleichzeitig effektiver werden könnte.

(Beifall der Abgeordneten Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD] und Sabine Schröder [SPD])

Wir wissen alle, daß beispielsweise bei den Druckkosten – ob man nun 10 000 oder 30 000 Broschüren druckt – der Unterschied im Prinzip minimal ist. Aber wenn zwei hochqualifizierte Menschen das eine und das andere jeder für sich ausarbeiten, dann macht das sehr viel aus. Wir haben also in der Tat viele Möglichkeiten, aus norddeutscher Sicht im Publikationsbereich genauso wie im Bereich der Reisetätigkeit von politischen Bildungsträgern und Meinungsführern eine Zusammenarbeit zu organisieren. Wir warten immer noch auf den Tag, an dem es ein gemeinsames norddeutsches Angebot und Prospektmaterial gibt, das die Bremer, die Mecklenburg-Vorpommern, die Hamburger, die Niedersachsen und die Schleswig-Holsteiner zusammen anspricht.

Der dritte Gedanke: Sicherlich kann es bei dem, was die Zentrale leistet, auch noch mehr Kostenbewußtsein geben. Wir beobachten zum Beispiel – und wollen dies auch ausdrücklich anerkennen –, daß es dort inzwischen schon mehr Flexibilität und auch Kreativität gibt. Es ist nur eine kleine Position, aber sie sei dem Parlament einmal dargestellt: Bisher wurden Publikationen kostenfrei verteilt, und es bedurfte schon eines längeren Anstoßes, daß es jetzt auch möglich ist, für drei Bücher auch 5 DM zu verlangen. Die Landeszentrale konnte damit in einem halben Jahr 6000 DM einnehmen. Wenn sie so weitermacht, wird sie zusätzliche Mittel für sich selbst erwirtschaftet haben.

Nur weiß ja jeder, daß diese Einnahmen – ob es nun 15 000 DM oder 20 000 DM sind – nicht das voll auffangen werden, was auch an Kürzungen in diesem Bereich zu erwarten ist. Aber diesen Gedanken, mehr Kostenbewußtsein in bezug auf Reisen, in bezug auf Serviceleistungen in die Überlegungen aufzunehmen, sollten wir von diesem Hause aus gemeinsam unterstützen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb sage ich gern noch einmal zusammenfassend: Zwei Motive sind unsere Devise für die Zukunft: Unabhängigkeit erhalten und Leistung konzentrieren.

(Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Herr Abgeordneter Dr. Rossmann, kommen Sie bitte zum Schluß.

Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]:

Ich komme zum Schluß und bedanke mich.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Fröhlich.

Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine Damen! Meine Herren! Frau Röper, ich habe mich gerade eben, als Sie den Beitrag der Landeszentrale für politische Bildung gegen den Rechtsextremismus in diesem Lande hervorhoben, gefragt, ob es eigentlich zur politischen Kultur beiträgt – wenn ich das einmal so sagen darf –, wenn Sie hier sehr wohlüberlegte Sparvorstellungen „hochziehen" und daraus einen Skandal basteln. Ich frage mich, ob dies eigentlich dem Anliegen nützt, Politik wieder begreifbar zu machen und gerade in Zeiten von knappen Mitteln den Menschen in diesem Lande deutlich zu machen, was es denn nun heißt, zu sparen und die öffentlichen Kassen zu schonen.

(Ursula Röper [CDU]: Es geht um die Zerschlagung!)

Es ist ja nicht zuletzt die CDU, die mit einem dauernden Lamento und der Forderung nach Abbau der Verschuldung hier Stimmung macht und die an dieser Stelle, an der nun wirklich einmal ernsthaft versucht wird, Möglichkeiten der politischen Bildung zusammenzulegen, Ausgaben zu straffen und eine bestimmte Art zu arbeiten, aufrechtzuerhalten und trotzdem die **Kosten** einzusparen, diesen Versuch bestraft, indem Sie uns hier mit Dringlichkeitsanträgen traktieren.

(Ursula Röper [CDU]: Sie wissen doch selbst, worum es geht! Das ist doch Unsinn, was Sie sagen!)

Ich will nur noch einmal zur Erinnerung sagen: Kohl von vorgestern war, daß alles – und das sagt der Bundeskanzler; um da kein Mißverständnis aufkommen zu lassen – auf den Prüfstand gehöre. Eine Partei, die sich nicht scheut, 0,4 % Abstriche bei der Sozialhilfe als „erträglich" zu bezeichnen – wohlgemerkt von einem Einkommen, das 531 DM pro Monat für einen Haushaltungsvorstand ausmacht –, eine solche Partei sollte wirklich vorsichtig sein, uns hier mit solchen Aktionen zu nerven.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Also, in Zeiten, in denen alle Leistungen dem Zwang zum Sparen untergeordnet werden müssen und auch politisch sehr bedeutsame Institutionen wie beispielsweise auch die Landeszentrale für politische Bildung diskutiert werden müssen, kann man sich über solche Initiativen wie diesen Dringlichkeitsantrag eigentlich nur wundern. Aber wir wollen auch nicht, daß ein so wichtiges Thema durchs Sommerloch gezerrt wird, und deshalb war es nach unserer Meinung richtig, die Dringlichkeit dieses Antrages zunächst einmal zu bejahen.

Nur zur Richtigstellung: Es drehte sich hier um Referentenüberlegungen. Jeder Einsparschritt hätte ja mit uns rückgekoppelt werden müssen und wird auch mit uns rückgekoppelt werden; wir brauchen da überhaupt keine Aufgeregtheiten zu produzieren.

Wir stellen fest, daß mit der Landeszentrale für politische Bildung eine unabhängige Institution vorhanden ist – und auch nötig ist –, die unabhängig vom Zugriff der Parteien und der Regierung politische Bildungsarbeit betreibt und fördert. Bisher ist diese Unabhängigkeit dadurch gesichert gewesen, daß alle im Landtag vertretenen demokratischen Parteien bei der Stellenbesetzung – wenn ich recht informiert bin – berücksichtigt wurden. Ob das nun bedeutet, daß als nächstes ein grüner Mensch an der Reihe wäre beziehungsweise im Vorgriff „weggespart" werden soll, lasse ich jetzt einmal dahingestellt; das wäre auch nicht das allerwichtigste.

(Martin Kayenburg [CDU]: Na, na!)

Aus unserer Sicht ist von größerer Bedeutung, daß das Land seine Aufgaben im Bildungsbereich den Grundsätzen von Subsidiarität, Effizienz, Verwaltungsvereinfachung und Gleichwertigkeit von beruflicher und allgemeiner Bildung – wozu denn auch die politische Bildung gehört – unterordnet. Unter diesem Blickwinkel läßt sich nach unserer Auffassung durchaus fragen, ob der Auftrag, politische Bildungsarbeit zu leisten, nicht auch im Rahmen einer stärkeren **Vernetzung** mit anderen Bildungsträgern erfüllt werden kann. In jedem Fall wird die Landeszentrale für politische Bildung schon in diesem Jahr weniger Geld zur Verfügung haben; soviel hat die Staatssekretärin zu diesem Thema ja auch bereits verlautbart. Sie wird deshalb gezwungenermaßen nach Wegen suchen müssen – diese Wege sind ja auch bereits beschritten worden; Herr Dr. Rossmann hat das eben geschildert –, diese Einsparungen zu kompensieren. Ich finde, da braucht man überhaupt nicht mutlos zu werden. Wenn Leute für Bücher, die sie gern haben wollen, vielleicht 5 DM bezahlen müssen, dann tut das der politischen Bildung in Schleswig-Holstein keinerlei Abbruch. Es wäre absolut dramatisiert, wenn man das behaupten wollte.

Wir, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, wünschen uns für unser Land eine starke, allerdings deutlich dezentral organisierte, gut vernetzte politische Bildungsarbeit, die von entsprechenden Institutionen begleitet und gefördert wird. Zu dieser Bildungsarbeit trägt natürlich nicht nur die Landeszentrale für politische Bildung bei, sondern dazu tragen ganz viele Gruppie-

(Irene Fröhlich)

rungen in diesem Lande bei, nicht zuletzt die politischen Parteien auch in diesem Hause, meine Damen und Herren!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Dr. Klug das Wort.

Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Politische Bildung ist eine wesentliche Aufgabe des Landes im Bildungsbereich – und das gerade in einer Zeit, in der das Interesse an Politik und das Verständnis für die Grundlagen des demokratischen Staates tendenziell schwinden. Gerade in einer solchen Zeit darf sich das Land nicht von dieser Aufgabe verabschieden. Beispiele für das schwindende Verständnis für die Grundlagen unseres demokratischen Staates gibt es genug, auch in diesem Hohen Hause. Ich erinnere an die Äußerungen der Fraktionsvorsitzenden der Grünen, die zu der Frage „Gewaltaktionen gegen Castor-Transporte" ihre Einstellung dazu und ihre befürwortende Haltung mit der Feststellung bekundete: „Absolut!"

(Unruhe und Widerspruch bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD – Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Da haben Sie ja etwas, was Sie noch vier Jahre lang zitieren können!)

Meine Damen und Herren, die Auflösung der Landeszentrale für politische Bildung wäre eine verheerende Fehlentscheidung. Die Landeszentrale ist die einzige Einrichtung des Landes, die sich ausschließlich mit Themen und Aufgaben der politischen Bildung befaßt. Ihre unabhängige, überparteilich angelegte Arbeit ist sowohl nach innen, in Schleswig-Holstein, von hoher Bedeutung als auch nach außen in der Zusammenarbeit mit Einrichtungen außerhalb des Landes in benachbarten Ländern, insbesondere in der Ostsee-Zusammenarbeit.

Die in den letzten Tagen bekanntgewordenen Überlegungen innerhalb der Landesregierung, die Landeszentrale schrittweise aufzulösen, zeigen ein weiteres Mal das ganze Elend der Bildungspolitik dieser Landesregierung.

(Widerspruch bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, Sie können das auch nicht wegreden, indem Sie jetzt von irgendwelchen Referentenüberlegungen sprechen. Frau Köster hat im „Flensburger Tageblatt" – nachzulesen am 11. Juni – eingeräumt, daß die Regierung einen diesbezüglichen Prüfauftrag erteilt hat.

(Holger Astrup [SPD]: Das ist ja logisch! Das erwarte ich geradezu!)

Und es ist die vornehmste Pflicht des Landtages als – so heißt es in der Landesverfassung – „das oberste Organ der politischen Willensbildung" in diesem Lande dann auch frühzeitig

(Holger Astrup [SPD]: Ich erwarte, daß die Landesregierung nachdenkt, Herr Kollege! Meine Güte!)

– Herr Kollege Astrup – solchen Fehlentwicklungen vorzubeugen und seine Auffassung zu diesem Thema der Landesregierung gegenüber klar und deutlich zu machen.

(Holger Astrup [SPD]: Also: Denkverbot heißt das bei Ihnen!)

Die Auflösungspläne – – Also, es gibt ja wohl auch kein Denkverbot für Abgeordnete, für Fraktionen, die sich dafür einsetzen, diese Einrichtung zu erhalten!

(Lebhafter Beifall bei F.D.P. und CDU – Holger Astrup [SPD]: Beruhigen Sie sich! Machen Sie nur weiter!)

Sie sitzen hier, Herr Kollege Astrup, und konsumieren das, was die Regierung Ihnen serviert, und Sie nicken dann ab oder segnen das mit Ihrem Handzeichen bei einer Abstimmung ab;

(Holger Astrup [SPD]: Im Gegenteil, Herr Kollege!)

Sie nehmen das alles so hin. So wollen Sie in diesem Hause Politik machen.

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Entschuldigen Sie bitte, Herr Dr. Klug. – Darf ich das Haus um etwas mehr Ruhe bitten?

Herr Dr. Klug, Sie haben weiter das Wort.

Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]:

Die Auflösungspläne gegenüber der Landeszentrale schließen sich nahtlos an andere Vorgänge an, die deutlich machen, mit welcher Geringschätzung diese Landesregierung an ihre bildungs- und kulturpolitischen Aufgaben herangeht. Denken Sie nur an die Überlegungen in der Phase der Regierungsbildung, das Kultusministerium aufzulösen und in kleinen Schnipseln teils dem Wirtschaftsministerium, teils dem Innenministerium zuzuordnen.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Das ist erst 14 Tage her!)

Als brächte die in der deutschen Verfassungsordnung verankerte Kulturhoheit der Länder nicht auch besondere Verpflichtungen mit sich, setzt man in diesem Bereich – das gilt insbesondere für die politische Bildung – zu einem großen Kahlschlag an.

(Holger Astrup [SPD]: Ach Gott, nein!)

Mit der Zerschlagung der Landeszentrale für politische Bildung steht ein weiteres, bundesweit einmali-

ges Vorhaben – was jedenfalls die Überlegungen der Landesregierung angeht – auf der Tagesordnung.

(Holger Astrup [SPD]: Weltweit!)

Schleswig-Holsteins Regierung profiliert sich als Vorkämpferin für Bildungsabbau und für die Zerstörung jener Institution, die in den letzten Jahren und Jahrzehnten wichtige und parteiübergreifend von den demokratischen Kräften auch anerkannte Arbeit geleistet hat.

(Holger Astrup [SPD]: Das bestreitet doch kein Mensch!)

Ich möchte diese Aussage mit zwei Beispielen untermauern, Herr Kollege Astrup.

Am 5. Juni hat der Deutsche Frauenring in Quickborn seine Jahrestagung durchgeführt. Die Landesvorsitzende, Gisela Poelke, hat in ihrer Eröffnungsrede unter anderem festgestellt, die Bildungsarbeit ihres Verbandes sei ohne die Unterstützung der Landeszentrale überhaupt nicht zu gewährleisten. Meine Damen und Herren, die Frauenministerin ist bei dieser Veranstaltung zugegen gewesen.

Ein zweites Beispiel: Im Mai letzten Jahres hat die Landeszentrale in Zusammenarbeit mit einer polnischen Stiftung in der ostpreußischen Stadt Goldap einen international vielbeachteten Kongreß für Vertreter nationaler Minderheiten aus verschiedenen europäischen Staaten durchgeführt. Minderheitenvertreter aus dem deutsch-dänischen Grenzland konnten sich auf dieser erstmalig mit einem solchen Zuschnitt durchgeführten Tagung in einen konstruktiven Dialog zwischen Minderheiten aus Polen, Litauen und der Ukraine einschalten. Meine Damen und Herren, solche Initiativen kann und wird es nur dann geben, wenn sie auch künftig von einer Einrichtung wie der Landeszentrale für politische Bildung unabhängig und professionell betreut werden

(Holger Astrup [SPD]: Ein bißchen übertrieben!)

und wenn die finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt werden, Herr Kollege Astrup, um solche Kongresse und Tagungen tatsächlich durchzuführen. Dazu bedarf es auch einer einigermaßen ansehnlichen und handhabbaren Mittelausstattung. Der Etat für Maßnahmen der politischen Bildung – das wissen Sie doch – ist in den letzten Jahren schon erheblich zusammengestrichen worden.

(Holger Astrup [SPD]: Aber Sie wissen auch, warum, Herr Kollege? Berichten Sie doch einmal, warum sie gestrichen wurden!)

Er lag einmal bei 1 Million DM. Gut, er liegt jetzt bei 600 000 DM.

(Holger Astrup [SPD]: Und warum?)

Die Regierung hat für das nächste Jahr einen Haushaltsansatz von 300 000 DM zumindest in die Überlegungen einbezogen.

(Holger Astrup [SPD]: Wir haben überhaupt noch keinen Ansatz! Das ist völliger Unsinn!)

In dem Umdruck 14/32 für den Finanzausschuß – den kennen Sie auch, Herr Kollege – wird eine Zahl von 200 000 DM für Kürzungen aus dem laufenden Haushalt 1996 genannt. Das sind 200 000 DM, die in der zweiten Jahreshälfte für die Förderung von Maßnahmen weniger zur Verfügung stehen werden. Das heißt, daß die Landeszentrale ihre Tätigkeit in der zweiten Jahreshälfte weitgehend wird einstellen müssen, weil es keine Mittel für Maßnahmen mehr geben wird.

(Holger Astrup [SPD]: Sie wollen also überhaupt nicht sparen! Die Landeszentrale soll nicht sparen und sonst auch keiner!)

– Sie soll auch sparen. Aber wenn man fordert, 50 % zu streichen, Herr Kollege Astrup, dann heißt das, daß man eine Institution wie die Landeszentrale dermaßen finanziell austrocknet, daß sie ihre Arbeit, die Sie von ihr erwarten, gar nicht mehr erfüllen kann.

(Beifall bei F.D.P. und CDU – Holger Astrup [SPD]: Na, warten wir es ab!)

Deshalb lehnen wir auch den Alternativantrag der Regierungsfraktionen ab, die sich zwar einerseits zu der Erhaltung der Landeszentrale bekennen, andererseits aber im zweiten Halbsatz diese finanzielle Austrocknung, die die Landesregierung durchführt und für das nächste Jahr weiterhin beabsichtigt, sehr wohl mit parlamentarischer Rückendeckung versehen.

(Holger Astrup [SPD]: Das heißt also, die Landeszentrale braucht sich am Sparen nicht zu beteiligen! Na prima! Sehr gut!)

Die Regierung und die sie tragenden Fraktionen sind offensichtlich unfähig, in Zeiten knapper Kassen die notwendigen landespolitischen Schwerpunkte zu setzen. Statt auf ein Dutzend neue Beauftragte, Kommissionen und Informationsstellen zu verzichten, wollen Sie bewährte Einrichtungen wie die Landeszentrale für politische Bildung entweder zerschlagen oder finanziell austrocknen. Gegen diese Politik wehren wir uns mit aller Kraft.

(Beifall bei F.D.P. und CDU – Holger Astrup [SPD]: Oh, welche Heuchelei!)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Wir sind uns darin einig, daß alle Einsparmöglichkeiten gründlich geprüft werden sollen; das ist immer wieder gesagt worden. Gesagt worden ist auch, es

(Anke Spoorendonk)

dürfe keine heiligen Kühe geben, alles müsse auf den Prüfstand und so weiter. Daher ist es natürlich nicht verwunderlich, daß auch eine Institution wie die Landeszentrale für politische Bildung auf den Prüfstand kommt. Bei den Einsparungsvorschlägen gibt es aber einiges zu bedenken; auch das ist im Grunde genommen schon angesprochen worden. Es ist zu bedenken, ob die Landeszentrale für politische Bildung so üppig ausgestattet ist, daß man in dem Maße einsparen kann, wie es angedeutet worden ist. Man muß sich auch überlegen, ob es ein gutes Signal ist, die Mittel für die Landeszentrale für politische Bildung zu kürzen, während immer mehr Bürgerinnen und Bürger ein immer schlechteres Bild von der Demokratie haben und sich zunehmend für rechtsradikale Pseudolösungen begeistern lassen. Gerade in der schwierigen Auseinandersetzung mit dem **Rechtsradikalismus** hat sich die Landeszentrale positiv hervorgetan.

(Beifall bei der F.D.P.)

Man sollte fast meinen, daß man das im Hinblick auf die sogenannten nicht demokratischen Parteien positive Wahlergebnis überbewertet hat und sich zu sehr hat beruhigen lassen.

Der SSW hat eigentlich eine andere Vorstellung von politischer Bildung. Wir können uns im Grunde genommen nicht so recht mit dieser **institutionalisierten politischen Bildung** von oben identifizieren. Natürlich wissen wir, daß es dafür historische Erklärungen gibt. Mit dem dänischen Modell einer dezentralisierten politischen Bildung, einer politischen Aufklärung, getragen von Vereinen, Verbänden und nichtöffentlichen Trägern, können wir uns eher identifizieren. Schon als in der vorigen Wahlperiode über die Landeszentrale für politische Bildung diskutiert wurde, haben wir gesagt, wenn man denn politische Bildung dieser Art wolle, dann sei sie dort gut aufgehoben.

Ich wiederhole: Wir sind grundsätzlich offen für Reformen und auch offen für die Diskussion über neue Strukturen. Wenn man allerdings eine solche Landeszentrale für politische Bildung haben will, muß sie natürlich auch arbeiten können, und man muß sich fragen, ob die finanzielle Ausstattung dieser Einrichtung stimmt. Man muß auch sagen, daß die Alternative, die in der Presse herumgeisterte, keine wirkliche Alternative ist. Ich halte es nicht für sinnvoll zu sagen, daß die politische Bildung auch in ein Ministerium verlegt werden könnte; denn dadurch würde immer wieder die Gefahr deutlich werden, daß von Oppositionsparteien behauptet werden kann, man mache Propaganda. Der Schaden, der dadurch entstünde, wäre unter Umständen überhaupt nicht wiedergutzumachen.

(Beifall bei der CDU – Ursula Röper [CDU]: Allein der Gedanke ist absurd!)

Es war anscheinend nur eine Überlegung. Man ist dabei zu überlegen, was in dieser Situation mit finanziellen Kürzungen machbar ist.

Ich möchte noch einmal betonen, daß es für den SSW klar ist, daß die Landeszentrale für politische Bildung gute Arbeit geleistet hat. Wir wollen auch, daß diese Arbeit fortgesetzt werden kann.

(Ursula Röper [CDU]: Sie muß unabhängig bleiben!)

Die Unabhängigkeit ist auch für uns ganz entscheidend. Wenn man eine Landeszentrale will, dann muß diese Landeszentrale unabhängig arbeiten können; das ist klar. Nun könnte man natürlich darüber diskutieren, ob die Landeszentrale mit der Zusammensetzung des **Kuratoriums** nicht doch zu dicht bei den politischen Institutionen angesiedelt ist.

Ich möchte zum Schluß kommen und noch einmal an alle appellieren, einen kühlen Kopf zu bewahren. Ich meine, wir müssen sehen, wie wir weiterkommen. Wir werden sicherlich noch weitere Diskussionen dieser Art zu führen haben. Also: Ruhe bewahren ist erst einmal angesagt.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Dr. Hennig das Wort.

Dr. Ottfried Hennig [CDU]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Im November 1994 haben wir hier im Landtag eine Debatte über politische Bildung geführt. Damals hörten wir – wörtliches Zitat –, „daß Demokratie ohne politische Bildung nicht funktionieren kann, daß politische Bildung darauf abzielt, zur Beteiligung an demokratischen Gestaltungsprozessen zu befähigen, und daß die Landeszentrale in der Vergangenheit wichtige Arbeit geleistet hat und sie auch heute noch leistet"!

Ich finde, daran muß man erinnern, wenn man sieht, was sich in diesen Wochen hier innerhalb der Landesregierung ereignet hat. Sie können das nicht alles wegdiskutieren und sagen, alles sei anders, wenn im Schoße einer Regierung

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Im Schoße! – Holger Astrup [SPD]: Was? Im Schoße?)

vor dem Hintergrund der schrittweisen Auflösung der Landeszentrale in drei Jahren – ich zitiere jeweils wörtlich aus Ihren Landesregierungsdokumenten – konkret formuliert und aufgefordert wird: „III.5 und III.52 werden gebeten, einen entsprechenden Stufenplan zum Personalabbau zu erstellen", und wenn dann bis in die letzten Tage hinein Erkundigungen nach der Altersstruktur der Mitarbeiter durchgeführt werden, wie man das konkret umsetzen kann.

Da muß doch jeder verstehen, daß dieser Landtag mißtrauisch wird und sein Recht wahrnimmt, sich

damit zu befassen, ob Ihre Worte, Frau Böhrk, vom November 1994 heute noch Ihre Grundüberzeugung sind.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Daß wir alle sparen müssen, ist selbstverständlich. Davon ist niemand ausgenommen.

(Holger Astrup [SPD]: Ja, ja!)

– Herr Astrup, das wissen wir doch alle miteinander, aber darum geht es doch in diesem hochgefährlichen Zusammenhang nicht. Es geht vielmehr darum, daß hier etwas sehr weit gediehen war, was dann unter großem Zoff in Ihrer Fraktion Gott sei Dank ein Stück zurückgedreht worden ist.

(Holger Astrup [SPD]: Was ist das?)

Ich finde das gut. Aber ich möchte auch eine Warnung aussprechen und komme damit zu Ihrem Antrag.

(Zurufe von der SPD)

Politische Bildung hat immer auch ein bißchen damit zu tun, daß man einander zuhören kann,

(Beifall bei der CDU)

und wer das nicht kann, der muß noch ein paar Kurse der Landeszentrale besuchen. Das wird ihm dann sicherlich jeweils guttun.

(Beifall bei der CDU – Holger Astrup [SPD]: Im Kuratorium weiß man das besser als hier! – Zurufe von der SPD)

Jetzt kommt die Sache mit den Anträgen; sie liegen ja konkret auf dem Tisch. Wenn es denn so ist, wie Sie hier sagen, frage ich: Warum können Sie da nicht einfach unserem Antrag zustimmen? – Das ist eine ganz simple Frage.

(Beifall bei der CDU – Ute Erdsiek-Rave [SPD]: Wir geben Ihnen doch eine klare Antwort!)

Darin wird doch nur dazu aufgefordert, die unabhängige Arbeit der Landeszentrale weiter zu gewährleisten und alle Überlegungen einzustellen, die Landeszentrale in den nächsten drei Jahren „abzuwickeln" – wie es hier formuliert war. Also bitte, stimmen Sie dem doch zu; daran ist zu messen, wie der Wahrheitsgehalt Ihrer Worte ist.

Jetzt kommt die zweite Geschichte mit den finanziellen Bedingungen. Sie wollen die **finanziellen Rahmenbedingungen** neu organisieren.

(Ute Erdsiek-Rave [SPD]: Dazu hat Herr Kollege Rossmann das Nötige gesagt! – Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das steht wörtlich in unserem Antrag!)

Einzusparen ist das eine, Rahmenbedingungen neu zu organisieren ist eine ganz andere Formulierung. Ich finde, es wäre inakzeptabel, wenn Sie heute ein Bekenntnis zur politischen Bildung und zur Selbständigkeit der Landeszentrale abgäben, aber durch Ihr praktisches Handeln die Landeszentrale im Ergebnis doch arbeitsunfähig machten beziehungsweise zerschlügen.

(Beifall bei CDU und F.D.P. – Zurufe von der SPD)

Man muß doch einfach folgendes sehen: Finanzielle Gründe können für solche weitgehenden Pläne dann nicht ausschlaggebend sein, wenn sich eine Regierung gleichzeitig neue Beauftragte und Gremien beruft.

(Lebhafter Beifall bei CDU und F.D.P. – Zuruf des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

Wenn sogar Schwule und Lesben mit einem eigenen Referat auf Regierungsebene bedacht werden sollen,

(Lebhafter Beifall bei CDU und F.D.P.)

dann können doch finanzielle Überlegungen hier nicht plötzlich ein Argument sein.

(Anhaltende Zurufe von der SPD)

– Das ist Teil Ihres Koalitionsvertrages; das wird man hier doch noch zitieren dürfen.

(Lebhafter Beifall bei CDU und F.D.P. – Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Herr Abgeordneter Dr. Hennig, entschuldigen Sie bitte einen Moment. – Meine Damen und Herren, ich muß noch einmal darum bitten, die Lautstärke etwas zu dämpfen.

(Zuruf von der SPD: Das fällt sehr schwer, Frau Präsidentin!)

Herr Abgeordneter Dr. Hennig hat weiter das Wort.

Dr. Ottfried Hennig [CDU]:

Ich erinnere noch einmal an meine Eingangsbemerkung vom Zuhören. Das fällt Ihnen bei mir immer besonders schwer, aber ich glaube, daß Sie das noch einmal überdenken sollten.

(Konrad Nabel [SPD]: Bei solchen Ausführungen muß man sich über die Unruhe nicht wundern!)

Zum Schluß, meine Damen und Herren, folgendes: Um so wichtiger ist es, daß dieser Landtag eine solche Regierungspolitik nicht mitmacht. Deswegen ist es ja schon ein Stück Erfolg, daß SPD und Grüne im Grundsatz – oder besser gesagt – im ersten Halbsatz ihres Antrages sich an unsere Seite stellen. Insoweit ist das identisch. Wenn Sie damit aber nur die Gemüter beruhigen wollen, um anschließend doch zumindest eine finanzielle Zerschlagung weiterzubetreiben,

(Dr. Ottfried Hennig)

dann wird die Empörung anschließend um so heftiger sein.

(Holger Astrup [SPD]: Ach Gott, diese Wortwahl allein!)

Die ist ja auch außerhalb Schleswig-Holsteins, Frau Erdsiek-Rave, erheblich. Lesen Sie doch einmal durch, was der Leiter der Bundeszentrale für politische Bildung dazu gesagt hat. Nehmen Sie das zur Kenntnis, was – wie ich vermute – auch sozialdemokratische Ministerpräsidenten Ihnen in den nächsten Tagen schreiben werden zu der Frage, ob nicht auch in Zukunft jedes Bundesland eine solche Einrichtung braucht.

Deswegen sage ich: Unsere Fraktion steht zur Landeszentrale für politische Bildung,

(Holger Astrup [SPD]: Jawohl, super!)

sie steht zu ihrem großen Auftrag im Dienste der Demokratie, und für ihren Erhalt werden wir kämpfen.

(Holger Astrup [SPD]: Wir danken dafür!)

Politische Bildung steht nicht in der beliebigen Verfügungsmasse einer Partei oder einer Regierung.

(Lebhafter Beifall bei CDU und F.D.P.)

Politische Bildung braucht vor allem Unabhängigkeit – organisatorisch, institutionell und finanziell. Genau dafür muß dieser Landtag sorgen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Zu einem Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung erteile ich dem Herrn Abgeordneten Matthiessen das Wort.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich will mich zu dem anstehenden Gegenstand nicht äußern, sondern nur zu einem Teilaspekt der Rede von Herrn Hennig, weil für mich die Quantität und die gewisse Süffisanz, mit der unsere Bemühungen, gleichgeschlechtliche Lebensweisen im politischen Raum vor Diskriminierung zu bewahren,

(Holger Astrup [SPD]: Ein Tiefschlag!)

angesprochen werden, unterstreichen, daß das eine wichtige politische Aufgabe ist.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD – Martin Kayenburg [CDU]: Haben Sie schon ein Anforderungsprofil für die zu besetzende Stelle entwickelt?)

Damit habe ich meinen Dreiminutenbeitrag deutlich unterschritten, aber das reicht auch.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Zu einem weiteren Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung erteile ich Herrn Abgeordneten Hentschel das Wort.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Es reizt mich ja doch zu fragen, wie es möglich ist, einerseits eine Institution sozusagen für die politische Bildung schlechthin zu nehmen und andererseits sich nicht die Frage zu stellen, was politische Bildung ist. Es ist doch gerade in dem Konflikt, um den es geht, nämlich berufliche Bildung oder politische Bildung zu fördern, die Gleichgewichtigkeit zu gewährleisten. Ich erinnere daran, daß die CDU dann, wenn es um Bildungsurlaub und anderes gegangen ist, immer die Meinung vertreten hat, daß die politische Bildung im Grunde nicht wichtig sei, sondern daß es nur auf die berufliche Bildung ankomme. Das war ihr Argument.

(Martin Kayenburg [CDU]: Keine Ahnung! – Ursula Röper [CDU]: Das ist Unsinn! Beweisen Sie das doch einmal!)

Politische Bildung – da hat Frau Spoorendonk recht – findet vor allem vor Ort statt, in den Gemeinden vor Ort.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNE und des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Es geht doch darum, diese Arbeit vor Ort, also gerade die Arbeit der Volkshochschulen zu stärken. Das ist unser Interesse. Dabei über die Frage nachzudenken, wie das neu strukturiert wird, kann man doch nicht zum Anlaß nehmen, sich hier aufzuregen. Das zeigt, daß es eine reine Vorführdebatte ist, die nichts mit dem Kern der Sache zu tun hat.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Frau Ministerin Böhrk.

Gisela Böhrk, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur:

Frau Präsidentin! Meine Herren und Damen! Die Beiträge der Opposition zeigen mir einmal mehr, daß diese Opposition jegliches Augenmaß verloren hat.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Da hören wir heute morgen, daß CDU und F.D.P. ohne mit der Wimper zu zucken hinter dem Bundeskanzler stehen, der dabei ist, den gesamten Sozialstaat abzuwickeln.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der CDU: Oh, oh! – Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: So ein Quatsch!)

(Ministerin Gisela Böhrk)

Wenn es dann um das Abklopfen von Einsparnotwendigkeiten geht, dann stürzt für Sie die gesamte Demokratie zusammen. So kann es doch nicht gehen, wenn wir politische Bildung wirklich ernst nehmen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Röper, ich weise auch sehr deutlich den Vorwurf zurück, daß die Staatssekretärin die Öffentlichkeit falsch informiert habe.

(Ursula Röper [CDU]: Schauen Sie sich doch einmal das „Schleswig-Holstein-Magazin" an!)

Sie haben mit Ihrem Beitrag falsche Eindrücke erweckt, um es ganz vorsichtig zu sagen.

(Beifall bei der SPD)

Es gibt keinen Beschluß des Kabinetts zur Einstellung der Landeszentrale für politische Bildung.

(Unruhe bei der CDU)

Es gibt auch keine Pläne dazu. Was es allerdings gibt, das ist,

(Zurufe von der CDU: Na?)

daß wir derzeit zahlreiche Projekte und Aufgaben auf den Prüfstand stellen, auch wichtige und geschätzte wie die Arbeit der Landeszentrale.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Grundsätzlich?)

Uns zwingt die Haushaltslage dazu, keine Tabus zu haben, außer bei den Lehrerplanstellen. Nur dieser Bereich ist tabu. In allen anderen Bereichen werden Einsparnotwendigkeiten überprüft und abgeklopft, auch bei der Landeszentrale für politische Bildung.

(Glocke der Präsidentin)

– Nein, ich lasse keine Zwischenfrage zu. – Das bedeutet, daß auch die Landeszentrale aus Einsparmaßnahmen nicht ausgeschlossen bleiben kann.

(Ursula Röper [CDU]: Es geht doch um die Abwicklung, nicht um die Einsparung!)

Sie ziehen einen Punkt nach dem anderen hervor und sagen: Hier und dort soll nicht gespart werden. Ich werde mit großem Interesse die Haushaltsberatungen verfolgen, die ja noch anstehen, und sehen, woher Ihre Deckungsvorschläge kommen, und zwar realistische und seriöse Deckungsvorschläge.

(Beifall bei der SPD)

Bisher haben Sie den Nachweis nicht erbracht, daß Sie in der Lage sind, wirklich solide haushaltstechnische, haushaltsrechtliche Vorschläge zu machen.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Das wird Sie noch alles einholen! Im März kommt es doch hier auf den Tisch!)

Notwendig ist es, die Arbeit in allen Bereichen zu effektivieren, auch die Arbeit der Landeszentrale.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Auch die der Landesregierung!)

Wir haben ja die Überlegungen zur Reform der Landeszentrale nicht angestellt und die langwierigen und andauernden Diskussionen um die neue Dienstvereinbarung nicht geführt, weil wir gesagt haben, das kann alles so bleiben, wie es ist, sondern in der Tat, um bestimmte Schwerpunkte zu schaffen, zu verstärken, weil die Landeszentrale eben keine Einrichtung der politischen Bildung wie alle anderen ist, sondern weil sie bestimmte, besondere Aufgaben hat. Sie ist kein Anbieter politischer Bildungsveranstaltungen wie die anderen Zentralen vor Ort, die Volkshochschulen. Ihr Profil ist nämlich die Konzentration auf die Aufgaben, die sie besonders gut kann, also **Koordination**, Kooperation, auch Dienstleistung für diese Anbieter politischer Bildung, damit diese noch besser in der Lage sind, ihren Aufgaben vor Ort nachzukommen, die Hilfe dabei, europäische Mittel für politische Bildung in Anspruch zu nehmen. Sie soll also diese Aufgaben verschärfen und weniger eigene und kostenträchtige Veranstaltungen machen, die nur einem begrenzten Kreis von Menschen zugute kommen. Das ist die Idee der Dienstvereinbarung gewesen, und diese gilt es umzusetzen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vor diesem Hintergrund ist es auch vertretbar, daß in diesem Bereich Einsparungen erfolgen, daß in diesem Bereich auch gesehen wird, wie diese Aufgaben weiter erfüllt werden können. Dabei sage ich hier ganz deutlich: Es wird mittelfristig auch Einsparungen im Personalbereich geben müssen. Wir können uns nicht hier hinstellen und sagen: In vier Jahren 1600 Stellen und darüber hinaus noch mehr. Sie wissen doch genauso gut wie ich, daß wir in Anbetracht der öffentlichen Situation in allen Bundesländern noch längst nicht am Ende der Fahnenstange angelangt sind, was die Einsparnotwendigkeiten anbetrifft. Um so bedeutsamer ist es, daß wir die Institution Landeszentrale für politische Bildung so fit machen, daß sie auch im immer stärker werdenden Verteilungskampf um öffentliche Mittel bestehen und ihre besondere, ihre singuläre Aufgabe erfüllen kann.

Das heißt: Die Landeszentrale wird nicht geschlossen. Die Landeszentrale bleibt als singuläre Institution erhalten. Sie bleibt in ihrer Arbeit unabhängig, und ihre Aufgaben werden weiter konzentriert und effektiviert.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Für einen Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 unserer Geschäftsordnung erteile ich Herrn Dr. Dall'Asta das Wort.

(Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau)

Ich weise zugleich darauf hin, daß ich beabsichtige, diesen Tagesordnungspunkt noch vor der Mittagspause abzuschließen.

Dr. Eberhard Dall'Asta [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich zwei Dinge sagen. Herr Kollege Hentschel, ich bitte doch, daß man alte Protokolle nachliest und nicht eventuell immer alte Vorurteile vor sich herträgt.

(Holger Astrup [SPD]: Alte Protokolle sind gut!)

– Alte Protokolle über Landtagssitzungen.

(Holger Astrup [SPD]: Vor allem auch die über die Sitzungen des Kuratoriums wären ganz interessant! – Zuruf von der SPD)

– Auch das können Sie gern machen, Herr Astrup. – Herr Astrup, ich rede mit Herrn Hentschel. Vielleicht würden Sie Herrn Hentschel und mich ins Gespräch kommen lassen.

(Zurufe von der SPD)

– Ich darf meinem Fraktionsvorsitzenden ausdrücklich recht geben. Es ist eine Frage der politischen Bildung, ob man zuhören kann oder ob man nicht zuhören kann.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Herr Abgeordneter Hentschel, die Auffassung der CDU hinsichtlich des Bildungsurlaubsgesetzes ist nicht etwa gewesen, daß politische Bildung unwichtig ist. Vielmehr ging es allein um die Frage: Wer hat eigentlich die politische Bildung zu bezahlen? Da haben wir gesagt: Dies ist nicht die Aufgabe der Wirtschaft. Das ist genau die Aufgabe des Staates.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Deshalb gehört sie in ein Bildungsurlaubsgesetz, in dem gesagt wird, die Wirtschaft solle das bezahlen, nicht hinein. Das ist der Kernpunkt. Insofern hoffe ich, daß Sie jetzt merken, daß wir sehr konsequent sind.

Was jetzt passiert, ist, daß sich offenbar der Staat, die Landesregierung ein bißchen stärker aus der politischen Bildung herausziehen will, daß sie dort Geld sparen will, daß sie nicht, wie es eigentlich von uns für richtig gehalten wurde, immer mehr Veranstaltungen anbietet, daß sie nicht herumexperimentiert und versucht, noch besser an die Bürger heranzukommen. Das ist doch der eigentliche Inhalt der politischen Bildung.

Ich füge hinzu: Wenn Sie schon im laufenden Haushaltsjahr derart in den Etat eingreifen, so wissen Sie alle, daß Sie damit die Bildungsarbeit der Landeszentrale für politische Bildung schlichtweg zu Ende bringen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Das ist das Problem, und das ist ein Skandal. Und es ist ein Skandal, daß die SPD-Fraktion und – entschuldigen Sie – auch die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Prinzip dabeisitzen und sagen: Alles nicht so schlimm. Damit wird die politische Bildungsarbeit – für dieses Jahr jedenfalls – praktisch schon auf Null gedrückt. Das ist das Schlimme.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau

Das Wort zu einem Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 hat nun der Herr Abgeordnete Dr. Rossmann.

Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn es um den Stil des Zuhörens geht und Sie, Herr Hennig, das so in den Mund nehmen und gleichzeitig sagen, es habe härteste Auseinandersetzungen in der SPD-Fraktion gegeben, dann ist das schlicht und ergreifend alles vom Himmel erdacht. – Man muß es ja so ausdrücken, damit man keinen Ordnungsruf bekommt. Sie wissen, Herr Hennig, wie stillos Sie hier Debatten pflegen:

(Beifall bei der SPD)

Gerade heraus, immer in die Unwahrheit gegenüber dem politischen Gegner. So ist es auch gewesen, was Ihre Phantasie von angeblichen Debatten in der SPD-Fraktion angeht.

Mich wundert manchmal, daß – der Kollege von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat es in bezug auf die Auseinandersetzung zur Gleichgeschlechtlichkeit an anderer Stelle angesprochen – der Stil immer wohlfeil eingebracht wird. Ich wundere mich, wie beredt die F.D.P. dort mitmacht. Denn Sie haben im Bund die Ausländerbeauftragte als eine stolze Liberale, die sich zur Auseinandersetzung mit ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern und zu Ihrer Integrationsaufgabe bekennt. Daran profilieren Sie sich. Auf Landesebene ist das dann auf einmal eine beliebige Erweiterung von allem Möglichen, was offensichtlich keinen Wert hat. Diese Beliebigkeit von Positionen! Das eine ist ein Profilpunkt, und wenn das im Lande aufgebaut wird, dann ist das alles nichts. Das schafft auch Politikverdrossenheit,

(Beifall bei der SPD)

weil man nicht mehr erkennt: Gibt es eigentlich noch eine politische Durchgängigkeit?

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Sie sollten heute bei uns erkennen: Es gibt bei uns die Durchgängigkeit in bezug auf die Unabhängigkeit der Landeszentrale für politische Bildung, und es gibt gleichzeitig eine Ernsthaftigkeit, über Strukturveränderungen, die notwendig kommen müssen, gemeinsam nachzudenken.

(Dr. Ernst Dieter Rossmann)

Ich habe die ganze Zeit versucht zuzuhören. Aber von Ihrer Seite, von CDU und F.D.P., gab es keinen einzigen Vorschlag der Weiterentwicklung, der Profilierung dieser Arbeit. Da sind Sie hinter dem zurück, was die Landeszentrale selber leistet, obwohl es für sie sehr viel schwieriger ist.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Das, was sie leisten kann, machen Sie doch jetzt kaputt!)

– Wir machen nichts kaputt.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Natürlich! – Zurufe von der CDU)

Wir begleiten diesen Prozeß.

Professor Dall'Asta, es ist doch erstaunlich, daß Sie am Ende eigentlich als einzige Lösung sagen können: Staat, finanziere politische Bildung, und gleichzeitig dem Staat auf einem anderen ideologischen Teil Ihres Gesamtspektrums jede Menge Mittel wegnehmen, aus denen heraus er diese Aufgabe mit wahrnehmen könnte.

(Beifall bei der SPD)

Das, finde ich, ist ein bemerkenswerter Beitrag, der sich vor allen Dingen durch eines auszeichnet: durch eine gewisse Verdrängung und durch eine besondere Schlichtheit.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe damit die Beratung.

Ich lasse zunächst abstimmen über den Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 14/88. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW angenommen.

Bestehen Sie darauf, daß ich der Ordnung halber noch einmal über den Ursprungsantrag in der jetzt geänderten Fassung abstimmen lasse?

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Das wäre schon gut!)

Das ist nicht der Fall.

(Zurufe von der CDU: Doch, doch!)

– Doch! Gut. Dann lasse ich jetzt über die Drucksache 14/80 in der soeben beschlossenen geänderten Fassung abstimmen. Wer dem zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. –

(Widerspruch – Holger Astrup [SPD]: Wir haben es akustisch nicht mitbekommen, Frau Präsidentin!)

– Ich lasse jetzt abstimmen über den Ursprungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 14/80, in der soeben beschlossenen geänderten Fassung. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? –

(Zuruf: Das hatten wir eben!)

– Deshalb habe ich gefragt, ob Sie eine erneute Abstimmung der Ordnung halber möchten oder nicht. Sie haben dem zugestimmt. Wir haben so beschlossen.

Damit beenden wir diesen Tagesordnungspunkt.

Wir treten in die Mittagspause ein. Um 15 Uhr geht die Sitzung mit Tagesordnungspunkt 8 weiter.

Die Sitzung ist unterbrochen.

Unterbrechung: 13.32 Uhr

Wiederbeginn: 15.01 Uhr

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Meine Damen und Herren, die Sitzung ist wiedereröffnet.

Auf der Tribüne begrüße ich Besucher des SPD-Ortsvereins Kappeln und des Seniorenkreises ehemaliger Mitarbeiterinnen der Stadt Flensburg. Herzlich willkommen!

(Beifall im ganzen Haus)

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 8 auf:

Nachtragshaushalt 1996

Antrag der Fraktionen von CDU und F.D.P.
Drucksache 14/69

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? – Das ist offenbar nicht der Fall. Dann eröffne ich die Aussprache. Das Wort hat der Herr Abgeordnete Stritzl.

Thomas Stritzl [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit unserem Antrag auf Vorlage eines Nachtragshaushalts wollen wir dem Prinzip von Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit in diesem Lande wieder Geltung verschaffen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Wir alle wissen, daß wir vor einer schwierigen Finanzsituation stehen.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ach! Das hätten wir beim vorherigen Tagesordnungspunkt gern hören wollen!)

(Thomas Stritzl)

– Zu Ihnen, Frau Fröhlich, habe ich mir auch noch einen Satz aufgeschrieben!

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist schön!)

Wir alle wissen, daß die Einnahmesituation Bund und Länder zu erheblichen Sparmaßnahmen zwingt. Sicherlich ist es richtig, daß eine Landesregierung – da will ich ihr den Mut nicht absprechen – Überlegungen dazu anstellt, wie sie diese **Haushaltslücken** schließen kann. Daß eine Landesregierung auf diesem Wege versucht, Handlungsfähigkeit zu demonstrieren, ist politisch legitim und ebenfalls nachvollziehbar. Der Satz aber, mit dem der Finanzminister dies kommentiert, nämlich er habe den Haushalt im Griff, stimmt nicht. Das Gegenteil ist der Fall.

(Günter Neugebauer [SPD]: Meinen Sie den Bundesfinanzminister?)

Daß das Gegenteil der Fall ist, Herr Kollege Neugebauer, zeigt die Bemerkung des Landesrechnungshofs zu der Haushaltspolitik dieser Landesregierung. Der Landesrechnungshof geißelt geradezu die wiederholte Zufluchtnahme der Landesregierung in immer neue Schulden und sogenannte **globale Minderausgaben.** Wenn Sie in den Beschluß der Landesregierung vom 4. Juni 1996 hineinschauen, dann werden Sie feststellen, daß von den 393 Millionen DM, um die es geht, über 220 Millionen DM wiederum auf diesem Wege gedeckt werden sollen. Das ist ein Verfahren, das Haushaltsrisiken nicht senkt, sondern verstetigt.

(Beifall des Abgeordneten Reinhard Sager [CDU])

So steht den von dieser Regierung bereits freigegebenen Haushaltsresten in der Größenordnung von ungefähr 388 Millionen DM durch die volle Ausschöpfung der Restkreditermächtigung bei Abbau keine entsprechende Deckung in diesem Haushalt mehr gegenüber. Die Folge: zusätzliche Defizite statt Einsparungen!

Das zweite ist folgendes. Globale Minderausgaben bergen die Gefahr, daß sie nicht erwirtschaftet werden können. Das ist kein unziemlicher Verdacht der Opposition, sondern das zeigt die Erfahrung mit Blick auf die letzten Jahre. In der gestrigen Sitzung des Finanzausschusses ist deutlich geworden, daß der überwiegende Teil der vorgesehenen globalen Minderausgaben von dieser Landesregierung trotz fleißigster Arbeit der Ressorts, die anwesend gewesen sind, nicht hat aufgelöst werden können.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Auch hier ist also das Prinzip Hoffnung offensichtlich die Haushaltspolitik der Landesregierung.

Nun wird die Landesregierung allerdings nicht müde zu beteuern, sie sei fest entschlossen, dieses Konzept durchzuziehen; Zweifel daran seien nicht opportun, allenfalls oppositionell. Lassen Sie mich hierzu folgendes anmerken.

Wenn man bedenkt, daß die Regierung seit 1995 versucht, Landeshaushalte auf diese Art und Weise in den Griff zu bekommen, dann muß man sagen: Offensichtlich ist die Landesregierung auf dem Wege, mit dieser Vorgehensweise eine regelrechte Tradition zu begründen. Gelungen ist es ihr allerdings nicht. Schulden und Personalstand des Landes Schleswig-Holstein haben den traurigen Höchststand in der Geschichte des Landes erreicht. 1995 wurde darüber hinaus sogar ein Defizit in Höhe von 82,3 Millionen DM „erwirtschaftet", wie es so schön heißt.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Jetzt haben wir rote Kassen!)

Wollte die Landesregierung allerdings aus diesen schlechten Erfahrungen der Vergangenheit Lehren ziehen und tatsächlich im Sinne eines wirklichen Sparkommissars ans Eingemachte gehen und somit die Verwaltung von den Bindungen des vom Landtag beschlossenen Haushaltsplans befreien,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Unglaublich!)

dann berührte sie in unzulässiger Weise den Kernbereich parlamentarischer Zuständigkeit.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Das Bundesverfassungsgericht hat in einer Grundsatzentscheidung festgestellt, daß dies der Steuerungskompetenz des Finanzministers nicht zusteht und daß sie nicht gleichartig oder gar gleichrangig neben der **Feststellungskompetenz des Haushaltsgesetzgebers** steht.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es!)

Herr Minister, wenn Sie wirklich vorhaben, mit Ihrem **Sparprogramm** ernst zu machen, dann müssen Sie erkennen, daß Sie das Haushaltsrecht des Landes im Kern berühren.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Darüber hinaus ist es auch nicht politisch opportun, den festgestellten Mehrheitswillen – Haushaltspläne sind nichts anderes als in Zahlen gegossene Politik der hier vertretenen Faktionen – in einer Art und Weise zu verändern, wie Sie es offensichtlich in Ihrem Sparprogramm unter gezielter Umgehung des Parlaments vorhaben. Die Diskussion heute morgen hat es gezeigt: Es ist nicht zulässig, daß der Finanzminister eines Landes, wenn sich die Mehrheit des Landtages für den Erhalt der Landeszentrale für politische Bildung ausspricht, Wege einschlägt, diese zu zerschlagen. Das ist politisch nicht zulässig.

(Beifall bei CDU und F.D.P. – Ute Erdsiek-Rave [SPD]: Wir haben vorhin einen Beschluß gefaßt, Herr Abgeordneter!)

– Aber nicht im Rahmen des Nachtragshaushalts, gnädige Frau! Gesetze – der Haushalt ist durch das

Haushaltsgesetz beschlossen – können nicht durch einfache Parlamentsbeschlüsse umgangen werden.

(Ute Erdsiek-Rave [SPD]: Dann hätten Sie Ihren Antrag auch nicht stellen dürfen!)

Es gibt weitere Bereiche, Herr Minister, zu denen Sie nachher sicherlich noch einmal Stellung nehmen werden.

Eines der entscheidenden Argumente war ja – ich erinnere an die Pressemitteilung meines Kollegen Neugebauer; der Minister hat das, wen wundert es, fast wortgleich übernommen; vielleicht war die Reihenfolge auch umgekehrt; das kann ich abschließend nicht mehr feststellen –, daß es nicht angehe, jetzt noch einen Nachtragshaushalt vorzulegen. Schließlich sei die Situation doch so, daß dieser allen Ernstes erst im August in Kraft treten könnte, und dann sei ja sowieso alles zu spät. Wenn ich die Planungen der Landesregierung richtig verstehe, dann beabsichtigt sie, den **Haushalt 1997** sowieso erst im Jahre 1997, also von heute an gerechnet in sechs Monaten, vorzulegen. Ich kann nicht erkennen, daß sechs Monate eines Jahres nicht die Zeit sein sollen, um die es geht, wenn ein Nachtragshaushalt wirken können soll. Sie reichen dafür leicht aus.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Hessen macht es auch!)

Der zweite Punkt ist – Herr Kollege Kubicki wirft es ein; ich will es noch einmal betonen –: In der Tat, auch andere Länder, rot-grüne Länder, aber auch Länder, in denen die SPD die Finanzminister stellt, haben, um dem Anspruch des Parlamentes auf Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit zu entsprechen, um nicht per Verwaltung Schwerpunkte, die vom Parlament beschlossen sind, hinwegzufegen,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Genau!)

Nachtragshaushalte vorgelegt. So unter anderem Mecklenburg-Vorpommern – so weit nicht von uns weg, als daß das Wissen nicht bekannt sein könnte, zumindest auch hier. Ich will Ihnen dazu gern den Satz vorlesen, den Frau Sigrid Keler, Finanzministerin des Landes Mecklenburg-Vorpommern, dort zum Nachtragshaushalt gesagt hat; ich zitiere:

„Wir bekamen ein gewaltiges Haushaltsproblem aufgetischt, und wir haben das Problem gelöst, nicht mit Haushaltssperre oder Ausgabenbewirtschaftung,"

– Modell Möller –

„sondern mit einem Nachtrag, der den Haushalt auf eine neue Basis stellt."

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Hört, hört!)

Wir verlangen von Ihnen nicht mehr und nicht weniger,

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

als daß Sie dem verfassungspolitisch verbrieften Ansatz – den Sie ja gerne wollten und den wir alle mitgetragen haben und der lautet, der Landtag ist das oberste Organ der politischen Willensbildung –, gerecht werden, wenn es in der Tat um zentrale Verschiebungen im Haushaltsbereich geht. Wenn wir die Positionen verändern müssen, die wir den Menschen öffentlich versprochen haben, für die Sie geworben haben, weil sie so notwendig waren, wenn Sie dies nicht mehr einhalten wollen, weil es die Lage nicht mehr hergibt, muß das Parlament über diese Dinge entscheiden können und darf nicht nur im Rahmen des Nachvollziehens benachrichtigt werden.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es!)

Ich darf auch daran erinnern, Frau Fröhlich – ich habe die Koalitionsvereinbarung sehr aufmerksam gelesen –

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Toll! – Zurufe)

– Geklatscht habe ich da weniger. Man weiß ja nicht so recht, ob man lachen oder weinen soll, wenn man sich die Folgen vor Augen führt. Eine Passage hab ich nicht gefunden, Frau Fröhlich, weil die Grünen mit der SPD offensichtlich vereinbart haben, erst ab 1997 mitzuregieren. Wenn Sie nämlich auf einen Nachtragshaushalt verzichten, verzichten Sie als Grüne auf **Mitgestaltung**, auf die Möglichkeit, über diesen **Landeshaushalt** mitzubestimmen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Dann noch ein letzter Punkt, den ich gern zum Abschluß sagen möchte! Wie sehr Sie kalte Füße haben und welche Klimmzüge Sie unternehmen, um an diesem Nachtragshaushalt vorbeizukommen, das sieht man bei der **Etatisierung der neuen Staatssekretärstellen**. Ich gönne sie Ihnen persönlich, und ich finde, es ist schön, daß man miterleben kann, welche Kuriositäten dieses Kabinett gleich am Anfang zustande bringt. Ich stelle mir nur vor, daß wir funktional zwei neue grüne Staatssekretäre haben – wie gesagt: persönlichen Glückwunsch! –, die zwei Dinge in sich vereinbaren: funktional sind sie Staatssekretäre, haushaltsrechtlich sind sie Abteilungsleiter mit Zulage. Da sieht man, wie man die Dinge verbinden kann. Man ist in ein und der gleichen Funktion sein eigener Arbeitgeber und Angestellter.

(Lebhafter Beifall bei CDU und F.D.P.)

Ein letztes Wort an Sie, Herr Finanzminister! Sie sagen, das alles sei fürchterliche Schwarzmalerei der Oppositon; Sie hätten alles so prima und toll im Griff, es habe doch alles supertoll geklappt.

(Bravo! bei der SPD)

Sie haben das Haushaltsjahr 1995 mit einem Defizit von 82,3 Millionen DM abgeschlossen. Noch im Januar haben Sie erklärt, selbstverständlich werde dieses Defizit im Jahre 1996 gedeckt werden. Kaum zwei Monate später teilen Sie dem Parlament mit:

(Thomas Stritzl)

nicht 1996, nein, 1997 würden die 82,3 Millionen DM erwirtschaftet. Da sieht mans doch: Sie schieben die Lücke, die Sie 1996 nicht mehr decken können, etatmäßig vor sich her. Da kann ich Ihnen nur sagen: Sie sind nicht der David Copperfield dieser Finanzpolitik, der die Haushaltslöcher verschwinden läßt; Sie verschieben sie allenfalls einigermaßen trickreich, aber nicht so trickreich, daß dieses Haus Ihnen nicht auf die Schliche kommt. Ich sage: Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit, damit kommen wir weiter. Durchmuscheln, durchmauscheln geht nicht.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Neugebauer.

Günter Neugebauer [SPD]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Weil Sie alle so fröhlich sind, ergreife ich die Gelegenheit, mich bei allen Fraktionen ganz herzlich für die freundlichen Grüße zu bedanken, die mich heute aus Anlaß meines Festtages erreicht haben. Aber ich bitte schon jetzt einige in diesem Hause um Nachsicht, wenn ich trotz des Anlasses und Ihrer freundlichen Worte einigen von Ihnen kritische Worte nicht ersparen kann.

Die Forderung nach Aufstellung eines Nachtragshaushaltes ist ein typischer Oppositionsantrag.

(Zuruf von der SPD: Genau!)

Er muß deswegen nicht falsch sein.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

– Ich habe gesagt: Er muß nicht falsch sein. Aber, Kollege Kubicki, er muß gut begründet sein, wenn er uns überzeugen soll. Ich will Ihnen jetzt anhand von zwei Feststellungen nachweisen, daß er nicht gut begründet ist.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ich komme erst noch!)

Erstens. Ihr Antrag von CDU und F.D.P. ist ein reines Ablenkungsmanöver.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Von was?)

Er soll ablenken von der desolaten Finanzsituation des Bundeshaushaltes.

(Lachen bei CDU und F.D.P.)

– Sie lesen anscheinend keine Zeitungen und hören keine Nachrichten. Dann nämlich wüßten Sie, daß der Herr Waigel vor einem finanzpolitischen Scherbenhaufen steht und nicht weiß, wie er 21 Milliarden DM **Mindereinnahmen** beziehungsweise Mehrausgaben im **Bundeshaushalt** decken soll, daß er versucht, ein Loch zu stopfen, indem er ein anderes aufreißt, daß er – sagen wir mal – Finanzpolitik nach Art des Monopoly-Spiels betreibt.

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Herr Abgeordneter Neugebauer, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Sager?

Günter Neugebauer [SPD]:

Nein, zu diesem Zeitpunkt noch nicht, Herr Vorsitter. Das ganze Ausmaß der finanzpolitischen Hilflosigkeit, Herr Hennig – wenn es noch eines zusätzlichen Beweises bedarf –, wird daran deutlich, daß – wie wir heute erfahren haben – der Bundesfinanzminister mit einem Spargesetz, einem Ausgabenbegrenzungsgesetz, in die verfassungsrechtlich geschützte Finanzhoheit der Bundesländer eingreifen will.

(Zuruf von der SPD: Unerhört!)

Das ist ein beispielloser Vorgang in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, der, wenn Sie noch ein bißchen Verfassungsverständnis haben, Herr Kollege Kubicki,

(Zuruf von der F.D.P.: Oho!)

auch auf Ihre Ablehnung stoßen müßte. Ich will hier für die Sozialdemokraten in diesem Hause sagen: Wir weisen diesen Versuch, in die **finanzpolitische Hoheit dieses Landes** einzugreifen, mit aller Entschiedenheit zurück.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abgeordneten Dr. Ottfried Hennig [CDU])

Wer wie Waigel erklärt, er habe alles im Griff, der muß sich wirklich ehrlich fragen lassen, ob ihm nicht eher das Wasser bis zum Halse steht, wenn er zu solch einem Vorschlag kommen muß.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

– Ja, Sie sind nicht auf der Höhe der Zeit, Herr Kubicki. Noch niemals in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland waren die Steuerausfälle so hoch, wie wir es jetzt bei der letzten Steuerschätzung erlebt haben. Zu den Steuermindereinnahmen von insgesamt fast 21 Milliarden DM kommen – wie Sie wissen – beim Bund noch etwa 10 Milliarden DM Mehrausgaben hinzu.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wann kommen Sie zur Situation in Schleswig-Holstein?)

– Ja, warten Sie doch einmal ab! Ich wollte mit der ersten Feststellung nur deutlich machen, wie sehr Ihr Antrag auf Vorlage eines Nachtragshaushalts unbegründet ist. Hören Sie zu, dann werden Sie auch noch den Schluß erfahren.

Die massiven Steuerausfälle, die falsche Finanzpolitik von CDU und F.D.P., das Versagen bei der Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit und die Schwächung der Binnennachfrage, all das sind die Haupt-

ursachen der **Finanzkrise**, mit der wir uns zur Zeit zu beschäftigen haben.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ottfried Hennig [CDU])

– Zu den Mindereinnahmen ist es auch deswegen gekommen, Herr Kollege Hennig, weil wir es mit geschönten Wirtschaftsdaten sowohl von Rexrodt als auch von Waigel zu tun gehabt haben. Ich will niemandem Böswilliges unterstellen, aber mindestens der Verdacht kommt einem doch auf, daß diese Wirtschaftsdaten ganz bewußt vor den drei wichtigen Landtagswahlen am 24. März dieses Jahres geschönt worden sind.

(Beifall bei der SPD)

Wer angesichts dieser Finanzlage des Bundes, der Kommunen und der Länder immer noch glaubt, sich Steuersenkungen bei Spitzeneinkommen, bei Spitzenvermögen und bei Unternehmen leisten zu können, hat entweder den Ernst der finanzpolitischen Lage nicht erkannt oder er macht genauso eine Obstruktionspolitik, wie wir sie heute morgen in der Debatte um die Landeszentrale für politische Bildung erlebt haben.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Verbreiterung der Bemessungsgrundlage!)

– Nun frage ich Sie, Kollege Kubicki und Kollege Hennig: Wo bleibt Ihre Forderung an die Bundesregierung, angesichts der Dramatik der Bundesfinanzen, insbesondere nach der letzten Steuerschätzung,

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Wollen Sie endlich zum Thema kommen!)

einen Nachtragshaushalt vorzulegen?

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Fordere ich mit Ihnen! Sofort!)

Sie wissen, Herr Waigel lehnt das mit dem Hinweis darauf ab, daß er alles im Griff habe. Ihr Antrag in diesem Hause, mit dem wir uns heute zu beschäftigen haben, ist so lange nichts anderes als blanker Opportunismus, so lange Sie nicht den Mut haben – auch Sie, Herr Kollege Stritzl –, an Waigel die Forderung zu richten,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Mache ich! Unterschreibe ich sofort!)

endlich im Bund einen Nachtragshaushalt vorzulegen.

(Zuruf des Abgeordneten Thomas Stritzl [CDU] – Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich habe Ihnen eine zweite Feststellung versprochen. Für einen Nachtragshaushalt – das ist meine zweite Feststellung – besteht im Gegensatz zum Bundeshaushalt in Schleswig-Holstein keine Veranlassung. Auch das will ich begründen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Da bin ich gespannt! – Thomas Stritzl [CDU]: Jetzt kommt er zum Thema!)

Wer will bestreiten, daß die **Finanzlage des Landes Schleswig-Holstein** ungünstig ist? Wir haben heute morgen kurz darüber diskutiert.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Aber uns geht es noch gut?)

Aber wir wollen gern bescheinigen, daß Finanzminister Möller seinen Haushalt geordnet hat,

(Zurufe von der CDU: Oh, oh!)

daß er die Steuermindereinnahmen im Griff hat

(Zuruf des Abgeordneten Reinhard Sager [CDU])

und die von der Landesregierung beschlossenen Einsparbemühungen greifen. Sie greifen, auch wenn sie manchmal schmerzhaft sind und von der Opposition für unbegründete Kritik genutzt werden.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Dann brauchen wir kein Geld vom Bund!)

Sie sind seriös und sehr unbürokratisch.

Wenn Ihnen nicht gefällt, daß diese neue Regierungskoalition mit den Einsparbemühungen von fast 400 Millionen DM auch ihre finanzpolitische Handlungsfähigkeit unter Beweis stellt, kann ich das als Mitglied einer der die Regierung tragenden Fraktionen verstehen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Es gefällt uns, wenn es stimmt!)

Wenn Sie zu einer ehrlichen, konstruktiven Kritik fähig sind, sollten Sie das einmal würdigen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wir gucken uns das am Ende des Jahres an! – Beifall bei der SPD)

– Herr Kubicki, Sie versuchen immer, mich durch Zwischenbemerkungen zu stören. Sie haben in einer Presseerklärung – vielleicht wollen Sie das heute auch tun – die Frage nach der **Verfassungsmäßigkeit des Verhaltens des Finanzministers** aufgeworfen. Sie haben gesagt, daß Sie dann, wenn wir dem, was Sie verlangen, heute nicht entsprechen, einen Gutachter beauftragen. Ich kann nur sagen: Sparen Sie sich das Geld. Ich will mir auch den Hinweis nicht ersparen: Sie haben mit Gutachten in der Vergangenheit wenig Glück gehabt, Herr Kollege Kubicki.

(Beifall des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD] – Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Herr Neugebauer!)

Wir weisen zurück, daß das Verhalten der Landesregierung nicht mit der Landeshaushaltsordnung vereinbar sei. Die Deckungslücke ist im laufenden Haus-

(Günter Neugebauer)

halt durch eine rechtzeitige, konsequente und nachvollziehbare Korrektur im Ausgabenbereich geschlossen worden. Die Landesregierung hat nach Art eines guten Kaufmanns rechtzeitig eine finanzpolitische Vorsorge betrieben.

Es bedarf doch auch nicht des Hinweises auf die **Landeshaushaltsordnung**, daß ein Nachtragshaushalt nur für Mehrausgaben, neue Stellen oder eine höhere Kreditermächtigung notwendig ist. Die Landesregierung hat als Beweis ihrer Sparbemühungen einen Vorschlag unterbreitet, der Einsparungen von fast 400 Millionen DM vorsieht.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Schauen wir mal!)

Wir wurden umfassend und frühzeitig informiert, zuletzt gestern.

Herr Kollege Stritzl, ich verhehle nicht, daß auch wir uns Gedanken über die Höhe der globalen Minderausgaben machen.

(Meinhard Füllner [CDU]: Endlich mal!)

Das kann doch gar nicht bestritten werden.

Ich kann mich noch gut an die Zeiten vor 1988 erinnern, als ich von dieser Stelle aus das Verhalten der damaligen Landesregierung, einer CDU-Landesregierung, mehrfach zu kritisieren hatte,

(Zuruf des Abgeordneten Thomas Stritzl [CDU])

weil Ihre damalige Landesregierung von Jahr zu Jahr mit dem Instrument der **globalen Minderausgabe** gearbeitet hat.

(Thomas Stritzl [CDU]: Aber in geringer Höhe!)

Wir sagen: Die globalen Minderausgaben müssen begrenzt werden.

(Thomas Stritzl [CDU]: Sagen Sie kurz eine Hausnummer!)

Wir erkennen an, daß die Landesregierung durch Überzeugungsarbeit in den Ressorts fast 74 Millionen DM globale Minderausgaben aufgelöst hat.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD])

– Danke schön, Kollege Rossmann!

(Heiterkeit bei der CDU)

Wir wollen neben der Anerkennung dieser Bemühungen an den Finanzminister die Bitte äußern, daß bis zu Beginn der Haushaltsberatungen 1997 der größte Teil der noch bestehenden globalen Minderausgaben aufgelöst wird. Das müßte möglich sein.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Er kriegt noch welche oben draufgesetzt!)

Nach all dem, was ich hier vorgetragen habe, sehe ich – angesichts der Zeit will ich mich zurückhalten –, keinen Anlaß, Ihrem Antrag nachzukommen. Ihr Antrag mag von der Oppositionsrolle aus gesehen verständlich sein. Er ist zulässig.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Er ist zulässig! – Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Hat er gesagt! – Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Vielen Dank!)

Aber er ist unbegründet. Er ist wegen des Verhaltens gegenüber der in einer dramatischen Finanzsituation stehenden Bundesregierung so lange unehrlich, solange Sie nicht den Mut haben, gemeinsam in Bonn vorstellig zu werden, damit Waigel endlich einen Nachtragshaushalt vorlegt.

Die Forderung von F.D.P. und CDU unterschlägt, daß der Finanzminister in diesem Jahr eine erfolgreiche Haushaltsbewirtschaftung betrieben hat, die – das darf man wohl sagen – in allen anderen Bundesländern in Deutschland ihresgleichen sucht.

(Beifall bei der SPD – Dr. Ottfried Hennig [CDU] und Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das kann man wohl sagen!)

Der Haushalt 1996 steigt trotz eines Wahlkampfes und der Begründung einer neuen Regierungskoalition nicht – wie es überall anders in Deutschland der Fall gewesen ist –, sondern ist um 1,1 % gesunken. Das ist eine große Leistung, der auch Sie Beifall zollen sollten.

(Zuruf der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

Ihr Antrag ist nichts anderes als purer Aktionismus. Dafür haben wir kein Geld. Dafür haben wir keine Zeit. Deshalb lehnen wir Ihren Antrag ab.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat die Frau Abgeordnete Heinold.

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! CDU und F.D.P. fordern einen Nachtragshaushalt. Wären die Bündnisgrünen in der Opposition, würden Sie heute unter Umständen das gleiche tun.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Allerdings: Kommunalpolitisch geschult, legten wir diesen Antrag sehr viel präziser vor, als die Oppositionsparteien des Landtages dies heute machen.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

Die Forderung nach einem Nachtragshaushalt muß mit inhaltlichen Forderungen verbunden werden, seien es Sparvorschläge oder zusätzliche Forderungen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Aber erst in den Haushaltsberatungen!)

Ohne diese zusätzliche inhaltliche Füllung ist Ihre Forderung nur der populistische Versuch, SPD und Grünen finanzpolitische Unseriosität zu unterstellen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Wenn Sie der Regierung unterstellen, im geheimen Kämmerlein und ohne die Beteiligung des Parlamentes Haushaltspolitik zu betreiben, übersehen Sie, daß der Landeshaushalt die Regierung geradezu dazu auffordert, die Mittel in dem vom Parlament vorgegebenen Rahmen zu vergeben. Das ist Landespolitik.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Das tut sie doch nicht! – Thomas Stritzl [CDU]: Vorgegebenen Rahmen!)

Daß die **Abwicklung des aktuellen Landeshaushaltes** schwierig und politisch brisant ist, hat natürlich mit der Abhängigkeit Schleswig-Holsteins von der Wirtschafts- und Finanzpolitik der Bundesregierung zu tun.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Wie mit dem Regenbogen!)

Das wurde hier schon gesagt. Die Bonner Politik geht nämlich eindeutig zu Lasten der Länder und der Kommunen. Sie stellt die souveränste Haushaltspolitikerin und den souveränsten Minister tagtäglich vor neue Aufgaben.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Die brennenden Fragen, wie das **Finanzloch** der Einsparkorridore in den einzelnen Ministerien gestopft wird, kann nicht pauschal beantwortet werden. Dem Finanzausschuß wurden deshalb gestern erste Zahlen vorgelegt. Finanzminister und Fachministerinnen und Fachminister stehen in ständiger Kommunikation, um zu gewährleisten, daß globale Minderausgaben politisch verantwortbar umgesetzt werden.

Der Koalitionsvertrag, den Sie alle sehr genau gelesen haben – ich hoffe, Sie alle haben dabei viel gelernt –,

(Heiterkeit bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

und der Haushalt 1996 sind für alle Ministerien natürlich die Ausgangslage, um mit den festgesetzten globalen Minderausgaben den schwierigen Weg – das will ich hier nicht verschweigen – des politisch Gewollten und des finanzpolitisch Machbaren zu gehen.

Vergleichbar ist das mit dem Vorgehen bei der von allen Fraktionen geforderten und vom Landesrechnungshof begrüßten Verwaltungsstrukturreform. Wir machen die politischen Vorgaben – hier den Koalitionsvertrag –,

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Ach so geht das jetzt!)

und wir setzen den Finanzrahmen – Haushalt 1996 und globale Minderausgaben.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Das nennt sich Haushaltsumsetzung!)

Ministerien und Landesverwaltung setzen unsere Vorgaben um, wir kontrollieren dies in den Ausschüssen – das haben wir gerade gestern getan –, und dann steuern wir noch einmal gegen; im Ausschuß haben Sie die Chance, mit uns Argumente auszutauschen. Wir werden etwas verändern, wenn es politisch notwendig ist.

Das Problem, das die Opposition hierbei natürlich hat, ist, daß die Wählerinnen und Wähler nicht Ihnen, sondern uns die Stimmenmehrheit gegeben haben.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Nicht mehr lange!)

Dadurch können Sie nur zusehen, Sie können kritisieren, Sie können anmerken, aber die aktive Gestaltung innerhalb des finanziellen Spielraumes wird von Rot-Grün vorgenommen.

(Reinhard Sager [CDU]: Und warum verzichten Sie dann darauf?)

Nun taucht immer wieder – auch heute hier – die Frage auf, was mit all unseren grünen inhaltlichen Forderungen geschieht, welche im Koalitionsvertrag festgeschrieben worden sind.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Und welche Antwort kriegen wir jetzt?)

Hier ist die Antwort ganz pragmatisch:

(Lachen der Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.] und Dr. Ottfried Hennig [CDU])

Bündnisgrüne Finanzpolitik ist keine Politik des wahllosen Geldverteilens.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sauber!)

Eine **solide Finanzpolitik** muß gründlich vorbereitet werden. Das mag für Sie neu sein, aber das ist so.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb haben wir auf Projekte 1996 verzichtet. Wir nehmen uns ein halbes Jahr Zeit, um gemeinsam mit der SPD einen Haushalt für 1997 auf die Beine zu stellen, der finanzpolitisch solide ist, der vor allem sozialpolitisch verantwortbar ist – im Gegensatz zu dem, was in Bonn geschieht –, der ökologisch vorbildlich ist und der gerade deshalb ökonomisch sinnvoll ist.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Lieber beginnen wir mit einzelnen Projekten erst 1997, haben sie dafür aber inhaltlich optimal und finanziell solide ausgestattet.

Für die Opposition wird es früh genug die Möglichkeit geben, anhand des Haushaltes 1997 rot-grüne finanzpolitische Unverantwortlichkeit aufzuzeigen.

(Monika Heinold)

Das werden Sie versuchen. Wir werden Ihnen immer wieder die Debatte von heute morgen um ernsthafte Sparversuche, die Sie dann boykottieren, vorhalten. Ich fände es allerdings ganz schlimm, wenn Sie plakativ die Spardebatte immer wieder an dem geplanten Referat für Schwulen- und Lesbenpolitik festmachten. Das ist heute morgen zum Glück von meinem Kollegen Matthiessen sehr deutlich zurückgewiesen worden. Ich möchte Sie wirklich bitten, diese Debatte hier zu beenden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Wer von sozial Schwachen, von Kinderreichen, von Arbeitslosen ein Opfer nach dem anderen verlangt, wer die unglaubliche Konzentration von Vermögen durch die Streichung der **Vermögensteuer** potenzieren will,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Die ist gestrichen!)

wer den Ländern durch Steueränderung 11,5 Milliarden DM aus den schon leeren Taschen ziehen will, der macht sich lächerlich, wenn er sich hier als Robin Hood einer soliden Finanzpolitik darstellt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Sie sind nicht Retter der enterbten Parlamentarierinnen und Parlamentarier, liebe Opposition, wie Sie es im Ausschuß dargestellt haben, denen das Königsrecht des Parlaments verlorengegangen ist,

(Zurufe)

sondern sind Anwalt der Erbenden und Vermögenden, und Sie zwingen so Schleswig-Holstein, einen Sparkurs einzuleiten, der in vielen Bereichen die Schmerzgrenze des Verantwortbaren überschritten hat.

Immer wieder wird behauptet, daß alle unter der wirtschaftlichen Flaute litten. Das ist falsch, und es gehört in die Debatte, das deutlich zu machen. Diejenigen, die genug Geld haben, um es gegen teure Zinsen zu verleihen, die gehören zu den Gewinnerinnen und Gewinnern und zu der rasch ansteigenden Zahl der **Millionäre**. Anhand von Statistiken können Sie nachlesen, daß zur Zeit die Sozialhilfeempfängerinnen, Sozialhilfeempfänger und Millionäre diejenige Gruppe sind, deren Zahl ansteigt.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Es widerspricht allerdings der Programmatik von CDU und F.D.P., das einmal offensiv zu thematisieren. Undurchschaubare und undurchsichtige Subventionen – ich erinnere an die gestrige Diskussion über den Transrapid – und ein Einkommensteuergesetz, welches nachweisbar zur Steuervermeidung prädestiniert ist, werden von Ihnen genauso hingenommen wie die Belastung der kommenden Generationen durch die zu erwartenden Pensionslasten der Beamtinnen und Beamten.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das stimmt gar nicht! Wir wollen das alles ändern!)

Mit Rücksicht auf organisierte Interessen wagen Sie es nicht, am **Berufsbeamtentum** zu rütteln. Die CDU hier in Schleswig-Holstein hat gerade wieder zur Befriedigung heutiger Bedürfnisse in die Debatte eingebracht, daß sie keine Angestellten, sondern Beamtinnen und Beamte beschäftigen will.

(Zuruf von der F.DP.)

Wer soll das bezahlen, wer hat soviel Geld? – Diese Frage werden sich später Landtagsabgeordnete stellen, so wie wir heute auch noch unter den Schulden der CDU-Alleinregierung in Schleswig-Holstein lange leiden werden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD – Lachen bei der CDU – Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Frau Abgeordnete Heinold, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Lehnert?

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja.

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Bitte sehr, Herr Abgeordneter.

Peter Lehnert [CDU]: Frau Kollegin, haben Sie zu den eben ausgeführten Kosten bezüglich Angestellten- und Beamtenstellen einmal die Bemerkungen des Landesrechnungshofs 1996 gelesen?

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ich kenne das Buch, aber ich kenne auch alle möglichen Stellungnahmen zu dem Thema. Ich bin dafür, heute die realen Kosten in Haushalten aufzuzeigen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Sie sprachen doch von Wahrheit und Klarheit in der Haushaltspolitik.

Die Sorge um die Staatsfinanzen packt CDU und F.D.P. immer erst, wenn nicht für klassische konservative Programmatik gezahlt wird, sondern wenn die Sozialdemokraten oder – schlimmer noch – SPD und Grüne versuchen, eigene Akzente zu setzen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wo denn? – Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Das tun sie ja gerade nicht!)

(Monika Heinold)

Die konservative Haushaltspolitik in Bonn ist ein einziges Risiko für Länder, Kommunen und Bürgerinnen und Bürger. Die Forderung nach einem Nachtragshaushalt ist schon deshalb unsinnig, weil wir vor neuen Überraschungen und vor neuen Zahlen aus Bonn nicht gefeit sind und dem Haushalt nicht permanent durch Nachträge etwas nachtragen können.

Bündnisgrüne Finanzpolitikerinnen und -politiker stellen sich im Gegensatz zu den konservativen Finanzpolitikerinnen und -politikern immer wieder die Frage, wo eigene Konzepte sinnvoll greifen und wo die ursprüngliche Programmatik verändert oder auch neu durchdacht werden muß.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Dann gebt doch einmal eine Antwort darauf!)

Das Zusammengehen grüner Wachstumskritik mit bündnisgrünen Forderungen im Sozialbereich war und ist nicht immer gegeben. Das sage ich hier ehrlich und offen, weil ich gerade auch ein neues Nachdenken im Bereich der Finanzpolitik initiieren möchte. Wollen wir ein stagnierendes Wachstum, über das wir als Grüne immer wieder diskutieren, um Umweltverbrauch und Umweltverschmutzung nicht eskalieren zu lassen, müssen wir auch über eine Finanzpolitik nachdenken, die nicht nur am Zuwachs orientiert ist. Nachhaltigkeit im Umweltverbrauch und **nachhaltige Finanzpolitik** gehören zusammen. Umwelt- und sozialpolitisches Wirtschaften auf Kosten des Handlungsspielraums zukünftiger Generationen kann nicht Ziel grüner Politik sein. Ich sage das auch gerade als Politikerin unter 40 Jahren, und ich weiß, daß natürlich auch auf Bundesebene die jungen Politikerinnen und Politiker versuchen, dieses Thema ein Stück anders zu diskutieren als die Politikerinnen und Politiker, die schon länger dabei sind.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Aber, meine Damen und Herren von der Opposition – das sage ich hier auch ganz deutlich –, auf die finanzpolitischen Konzepte der Konservativen zu bauen, hieße, Fleisch von britischen Rindern zu essen.

(Lachen bei CDU und F.D.P.)

Deshalb werden sich die Bündnisgrünen auch als Regierungspartei in Schleswig-Holstein nicht nur an der mühsamen und mit Sicherheit oft unbefriedigenden Aufstellung von Haushalten beteiligen, sondern wir werden uns auf Bundesebene in die Diskussion um das Jahressteuergesetz, in die Diskussion um die Ländersparvorschläge, in die Forderung nach einer ökologischen Steuerreform, die Energie verteuert und arbeitskraftintensive Betriebe bevorzugt, und in die Diskussion um eine zukunftsorientierte Finanzpolitik, die nicht auf der restlosen Zerstörung unserer Umwelt beruht, einmischen. Darin unterscheiden wir uns allerdings sehr deutlich von der CDU und von der F.D.P. Bei aller Verbundenheit mit der SPD, denke ich, daß die SPD dort auch noch Diskussionsbedarf hat.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Vor allem Lernbedarf!)

Ein Großteil der Verantwortung für die Ausgestaltung des Haushalts 1996 hier in Schleswig-Holstein liegt nun bei unseren Ministerinnen und Ministern, und die Bündnisgrünen wünschen nicht nur ihrer eigenen Ministerin und ihrem eigenen Minister eine glückliche Hand dabei, sondern wir fordern auch die Ministerinnen und Minister der SPD auf, grüne und rote Politikansätze gleichwertig zu berücksichtigen. Eine Koalition lebt von der gegenseitigen Achtung. Grüne müssen sich auch nach den vorgenommenen Einsparungen im Regierungshandeln wiederfinden. Aber ich bin sicher, daß wir das als Regierungsparteien gemeinsam schaffen werden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Kubicki.

Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die F.D.P.-Landtagsfraktion unterstützt das Begehren der CDU, die Landesregierung zur Vorlage eines Nachtragshaushalts für das Jahr 1996 aufzufordern.

(Beifall des Abgeordneten Thomas Stritzl [CDU])

– Kollege Stritzl, ich bedanke mich; ich habe ja auch gern meine Unterschrift geleistet.

Das **Budgetrecht** ist eines der zentralen Elemente einer parlamentarischen Demokratie. Hier beweist sich, was der jeweiligen Regierung an politischem Gestaltungswillen zuerkannt werden soll. Deshalb ist es schon aus grundsätzlichen Erwägungen heraus nötig – Kollege Neugebauer, darin wenigstens unterscheiden wir uns wohl nicht –, einen Nachtragshaushalt zu fordern, wenn eine Landesregierung – wie hier gegeben; gleich, aus welchem Grund – gezwungen ist, die Etatansätze eines laufenden Haushalts jedenfalls in dieser Größenordnung zu ändern. Das Parlament, nicht die Regierung entscheidet darüber, in welchen Bereichen Mittel zur Verfügung gestellt und in welchen Bereichen Mittel gestrichen werden sollen. Das Parlament entscheidet nach einer Debatte darüber, wie die politische Prioritätensetzung aussieht und wie sie zu erfolgen hat.

Robert Leicht hat in der „Zeit" nach der Lektüre des Koalitionsvertrages von Rot-Grün bereits erklärt, es finde dadurch, daß in dem **Koalitionsvertrag** viele Einzelheiten bis ins kleinste geregelt seien, eine Entdemokratisierung statt,

(Ute Erdsiek-Rave [SPD]: Das fällt ihm nach so vielen Jahren, in denen es Koalitionen in der

(Wolfgang Kubicki)

> Republik gibt, aber sehr spät ein! – Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie werden das schon ertragen!)

da Gremien, die hierzu nicht legitimiert seien, Regierungs- und vor allen Dingen Parlamentshandeln in einer kaum erträglichen und jedenfalls nicht von der Verfassung gedeckten Weise festlegten.

Ich sage hierzu: Das geschieht in einem Umfang, wie es bisher jedenfalls in der Geschichte dieser Republik so noch nicht vorgekommen ist.

Frau Berger hat in der Ausgabe der „Zeit" von heute noch einmal darauf hingewiesen, daß der rot-grüne Koalitionsvertrag die Verwaltung gewisser Weise an die Kette lege, um damit die Landesverwaltung zu Vollstreckungsangestellten zu machen.

> (Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Primat der Politik und nicht der Verwaltung!)

Sie hat wörtlich ausgeführt:

> „Politik wird hier als Administration von detaillierten Forderungen verstanden beziehungsweise von Einzelinteressen von Parteien und nicht als Prozeß der Erreichung von Zielen einer Regierung."

> (Zurufe von der CDU: Hört, hört!)

Wir können nicht verstehen – Frau Kollegin Fröhlich, vielleicht gibt es dazu einmal eine Aussage, die das einigermaßen nachvollziehbar erscheinen läßt –, und es ist in der Parlamentsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland wohl einmalig, daß mit Beginn einer neuen Legislaturperiode in einem laufenden Haushaltsjahr bei einer Veränderung der Regierungspolitik eben diese Veränderungen nicht auch in einem **Nachtragshaushalt** ihren Niederschlag finden.

> (Zurufe von der CDU: Hört, hört! – Zuruf von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das mag den sozialdemokratischen Teil der Regierung befriedigen, der etatmäßig unverändert weiterwirtschaften kann wie bisher. Für einen neuen, auf die Setzung eigener Gestaltungsspielräume ausgerichteten Partner ist dies jedoch mehr als ungewöhnlich.

> (Zuruf der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

– Ich verstehe, daß Sie Ihrem Parteitag, der am Wochenende stattfinden wird, erklären müssen, wo denn die Umsetzung der vielen wunderschönen grünen Forderungen bleibt, und ich verstehe auch, daß Sie denen sagen werden, das werde alles 1997 kommen, damit Sie ein bißchen Ruhe in Ihren Laden hineinbekommen. Dann werden wir uns einmal anschauen, was bei den Etatberatungen 1997 stattfinden wird, nachdem der Bundeskanzler und die Ministerpräsidenten mit ihren Streichlisten fertig sein werden. Ich sehe ja schon, wie die Sozialdemokraten jetzt alle massenhaft am 15. Juni nach Bonn marschieren werden, dort gegen den sozialpolitischen Kahlschlag der Bundesregierung polemisieren und anschließend eine Woche später die Hälfte dieser Vorschläge in ihren eigenen Landeshaushalten umsetzen werden.

> (Beifall bei F.D.P. und CDU)

Das ist es übrigens, Kollege Neugebauer, was Ihnen die Wählerinnen und Wähler mittlerweile nicht mehr abnehmen, was zu mehr Heuchelei führt, was zur Abwendung der Jugend von der SPD führt und was Leute wie Peter Glotz dazu veranlaßt, diesen Laden zu verlassen und lieber weiter Bücher zu schreiben.

> (Beifall bei F.D.P. und CDU – Zuruf des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

Daß die neue Regierung etatmäßig gar nicht ordentlich veranschlagt ist – Kollege Stritzl hat darauf hingewiesen; man muß es jetzt wirklich überall erzählen –, kann man daran sehen, daß zum Beispiel der Staatssekretär im Finanz- und Energieministerium, Wilfried Voigt, auf einer Abteilungsleiterstelle sitzt, besoldungsmäßig angehoben, so daß die Erklärung jedenfalls planstellenmäßig nicht falsch ist, Wilfried Voigt sei nicht mehr als ein Abteilungsleiter mit der Besoldung eines Staatssekretärs. Daß die Grünen Angst haben, ihrer Wählerklientel deutlich machen zu müssen, mangels finanzieller Masse im Landeshaushalt sei eine Politikgestaltung nach ihren Vorstellungen gar nicht möglich, kann das Parlament insgesamt nicht daran hindern, die politische Diskussion über die Prioritäten zu führen.

> (Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Posten und Etiketten sind uns eben nicht so wichtig wie der F.D.P.!)

– Politische Gestaltung, Frau Fröhlich, ist Ihnen offensichtlich nicht so wichtig wie anderen politischen Parteien,

> (Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Da machen Sie sich mal keine Sorgen!)

weil Sie es vorziehen, in der Eine-Welt-Politik große Deklamationen abzufeiern. Wenn es aber darum geht, etwas konkret umzusetzen, dann kneifen Sie im Zweifelsfall.

> (Beifall bei F.D.P. und CDU)

Ich finde es schon bemerkenswert, daß mittlerweile von Sozialdemokraten kolportiert wird – also nicht von der CDU oder von der F.D.P.! –, wie überrascht man sei, wie gefügsam und bereitwillig die Grünen alles mitmachen würden, was man so in der Regierungspolitik vorantreiben wolle.

> (Zuruf von der SPD: Quatsch! – Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das von der F.D.P. zu hören, die in Bonn seit Jahren nach der Pfeife der CDU/CSU tanzt, ist schon interessant!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Landesregierung hat auf Bitten der F.D.P. dem Finanzausschuß –

(Wolfgang Kubicki)

– Frau Fröhlich, wir wissen doch seit einiger Zeit, daß es Wackelpudding nur noch grün gibt, daß Sie mit dem Etikett, die F.D.P. sei eine Umfallerpartei, gar nicht mehr wirken können, denn so viel können wir gar nicht rotieren, wie Sie sich in der Zwischenzeit bewegt haben.

(Heiterkeit und Beifall bei F.D.P. und CDU)

Die Landesregierung hat auf Bitten der F.D.P. dem Finanzausschuß des Schleswig-Holsteinischen Landtages eine Liste vorgelegt, aus der sich ergibt beziehungsweise ergeben soll, in welchen Einzeletats welche **globalen Minderausgaben** zu erwirtschaften sind. Von den insgesamt ausgewiesenen 173 Millionen DM sind bis heute 73 Millionen DM aufgelöst worden, mehr als 100 Millionen DM müssen noch im zweiten Halbjahr 1996 erwirtschaftet werden.

Da werden im Innenministerium Investitionen zurückgefahren, Leistungsentgelte an die Datenzentrale gekürzt, Beiträge für die Bürgerkriegsflüchtlinge in Höhe von 3 Millionen DM einfach gesperrt und bei der Polizei etliche Verwaltungsausgaben in Höhe von 2,1 Millionen DM ebenfalls nicht getätigt. Trotzdem verbleiben bei einem Einsparvolumen von bisher 11,8 Millionen DM im Haushalt des Innenministers noch weitere 9,4 Millionen DM, die selbstverständlich auch den Polizeihaushalt betreffen und dabei erneut die Fragen der Gewährleistung der inneren Sicherheit in den Vordergrund drängen.

Will sich dieses Parlament eigentlich die Entscheidungsbefugnis darüber nehmen lassen, welche der zu tätigenden Aufgaben welchen Stellenwert haben? – Da werden beim Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr nach einer bereits erfolgten Kürzung der Mittel für Forschung, Entwicklung und Innovation weitere globale Einsparungen ausgebracht, die Innovationsfähigkeit und Technikfreundlichkeit in der konkreten Umsetzung gefährden können, von denen die Landesregierung so gern spricht. Und das Parlament soll hierüber nicht entscheiden dürfen!

Da werden im Bereich des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur weitere Kürzungen in Höhe von 7 Millionen DM ausgebracht, von denen trotz erheblicher Einsparungsbemühungen mehr als 2 Millionen DM noch erwirtschaftet werden müssen und die natürlich den Bildungsbereich in erheblicher Weise betreffen. Aus dem alten Bereich der Schulen – nicht der Schwulen! – sind noch mehr als 3,7 Millionen DM zu erwirtschaften. Auch hier erhält das Parlament kein Mitspracherecht über die Frage der Prioritätensetzung!

Die Liste ließe sich beliebig verlängern, und es gibt keinen Anlaß dafür, daß das schleswig-holsteinische Landesparlament sich an der mittlerweile schlechten Übung beteiligt – das sage ich auch im Blick auf Bonn; da sind wir, Kollege Neugebauer, einer Meinung; ich schreibe mit Ihnen gemeinsam sofort einen Brief an Theo Waigel, daß wir erwarten, daß sein Nachtragshaushalt vorgelegt wird –, Konflikten in den Haushaltsberatungen dadurch auszuweichen, daß die Regierung klammheimlich, möglicherweise getragen von den Regierungsfraktionen, innerhalb der ausgebrachten Haushaltsmittel Mittel verschiebt, wie es ihr gerade paßt.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Müßten wir Nachtragshaushaltsberatungen führen – sie wären ja bis August/September dieses Jahres abzuschließen, so daß der Haushalt bis Jahresende ordnungsgemäß geführt werden könnte –, würden wir im schleswig-holsteinischen Parlament möglicherweise gleiches erleben, wie es die rot-grüne Koalition bei den gegenwärtigen Beratungen in Hessen vorführt. Dort – so habe ich gestern und heute gelesen – sind sich die Koalitionsfraktionen Rot-Grün derart in die Haare geraten, daß die Verabschiedung des Nachtragshaushalts zunächst einmal vertagt wurde und der Ministerpräsident über den Finanzminister eine allgemeine Haushaltssperre verfügt hat.

Wir würden möglicherweise das erleben, was sich gegenwärtig bei Rot-Grün in Nordrhein-Westfalen abspielt, wo angesichts der Haushaltsvorberatungen zum Landeshaushalt 1997 ebenfalls erhebliche Konflikte über die Prioritäten des Mitteleinsatzes zwischen den Koalitionsfraktionen von Rot und Grün ausgebrochen sind.

Aber ich sage noch einmal: Weder die Furcht dieser Regierungsfraktionen von Rot und Grün vor öffentlichen Auseinandersetzungen noch das Eingeständnis der Grünen, sie seien in der Finanzwirtschaft noch nicht so weit, um es mit der SPD aufnehmen zu können

(Zuruf der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

oder im Landtag eine ordentliche Haushaltsberatung mitmachen zu können, rechtfertigt eine **Ausschaltung des Parlaments** als Haushaltsgesetzgeber.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das hat niemand gesagt! Sie müssen zuhören, Herr Kubicki!)

– Frau Fröhlich, ich lese ja auch das, was der Sprecher – ich glaube, so heißt der – Ihrer Partei von sich gibt; er hat erklärt, man müsse sich erst einmal ganz ordentlich vorbereiten und werde deshalb für die Haushaltsberatungen 1997 extra eine Fachgruppe einrichten, die entsprechende begleitende Beratungen für die Fraktion mit unterstützen werde.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist doch toll! Dagegen ist doch nichts einzuwenden!)

Wir bitten Sie deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen, dem Antrag von CDU und F.D.P. zuzustimmen und die Landesregierung aufzufordern, unverzüglich einen Nachtragshaushalt vorzulegen, in dem die globalen Minderausgaben titelmäßig aufgelöst und erwirtschaftet werden, und anschließend mit uns ge-

(Wolfgang Kubicki)

meinsam die Debatte über die politische Prioritätensetzung zu beginnen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Eigentlich dachte ich ja, daß es hier um den Antrag zum Nachtragshaushalt geht. Aber anscheinend geht es wieder einmal um die Koalitionsvereinbarung. Irgendwie habe ich das Gefühl, daß die Koalitionsvereinbarung zu einem Bestseller in diesem Land geworden ist.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf der Abgeordneten Ingrid Franzen [SPD] – Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Deswegen ist sie auch geheim!)

– Ich dachte, man könnte sie kaufen. Jedenfalls habe ich so etwas gehört.

Aber jetzt zum Thema! Der SSW hat den Haushalt 1996 mitgetragen. Dazu stehen wir. Wir haben für den Haushalt gestimmt, obwohl wir nicht in allen Haushaltsbereichen mit der Regierung einig waren. Nach guter dänischer parlamentarischer Tradition hat der SSW aber dem Haushalt in der zweiten Lesung zugestimmt.

Wenn jetzt ein Nachtragshaushalt gefordert wird, dann muß bedacht werden, daß schon im Herbst 1995 ungefähr 500 Millionen DM **Einnahmeausfälle** im Verhältnis zur ersten Steuerschätzung für 1996 zu verzeichnen waren. Diese Einnahmeausfälle wurden zum größten Teil durch Sparmaßnahmen ausgeglichen. Die Einsparung ging schon damals in vielen Bereichen bis an die Grenze des Erträglichen – so wurde es ja damals auch diskutiert. Einen Nachtragshaushalt, der für 1996 noch weitere schwerwiegende Einsparungen vornehmen soll, wie es der Finanzminister jetzt vorhat, lehnen wir ab. Wir sähen es lieber, wenn der Finanzminister erst einmal den Nettokreditrahmen voll ausschöpfte.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Macht er gerade! – Dr Ottfried Hennig [CDU]: Er ist schon erschöpft!)

Natürlich sind weitere Steuerausfälle ein großes Problem für den Landeshaushalt. Wir vertreten trotzdem die Auffassung, daß nicht mit zu starken Einsparungen auf diese neuen Haushaltslöcher reagiert werden darf. Trotz der aktuellen Finanzlage bescheinigen Experten der Landesregierung, daß die vorgelegte mittelfristige Finanzplanung des Landes ein Weg zur zukünftigen Haushaltskonsolidierung sei. So stand es neulich im „Flensburger Tageblatt".

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Welcher Experte war das?)

– Das war der Direktor der Forschungsabteilung Raumwirtschaft und Infrastruktur vom hiesigen Institut für Weltwirtschaft.

(Wortmeldung des Abgeordneten Thomas Stritzl [CDU])

– Jetzt bitte nicht, ich muß erst einmal mit meiner Rede weiterkommen.

Man darf bei der Bewertung von staatlichen Haushalten – und das gilt im Prinzip auch für den Landeshaushalt – nicht simple betriebswirtschaftliche Maßstäbe anlegen. Der Landeshaushalt kann nicht isoliert betrachtet werden. Vielmehr ist eine langfristige Beurteilung der volkswirtschaftlichen Effekte des Haushaltes angebracht.

(Beifall des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Sehr viel interessanter, Herr Kubicki, als die Höhe der Neuverschuldung oder die gesamte Landesverschuldung ist doch die Frage, wie die öffentliche Mittelverteilung langfristig auf Beschäftigung und wirtschaftliche Entwicklung wirkt.

(Beifall des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Ein Haushaltsunterschuß kann mittelfristig vernünftig sein, wenn die Gelder für zukunftweisende Aufgaben eingesetzt werden. Die Gratwanderung zwischen erneuten Sparmaßnahmen und aktiver Politikgestaltung wird für uns alle in Zukunft immer schwerer werden. Die Gretchenfrage ist doch: Wie will man in einer Zeit mit straffer Geldpolitik eine aktive Arbeitsmarktpolitik betreiben? Weiter ist zu fragen: Wie will man sich auf die EU-Währungsunion vorbereiten und gleichzeitig Arbeitsplätze schaffen? Solch ein Spagat kann einfach nicht gelingen.

Noch etwas möchte ich sagen: Wir sind uns sehr wohl der Kontrollfunktion des Parlamentes bewußt. Ich kann mir auch gut vorstellen, daß wir im Herbst nicht darum herumkommen werden, einen Nachtragshaushalt zu beschließen. Aber Sie wissen alle, daß dem SSW die Situation und die Zukunftsmöglichkeiten der Jugend und der **Bildung** hier im Lande besonders am Herzen liegen. Gerade Wissen und Ausbildung sind das größte Kapital, das wir hier im Land haben. Die Grundlage dieses Kapitals, die Schulen und Hochschulen, dürfen nicht weiter zerstört werden. In diesem Sinne möchte ich die Fragen über die Landesschulden und die Finanzpolitik diskutieren, und daran werden wir auch alle weiteren Forderungen nach einem Nachtragshaushalt messen.

(Beifall des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

So wird der SSW auch die kommenden Haushaltsberatungen für 1997 angehen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Hennig.

Dr. Ottfried Hennig [CDU]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nun haben wir uns alle bestätigt, daß das Haushaltsrecht das oberste, das vornehmste und das wichtigste Recht dieses Hauses ist. So weit, so gut. Dann müßte man natürlich auch die Schlußfolgerung daraus ziehen und sagen, daß, wenn das Parlament das höchste Organ der politischen Willensbildung ist, jeder, der das **Haushaltsrecht des Parlaments** beschneidet, in originäre Rechte der Volksvertretung eingreift. Das ist dann die logische Schlußfolgerung daraus.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Wir meinen, daß dies aber genau das ist, was wir zur Zeit erleben. Auch in einer schwierigen Finanzlage, auch bei Einnahmeausfällen oder zwangsläufigen Mehrausgaben dürfen die Grundsätze der Haushaltswahrheit und der Haushaltsklarheit nicht ausgehebelt werden. Deshalb ist ein geordneter Nachtragshaushalt das Gebot der Stunde. Wir fordern ihn, er ist haushaltsrechtlich und politisch zwingend.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Schauen wir uns einmal die Zahlen etwas genauer an, die hier mit Selbstzufriedenheit vertuscht werden sollen! Wenn eine dieser Zahlen falsch ist, wird Herr Möller, der nach mir spricht, sicherlich die Gelegenheit wahrnehmen, sie richtigzustellen. Gegenüber dem vom Landtag beschlossenen Haushalt fehlen in diesem Jahr in der Kasse 358 Millionen DM durch **Steuerausfälle**. Im Einzelplan 06 fehlen weitere 20 Millionen, und für Personalmehrausgaben für Lehrer brauchen wir noch einmal 15 Millionen DM. Hinzuzählen müssen wir eine Deckungslücke von 82,3 Millionen DM, die aus dem Haushalt 1995 verblieben ist. Damit sind wir bei einem Haushaltsloch von insgesamt 475,3 Millionen DM angelangt – wahrlich kein Pappenstiel! Da kann man sich nicht länger hindurchwursteln.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Sie verkaufen Ihre Maßnahmen als Sparpolitik. Tatsächlich haben Sie noch gar keine vernünftigen Sparbeschlüsse zustande gebracht. Denn 172 Millionen DM – das ist mehr als ein Drittel des Haushaltslochs – holen Sie aus neuen Schulden. Das ist eine fabelhafte Sparanstrengung! Nachdem Sie schon im vergangenen Jahr eine **Neuverschuldung** in Rekordhöhe von 1,6 Milliarden DM zu verantworten hatten, treiben Sie sie jetzt erneut auf 1,25 Milliarden DM hoch.

(Peter Zahn [SPD]: 1,26 Milliarden DM!)

– 1,26 Milliarden DM, einverstanden.

Das hat aber doch nun wirklich nichts mit Sparen zu tun. Eine Deckungslücke von 82,3 Millionen DM aus 1995 verschieben Sie auf 1997 – das ist eine Tatsache –, obwohl Sie wissen, daß dann auch nicht mehr Geld zu verteilen ist. Sie vertagen die Probleme, und genau das ist keine Sparpolitik. 31 Millionen DM erhalten Sie nachträglich aus dem Länderfinanzausgleich – auch keine Sparpolitik! 65 Millionen DM ziehen Sie aus Personalmitteln, die für Tariferhöhungen gedacht waren, aber gleichzeitig polemisieren Sozialdemokraten gegen die von Bundesinnenminister Kanther vorgeschlagene Nullrunde im öffentlichen Dienst. Auch das paßt doch nicht zusammen!

(Beifall bei CDU und F.D.P. – Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Unglaublich!)

16 Millionen DM wollen Sie durch weniger Zinsausgaben decken. – Aber auch das sind keine Sparbeschlüsse, denn geringere Zinsen beeinflussen doch nicht Sie!

Der Verzicht auf Freigabe von Ausgaberesten in Höhe von 52 Millionen DM heißt doch nichts anderes, als daß diese Gelder aus dem vergangenen Jahr übriggeblieben sind, weil sie nicht benötigt wurden. Daß sie jetzt im neuen Jahr nicht ausgegeben werden, ist ebenfalls keine Sparpolitik, sondern angesichts der heutigen Haushaltslage eine Selbstverständlichkeit. 57 Millionen DM müssen durch zusätzliche globale Minderausgaben in allen Einzelplänen noch erwirtschaftet werden. Schon im Haushalt stehen **globale Minderausgaben** in einer Gesamthöhe von 116,7 Millionen DM, die Sie auf 173,7 Millionen DM erhöhen. Über 173 Millionen DM globale Minderausgaben – das hat doch nichts mehr mit Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit zu tun!

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Da lohnt schon ein Blick in den Umdruck, den Sie gestern – in letzter Minute vor unserer heutigen Debatte – dem Finanzausschuß vorgelegt haben, der Angaben zur angeblichen Erwirtschaftung der globalen Minderausgaben enthält. 100 Millionen DM bleiben auch in diesem Umdruck ungeklärt.

(Zuruf von der SPD: Das stimmt doch nicht!)

Geklärt wird aber, daß Sie zum Beispiel 5,2 Millionen DM zusätzlich aus Grundstücksverkäufen zum Stopfen von Haushaltslöchern nutzen. Das ist eher aktive Vermögensvernichtung des Landes.

Geklärt wird auch, daß Sie in diesem Jahr 2 Millionen DM für den **Um- und Ausbau von Landesstraßen** nicht haben werden, die fehlen.

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

– Sehr richtig; das kam genau an der richtigen Stelle. Der rot-grüne Umbau hat nämlich an dieser Stelle begonnen.

Geklärt wird auch, daß die Landesregierung ernst macht mit dem Aushungern der **Landwirtschaftskammer**, deren Zuschüsse um mehr als 3,4 Millionen DM gekürzt werden, und geklärt wird auch, wie ernst

(Dr. Ottfried Hennig)

die sozialen Bekenntnisse der SPD vom heutigen Vormittag zu nehmen sind. 4 Millionen DM – das sind mehr als ein Viertel des Gesamtbetrages, den das Land für besondere soziale Maßnahmen an die **Wohlfahrtsverbände** gibt – werden gestrichen. Ihre praktische Politik steht damit im krassen Widerspruch zu Ihren sozialen Ansprüchen, und diese Politik ist zutiefst unglaubwürdig.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Meine Damen und Herren, was vergibt sich eigentlich eine Landesregierung, wenn sie zum Landtag geht und sagt: So ist die Lage, 475 Millionen DM fehlen in der Kasse; laßt uns gemeinsam einen Nachtragshaushalt beschließen, wie wir dieses Problem lösen! Was vergibt sich die Landesregierung mit einer solchen Verhaltensweise? – Sie würde sich überhaupt nichts vergeben; im Gegenteil, sie könnte Vertrauen in eine Haushaltswirtschaft zurückgewinnen, das Sie längst verspielt haben. Das wäre die Konsequenz daraus.

(Beifall bei CDU und F.D.P. – Präsident Heinz-Werner Arens übernimmt den Vorsitz)

Ein **Nachtragshaushalt** mit klaren, nachvollziehbaren **Sparbeschlüssen** wäre auch deshalb sinnvoll, weil nicht nur auf Bundesebene, sondern – wie Sie doch nun in diesen Tagen mit besonderer Dramatik ganz genau selbst studieren konnten, Herr Kollege Möller – in allen Ländern die Notwendigkeit zu Strukturveränderungen zwingend gegeben ist, wenn die öffentlichen Haushalte und unsere Sozialversicherungssysteme nicht in absehbarer Zeit Schiffbruch erleiden sollen.

Sie wissen dies selbst alles ganz genau, sonst hätte doch auch nicht die Vorsitzende der Ministerpräsidentenkonferenz Simonis den Vorsitzenden der Finanzministerkonferenz Möller beauftragt, Sparvorschläge für 15 Milliarden DM auf Länderebene auszuarbeiten. So ist dies doch wohl abgelaufen. Sonst wäre doch auch nicht unter schleswig-holsteinischem Vorsitz auf Beamtenebene erst ein 38 Milliarden DM-Paket, dann ein hundertprozentig einvernehmlich festgelegtes 13,9 Milliarden DM-Paket zur Vorbereitung der Finanzministerkonferenz in der vergangenen Woche erstellt worden,

(Holger Astrup [SPD]: Er liest wirklich nur die Zeitung!)

ein Paket, das doch wohl kaum auf Beamtenebene unter schleswig-holsteinischem Vorsitz verabredet worden sein kann, ohne daß der Finanzminister davon Kenntnis hatte oder sein Einverständnis signalisiert hat. Das ist doch wohl kaum vorstellbar.

Herr Möller ist doch mit Optimismus zur **Finanzministerkonferenz** nach Merseburg gefahren, bis Oskar Lafontaine kam und die Finanzministerkonferenz zum Scheitern brachte – ein Paradebeispiel für parteipolitischen Mißbrauch von Föderalismus in diesem Lande, wie ich finde.

(Beifall bei CDU und F.D.P. – Holger Astrup [SPD]: Lachen bei der SPD!)

Vor der Ministerpräsidentenkonferenz klagt die SPD-Fraktionsvorsitzende, Frau Erdsiek-Rave,

(Ute Erdsiek-Rave [SPD]: Darauf habe ich schon gewartet!)

das Mitspracherecht ihrer Fraktion ein. Warum eigentlich – wenn ich dies einmal fragen darf – nur das Ihrer Fraktion und nicht das des gesamten Landtags als oberstes Organ der politischen Willensbildung?

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Ich finde, es wird höchste Zeit, daß diese Verirrungen sozialdemokratischer Entscheidungszirkel aufgelöst werden.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Nun haben wir in diesen Tagen wieder erlebt – wir haben ja auch heute einen neuen Geburtstagshöhepunkt des Kollegen Neugebauer erlebt; das ist wieder ungeheuer eindrucksvoll gewesen –, wie vom Finanzminister und von Ihnen Schelte auf Bonn und die Bundesregierung zum Politikersatz gemacht wird.

(Zuruf von der CDU: So ist das!)

Ich dachte, das wäre nun nach dem 24. März zumindest ein bißchen zurückgestellt worden.

Sicherlich ist es wichtig und richtig, daß sich die Bundesländer gegen ungerechtfertigte Belastungen zur Wehr setzen. Aber was ist denn ungerechtfertigt?

Wenn Sie die **Vermögensteuer** in den Mittelpunkt stellen, so belügen Sie das Volk, wenn Sie so tun, als wolle die Bundesregierung den Ländern diese Einnahmequelle rauben. Das ist doch nicht der Ablauf der Dinge. Wenn die Bundesregierung und der Bundestag überhaupt nichts tun, kein Gesetz und keinen einzigen Beschluß dazu fassen, dann ist die Vermögensteuer am Ende dieses Jahres ohnehin weg, meine Damen und Herren, weil das Verfasssungsgericht sie in dieser Form für verfassungswidrig erklärt hat. Das ist der wirkliche Grund für die Gesetzesänderung, den Sie jetzt verschweigen. Diesen Grund verschweigen Sie dabei.

(Beifall bei CDU und F.D.P. – Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Man kann sie ja festmachen, aber das wollen Sie eben nicht!)

Ihr Klagelied fällt insbesondere dann in sich zusammen, wenn wir uns die **Einnahmeentwicklungen** auf Bundes- und Länderseite im Vergleich ansehen, wie ihn die jüngste Steuerschätzung ausweist.

In diesem Jahr – ich habe ja dazu aufgefordert, mich zu korrigieren, wenn die Zahlen falsch sind – muß der **Bund** unbestreitbar einen Rückgang der Steuereinnahmen von 26 Milliarden DM verkraften, während

die **Länder** gemeinsam einen Einnahmezuwachs um 18,3 Milliarden DM verbuchen können. Das sind die korrekten Zahlen, meine Damen und Herren.

Hatte der Bund im vergangenen Jahr noch 52,8 Milliarden DM mehr an Einnahmen als alle Länder zusammen, so wird für 1998 erwartet, daß die Länder den Bund mit ihren Steuereinnahmen um 1,6 Milliarden DM überrunden werden. Das ist die Entwicklung.

Ich kann also nur sagen: Ihre Behauptungen sind schlichtweg falsch, wenn Sie ein Horrorbild zeichnen, der Bund wolle immer kräftiger auf Kosten der Länder zulangen. Das gibt diese Schätzung überhaupt nicht her. Die Zahlen belegen das Gegenteil.

Der Bund trägt die Hauptlast für die konjunkturelle Entwicklung, und der Bund verzichtet gleichzeitig auf Steuereinnahmen, weil Steuersenkungen das beste Konjunkturprogramm überhaupt sind, um den Betrieben wieder Luft für Investitionen und für neue Arbeitsplätze zu verschaffen. Das muß doch unser Ziel sein.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Das ist doch auch ganz offenkundig unser gemeinsames Ziel; deswegen sollte man dieses Schattenboxen auch ein Stück weit einstellen.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Genau! – Demonstrativer Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Darauf kommt es doch an, meine Damen und Herren, daß dieses Ziel der vermehrten Arbeitsplätze erreicht wird. Deswegen ist es so wichtig, daß diese richtige Politik auf Bundes- und auf Länderebene umgesetzt wird. Wir werden es ja erleben, daß genau dies geschehen wird, wenn Sie sich endlich zusammengerauft haben.

Auf die Koordinierung, auf die gemeinsame **Umsetzung der Programme** kommt es letztlich an. Einen Beitrag dazu können wir leisten, indem wir wirklich echte Sparpolitik betreiben,

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] – Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Genau!)

indem wir nicht neue rot-grüne Spielwiesen eröffnen und pflegen, liebe Kolleginnen und Kollegen,

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

sondern indem **Aufgabenkritik und Aufgabenabbau** in den Mittelpunkt der Haushaltspolitik gestellt werden, indem wir echte Sparbeschlüsse fassen, mit denen wir der dramatischen Haushaltsentwicklung Rechnung tragen.

Genau dafür brauchen wir einen Nachtragshaushalt. Er ist die einzige angemessene Reaktion auf das haushaltspolitische Chaos, das Sie in diesem Lande angerichtet haben.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort möchte ich zunächst dem Herrn Abgeordneten Hentschel geben. Danach erhält Herr Minister Möller das Wort.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Also, wissen Sie – –

(Holger Astrup [SPD]: Herr Präsident!)

Meine Damen und Herren! – Lieber Herr Präsident!

(Heiterkeit)

– Ich lerne es noch! – Herr Henning!

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Ohne „n"!)

– Das habe ich auch gesagt.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Sie wissen ja gar nicht, was Sie damit anrichten!)

Es gibt qualitative Politik und quantitative Politik. PVC-Ersatz durch umweltverträgliche Baustoffe kostet kein zusätzliches Geld, sondern bedeutet eine Gestaltung, wie das Geld ausgegeben wird. Neue Richtlinien für Beschaffungen und Gewerbepolitik kosten kein Geld, aber sie sorgen dafür, daß das Geld anders ausgegeben wird.

(Widerspruch bei CDU und F.D.P.)

Erlasse für Ausgleichsflächen zu ändern, kostet kein Geld, sondern ändert die Strukturen, nach denen Ausgleichsflächen ausgewiesen werden. Qualitative Politik muß nicht unbedingt zusätzliches Geld kosten, und es muß endlich Schluß damit sein, daß neue Politik grundsätzlich zusätzlich zur alten Politik gemacht wird. Vielmehr muß **neue Politik** mit den Mitteln der alten Politik gemacht werden, indem das Geld anders ausgegeben wird.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Ich habe den Eindruck, daß sich die Opposition furchtbar darüber ärgert, daß die Grünen jetzt nicht angekommen sind und zusätzlich Geld gefordert haben.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Nein, überhaupt nicht! Aber wir wollen wissen, wo Sie umschichten wollen!)

Wir haben festgestellt – jetzt komme ich zu den globalen Minderausgaben, über die Sie hier die ganze Zeit geredet haben –, daß von den **globalen Minderausgaben** noch 52 Millionen DM nicht aufgelöst und damit übriggeblieben sind; das sind 0,3 % des Haushalts. Ich finde es sinnvoll – auch im Sinne der

(Karl-Martin Hentschel)

Verwaltungsreform –, daß es bestimmte Spielräume in der Form von globalen Minderausgaben gibt, in deren Rahmen das Ministerium auch sagen kann: Okay, vielleicht spare ich an dieser Stelle ein statt dort, weil sich dies aus der aktuellen Entwicklung der Politik heraus als sinnvoll erweist.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Sie wollen einen **Nachtragshaushalt**. Ich kann das verstehen. Ich finde das auch sinnvoll. Ich würde es an Ihrer Stelle auch tun; das hat meine Kollegin schon gesagt. Aber dann frage ich Sie: Was wollen Sie ändern? In Ihrem Antrag steht nichts darüber. Haben Sie einen einzigen Kürzungsvorschlag,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Natürlich!)

haben Sie zusätzliche Anträge vorgelegt? In dem Antrag der CDU-Fraktion ist nicht ein einziger Vorschlag enthalten, wie Politik anders gemacht werden soll und was in einem solchen Nachtragshaushalt stehen soll.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sie kennen das Haushaltsgesetz nicht!)

Wenn Sie einen solchen Vorschlag hätten, würde ich sagen: Prima, dann diskutieren wir darüber, und dann können wir uns inhaltlich damit auseinandersetzen. Aber Sie kommen mit einem Antrag,

(Glocke des Präsidenten)

der nicht einen einzigen Vorschlag enthält.

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Kollege Hentschel, wenn die Glocke ertönt, habe ich das Wort.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja, Entschuldigung.

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich bitte um etwas mehr Aufmerksamkeit und Konzentration, weil unter anderem auch unseren Besuchern dort oben zuviel zugemutet wird.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Wenn Sie einen einzigen Vorschlag hätten, könnten wir darüber diskutieren. Aber einen Nachtragshaushalt zu fordern, ohne einen einzigen Vorschlag zu machen, ist für mich das Eingeständnis der geistigen Armut an dieser Stelle.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Minister Möller, Sie haben das Wort.

Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist natürlich das politische Recht der Opposition, einen **Nachtragshaushalt** zu fordern. Allerdings sollte man etwas vorsichtiger damit sein, Herr Kubicki, immer gleich die **Verfassung** zu bemühen. Ich glaube, es ist eindeutig, was die Verfassungskonformität des Vorgehens der Landesregierung angeht. Es gibt nur drei Tatbestände, die die Regierung verpflichten, einen Nachtragshaushalt aufzustellen: um Mehrausgaben oder Verpflichtungsermächtigungen zu erhöhen, neue Planstellen zu schaffen oder eine höhere Kreditermächtigung festzuschreiben.

Sie haben ganz populistisch gesagt, Sie unterschrieben sofort einen Appell an Herrn Waigel, er solle einen Nachtrag machen. Bitte unterschreiben Sie ihn auch an Ihr Koalitionsland Baden-Württemberg und an Ihr Koalitionsland Rheinland-Pfalz, die ebenfalls keinen Nachtragshaushalt verabschieden, und das bei viel höheren Defiziten, bei Defiziten in Höhe von 600 Millionen DM.

Weiter ist gesagt worden, wir sollten uns einmal ein Beispiel an Mecklenburg-Vorpommern nehmen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Hessen!)

Ich kann Ihnen sagen, warum Mecklenburg-Vorpommern gezwungen war, sofort einen Nachtragshaushalt zu erlassen: weil es dabei um etwa 300 Millionen DM neue Verpflichtungsermächtigungen im Zusammenhang mit dem Zusammenbruch des Vulkan-Konzerns ging. Das brauchen wir nicht.

Ich teile die Auffassung meines Vorredners. Sicherlich ist es für Sie schwierig. Sie haben bestimmt darauf gewartet, daß es schon beim ersten Steuerrückgang Zoff zwischen Rot-Grün gibt.

(Holger Astrup [SPD]: Tja! War wohl nichts!)

Deshalb zitieren Sie ja auch hilfsweise die anderen Länder, in denen es ein bißchen hakt. Sie haben natürlich darauf gewartet, daß schon bei dieser Haushaltssituation ausgabenwirksame Anträge für 1996 gestellt werden. Aber genau das ist etwas, was Sie anerkennen müßten: daß wir uns bei den **Koalitionsvereinbarungen** darauf verständigt haben, 1996 eben noch nichts zu machen, weil wir in dem Zusammenhang schon einmal versucht haben, eine eigene **Steuerschätzung** vorzunehmen, die der tatsächlichen Entwicklung relativ nahegekommen ist.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ja, das finde ich auch toll!)

Im Gegenteil: Das vereinbarte **Personalsparkonzept** ist ein halbes Jahr früher einvernehmlich in Kraft getreten. Das nenne ich Haushaltspolitik.

(Beifall bei der SPD)

Das stinkt Ihnen natürlich, und Sie wollen doch nur ein bißchen Stimmung vor der Landesdelegiertenkonferenz machen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wir? Wir haben doch keine!)

Es fällt Ihnen doch nichts ein.

Was die Zahlen angeht, Herr Hennig, so will ich sie überwiegend bestätigen.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Na bitte!)

Aber Sie dürfen auch nicht vergessen, daß nach den **Steuerschätzungen** vom Oktober und Mai von 1995, 1996, 1997 entgegen den veranschlagten Haushalten das **Steuervolumen** in Schleswig-Holstein um 2,3 Milliarden DM zurückgegangen ist.

Nun haben Sie das große Lied vom „armen Bund" gesungen. Wissen Sie, woran es beim Bund liegt? Es liegt am **Regionalisierungsgesetz**, und es liegt an der neuen **Kindergeldregelung**. Wenn Sie das einmal bereinigen würden, sähe es ganz anders aus. Wo die Nettokreditaufnahme des Bundes Ende des Jahres liegen wird, hat Herr Waigel mir gestern unter vier Augen erzählt, und das will ich auch gern an Sie weitergeben; das ist eine ganz andere Geschichte.

(Holger Astrup [SPD]: Wöchentlich eine neue Zahl!)

Wenn Sie bestimmte **Haushaltsverbesserungen**, die wir eingesetzt haben, kleinreden wollen, zum Beispiel die 16 Millionen DM **Zinsersparnisse**, dann kann ich dazu nur sagen, daß die uns nicht in den Schoß gefallen sind. Das sind ausschließlich Zinsersparnisse infolge von Derivaten, infolge des Zins- und Kreditmanagements unserer Mitarbeiter.

(Beifall bei der SPD – Ute Erdsiek-Rave [SPD]: Sehr gut!)

Ich sage es noch einmal: Mein herzlicher Dank geht an die Mitarbeiter, die dieses komplizierte Geschäft betreiben und die es geschafft haben, daß wir zu Minderausgaben kommen.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Thomas Stritzl [CDU])

Zweitens. Auch die Verfassung ist schon bemüht worden. Es ist gesagt worden, es sei verfassungswidrig, eine **Nullrunde** zu veranschlagen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das habe ich gar nicht gesagt!)

Es gibt noch keinen endgültigen **Tarifabschluß**, aber ich darf Ihnen folgendes mitteilen: Wir haben im Einzelplan 11 etwa 21 Millionen DM für lineare Anhebungen vorgesehen. Wenn dieser Tarifabschluß auch auf Beamte übertragen wird, dann sind es 20,6 Millionen DM. Es mag Sie ja nicht befriedigen, daß wir eine solche Punktlandung geschafft haben, aber es ist so. Wir hatten keine Nullrunde veranschlagt.

Ich darf Ihnen auch sagen, daß wir uns bei unseren Haushaltsüberlegungen für 1997 ebenfalls sehr nahe am Schlichtungsspruch befinden. Es führt überhaupt kein Weg daran vorbei, daß Sie das anerkennen müssen. Deswegen sind die Finanzprobleme in anderen Ländern eben etwas größer. Ich vermute, daß es Länder geben wird, die am Ende des Jahres **Haushaltsdefizite** von 500 Millionen oder 600 Millionen DM oder mehr produzieren müssen. Es ist eben eine Spezialität Schleswig-Holsteins, daß wir die 525 Millionen DM Steuermindereinnahmen, die laut Steuerschätzung vom Oktober 1995 für 1996 prognostiziert wurden, bereits im Haushalt berücksichtigt haben – einschließlich der Zahlungen an die Kommunen –, und als Sie, Herr Kubicki, gesagt haben, angesichts einer solchen Situation könne man auch 200 Millionen DM mehr Kredite aufnehmen. Wir sind eines der wenigen Länder, die keine Einschnitte in den **kommunalen Finanzausgleich** durchgeführt haben.

(Holger Astrup [SPD]: Sehr richtig!)

Das ist die Situation. Ich weiß gar nicht, was Sie wollen.

Wir haben nach einem schlechten Haushaltsabschluß die ersten Konsequenzen gezogen. Wir haben eine erste **eigene Steuerschätzung** gemacht und haben daraus die Konsequenzen gezogen. Die echte Steuerschätzung vom Mai weicht unmaßgeblich von unserer Schätzung ab. Ich meine, wir haben die Konsequenzen solide gezogen. Sie waren es doch, die mich im Vorfeld der Landtagswahl aufgefordert haben, endlich eine **Haushaltssperre** auszusprechen – alles desaströs!

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das haben Sie doch gemacht!)

Das ist nicht so; es gibt keine Haushaltssperre.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sie haben doch 5 % Kürzung verfügt!)

– Es gibt keine globale, absolute Haushaltssperre. Ich will Ihnen auch sagen, warum: Weil ich meine – wenn es nicht so wäre, wäre der Vorwurf gerechtfertigt, der Finanzminister wolle den großen Zampano spielen –, daß die Ressorts in eigener Zuständigkeit – das ist jedenfalls mein Verständnis von moderner Haushaltspolitik – selbst entscheiden sollen, wo sie Einsparmöglichkeiten sehen. Zweitens bedeutet das einen gewaltigen Verwaltungsaufwand. Ich halte es für sinnvoller, daß wir die Arbeitskapazität unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und auch meine darauf konzentrieren, wie wir einen schwierigen Haushalt 1997 mit mehr als 1 Milliarde DM weniger hinbekommen. Darüber wollen wir im Kabinett am 27. August beraten. Darauf sollten wir uns jetzt konzentrieren.

Ich komme noch einmal auf die Schwierigkeiten im Zusammenhang mit diesem Haushalt zurück. Es ist richtig, was vorhin kritisiert worden ist. Wie viele Punkte haben Sie hier aufgezählt, an denen man nicht

(Minister Claus Möller)

sparen kann, und zwar über alle Etats hinweg! Dann haben Sie das Gespenst von Rot-Grün für 1997 dargestellt. Ja, selbstverständlich werden wir, die Koalitionfraktionen und auch die Regierung, Akzente, die vereinbart worden sind, zur Diskussion stellen und dem Landtag zur Entscheidung vorlegen. Wenn Sie sagen, es sei alles Kokolores, dann frage ich Sie: Sind die 450 Lehrerstellen, die wir in 1997 finanzieren wollen, etwa Kokolores? Oder wenn wir die zweigeteilte Laufbahn bei der Polizei konsequent durchziehen wollen, ist das rot-grünes Kokolores, oder sind das Forderungen, die seit langem von Ihnen erhoben werden?

Ich wundere mich doch sehr. Es ist in der Tat nicht ein einziger Vorschlag von Ihnen gekommen, wo gespart werden soll.

(Beifall bei der SPD – Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das geht nicht! Das ist völliger Quatsch!)

Im Gegenteil, Sie nörgeln am Finanzminister herum, so wie Sie in der Vergangenheit schon kritisiert haben, es seien nur Haushaltstricks und es würden keine strukturellen Einsparungen kommen, und warum nicht ein härteres **Haushaltsstrukturgesetz**? Wenn der Finanzminister in seiner Verantwortung die Ressorts bittet, auch einmal über die politische Bildung nachzudenken, dann, so denke ich, ist das seine Verpflichtung, wenn er an den Haushalt denkt.

(Holger Astrup [SPD]: Natürlich! – Beifall bei der SPD)

Aber es ist selbstverständlich auch Ihr Recht, heute zu sagen: Das machen wir nicht mit. Ich wiederhole aber: Meine Verpflichtung ist es, wenn ich den Haushalt 1997 und weitere Haushalte aufstellen soll,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das sind nicht mehr viele!)

den Ressorts solche Vorschläge zu machen, und es ist, wie gesagt, Ihr Recht, darüber zu entscheiden, wie Sie es heute getan haben.

(Beifall bei der SPD)

Was die **globalen Minderausgaben** angeht, so werden Sie sich wie ich, der ich sage, daß ich nicht über jeden Bleistift im Ressort entscheiden will, auch noch daran gewöhnen müssen. Wollen wir nun ein **Budgetrecht** einführen, wollen wir eine stärkere Budgetierung, wollen wir mehr Zuständigkeit oder wollen wir eine Outputsteuerung? Das hat dann auch Konsequenzen für den Haushaltsgesetzgeber. Deshalb werden wir in Zukunft stärker mit **globalen Ansätzen** arbeiten müssen.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.] – Holger Astrup [SPD]: Der Kollege Claussen hat es immer gefordert! – Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Aber nicht durch globale Minderausgaben, Herr Kollege Astrup! Das ist doch völliger Unsinn!)

Sie haben doch größere Deckungsfähigkeiten und dergleichen mitgetragen. Ich denke, die globale Minderausgabe, die jetzt noch im Haushalt ist, ist so gering – –

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Budgetierung durch globale Minderausgaben! So ein Quatsch!)

Wenn ich da an den armen Herrn Waigel denke, was er alles auf der Einnahmenseite noch drin hat, wie beispielsweise den Lufthansaverkauf, obwohl jeder weiß, daß er sie in diesem Jahr gar nicht verkaufen kann, dann ist das doch eine ganz andere Sache. Sie werden sehen: Wir werden – weil es keine Alternative gibt – an den Eckwerten der Haushaltspolitik, die Rot-Grün vereinbart hat, festhalten,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: 800 Millionen DM Neuverschuldung in 1997, daran wollen Sie festhalten?)

am Personaleinsparungskonzept und an den Eckwerten.

Da bin ich nun bei den bundespolitischen Aspekten, Herr Hennig. Sie haben sich Gedanken über die Finanzministerkonferenz und die Aufträge der **Ministerpräsidentenkonferenz** gemacht. Ich bin heute morgen natürlich dort gewesen und kann Ihnen nur sagen: Die Ministerpräsidenten sind einmütig unserer Marschrichtung gefolgt,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sehr schön!)

daß es bei diesen starken strukturellen Problemen, vor denen wir bis zum Ende des Jahrhunderts stehen, und bei der katastrophal defizitären Situation aller öffentlichen Haushalte – und das unter Berücksichtigung der Tatsache, daß wir die Maastricht-Kriterien schaffen wollen – nicht allein mit **Sparkonzepten** geht. Wir müssen auch die Einnahmenseite sehen, wir müssen die Steuern, die Subventionen und das Jahressteuergesetz betrachten.

(Beifall bei der SPD)

Das haben alle 16 Ministerpräsidenten heute noch einmal bestätigt,

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Völlig unstrittig!)

und alle 16 haben sich heute noch einmal darauf geeinigt, daß es nicht angeht, bei dieser schwierigen Situation im Vorfeld von **Maastricht** einfach zu sagen: Die Haushalte der Länder werden in der Kreditaufnahme gedeckelt, und vorab verschiebt man noch schnell einmal die Lasten. Das, was gestern beim AFG geschehen ist, ist doch mittelfristig eine Verschiebung insbesondere zu Lasten der Kommunen, aber auch der Länder. Das gilt für das übrige Sparpaket genau. Das ist so, wenn man den Solidarzuschlag abschafft und die Länder und Gemeinden ihn mitbezahlen sollen. Und das ist so, wenn man eine

(Minister Claus Möller)

Landessteuer einfach abschaffen will. So wird es also nicht gehen.

Wir werden vor schwierigen **Haushaltsberatungen 1997** stehen. Ich hoffe, daß Sie dann vielleicht konstruktiver daran mitarbeiten, als es heute Ihr populistischer Antrag zum Ausdruck bringt.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wenn Sie unsere Haushaltsanträge zur Kenntnis nehmen, Herr Minister, dann ist das auch in Ordnung!)

Wenn Sie zu dem, was ich gegen die Lastenverschiebung vom Bund hin zu den Ländern und Gemeinden und was ich darüber gesagt habe – da hat die Oppositionsseite genickt –,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wer?)

daß es auch um den Subventionsabbau geht und daß es auch um die Probleme eines solidarischen Lastenausgleiches geht, erwarte ich, daß Sie dann ebenfalls noch nicken und an der Seite der Landesregierung stehen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Wir kommen zur Abstimmung. Da keine Geschäftsordnungsanträge vorliegen, kommen wir zur Abstimmung in der Sache. Wer der Drucksache 14/69, dem Antrag der CDU-Fraktion auf Vorlage eines Nachtragshaushaltes, zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Ich stelle fest: Mit den Stimmen von SPD, SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist dieser Antrag abgelehnt.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Unerhört!)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 12 auf:

Lehrstelleninitiative

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 14/73

Antrag der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/85

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Herr Abgeordnete Geerdts.

Torsten Geerdts [CDU]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Als die CDU-Landtagsfraktion vor gut zwei Wochen ihre **Lehrstelleninitiative** vorstellte, da war die Situation auf dem Ausbildungsstellenmarkt zwar deutlich schlechter als im Vorjahr, von einer Katastrophenstimmung waren wir aber noch weit entfernt, und wir sind auch heute noch von einer Katastrophenstimmung weit entfernt.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Einen Moment bitte, Herr Abgeordneter Geerdts. Meine Damen und Herren, ich kann es verstehen, daß nach der eben stattgefundenen ausführlichen Debatte jetzt eine Art Erschöpfungszustand eintritt. Aber ich bitte doch um etwas konzentriertere Aufmerksamkeit.

Torsten Geerdts [CDU]:

Die am Montag veröffentlichten Zahlen geben jedoch Anlaß zu einer noch größeren Sorge. So schlecht wie in diesem Jahr war das Verhältnis von jungen Leuten, die nach einer Lehrstelle nachfragen, zu den gemeldeten **Ausbildungsplätzen** letztmalig vor acht Jahren.

Auf 5782 Bewerber, die derzeit noch unversorgt sind, kommen nur noch 5540 offene Stellen. Wenn sich diese Situation in den nächsten Wochen nicht deutlich verbessert, wird für viele junge Menschen der Start ins Berufsleben mit einem Mißerfolg beginnen.

Ich weiß, daß es in diesem Parlament niemanden gibt, der angesichts dieser Zahlen Gleichgültigkeit empfindet. Jede Aktivität, die das Schaffen zusätzlicher Ausbildungsplätze zur Folge hat, macht aus der Sicht der CDU-Landtagsfraktion Sinn. Wir wünschen dem **Bündnis für Ausbildung**, das von den Gewerkschaften, dem Handwerk, der Wirtschaft und der Politik, das heißt auch der Landesregierung getragen wird, einen durchschlagenden Erfolg.

(Holger Astrup [SPD]: Sehr gut!)

Es ist aus der Sicht der CDU-Landtagsfraktion angesichts dieser Zahlen aber auch dringend notwendig, daß sich das Parlament mit dieser Problematik intensiv befaßt. Kein junger Mensch würde es verstehen, wenn sich die Politiker an dieser Stelle nicht zu gemeinsamem Handeln entschließen könnten.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Daher finde ich es schon einmal ganz wichtig, daß es in den beiden vorliegenden Anträgen an vielen Stellen Übereinstimmung gibt. Das ist für mich ein sehr gutes Zeichen.

Es geht ja hier auch um unsere eigene Glaubwürdigkeit. Wir müssen der jungen Generation beweisen, daß wir als Politiker in der Lage sind, gemeinsam mit den **Arbeitgebern** und den **Gewerkschaften** dieses Thema so verantwortungsbewußt und erfolgsorientiert zu behandeln, daß am Ende mehr Lehrstellen angeboten werden.

Was heißt es eigentlich für junge Menschen, wenn ihnen unsere Gesellschaft gleich nach der Schulzeit mitteilt, daß sie für den Arbeitsmarkt eigentlich über-

(Torsten Geerdts)

haupt nicht benötigt werden? Ist es nicht eine der größten Chancen auch für unseren Staat, junge Menschen dauerhaft zu binden, wenn der **Einstieg ins Berufsleben** erfolgreich funktioniert? Wie müssen sich Jugendliche eigentlich fühlen, die nach der allgemeinen Schulausbildung zum Nichtstun verdammt sind?

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Abgeordneter Geerdts, ich muß Sich noch einmal unterbrechen. Ich möchte nur darauf hinweisen: Wenn noch mehr Abgeordnete die Gelegenheit zur Pause nutzen, werden wir beschlußunfähig. Ich würde dann die entsprechenden Konsequenzen ziehen.

(Beifall im ganzen Haus – Dr. Ernst-Dieter Rossmann [SPD]: Das müßte man denen draußen sagen!)

Torsten Geerdts [CDU]:

Vielen Dank! Ich dachte eigentlich, das Thema sei einigermaßen wichtig so zwei Monate Beginn der Lehre.

(Beifall im ganzen Haus)

Sicherlich ist in so einer Situation eine weitere Qualifizierung sinnvoll. Aber machen wir uns doch bitte nichts vor: Dem Ausbildungswilligen zu sagen, „Drück mal weiter die Schulbank, vielleicht können wir im nächsten Jahr etwas für dich tun", ist alles andere als motivationsfördernd.

Viele junge Menschen empfinden derartige Warteschleifen eher als frustrierend. Wir appellieren – und ich stelle fest: gemeinsam – an die **Wirtschaft**, das gegebene Versprechen, nämlich bis 1997 10 % mehr Ausbildungsplätze bereitzustellen, zu erfüllen. In Schleswig-Holstein liegt uns für den Zeitraum bis Ende Mai kein Plus, sondern ein Minus von 5 % in diesem Bereich vor. Diese Zahl empfinde ich schon als alarmierend.

Wir hören überall ein Bekenntnis zum **dualen Ausbildungssystem**. Diese Form der beruflichen Bildung, um die uns viele andere europäische Länder beneiden, ist auf Dauer nur aufrechtzuerhalten, wenn eine ausreichende Zahl von Lehrstellen auch wirklich zur Verfügung gestellt wird. Seien wir doch ganz ehrlich: Die Qualität unserer beruflichen Ausbildung gehört zu den Standortvorteilen der Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Diesen Standortvorteil müssen wir alle gemeinsam pflegen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der **öffentliche Dienst** muß aus unserer Sicht mit gutem Beispiel vorangehen. Wir sind als Politiker nur glaubwürdig, wenn wir in unserem eigenen Verantwortungsbereich dafür sorgen, daß wir unsere Pflicht erfüllen.

Die Zahlen aus den **Landesministerien** müssen uns zumindest nachdenklich stimmen. Warum wurde trotz der angespannten Lage auf dem Lehrstellenmarkt nicht eine größere Zahl von Ausbildungsplätzen in Anspruch genommen? Im Jahr 1994 wurden von 3298 Stellen nur 2799 besetzt. Im letzten Jahr wurden von 3569 nur 2825 in Anspruch genommen. Vielleicht, liebe Kolleginnen und Kollegen, hat auch die Attraktivität der Berufsausbildung in den Ministerien darunter gelitten, daß man den öffentlichen Dienst zum allgemeinen Prügelknaben der Politik gemacht hat. Auch das muß uns nachdenklich stimmen.

(Beifall bei der CDU)

Mich würde in dieser Debatte interessieren, was die Landesregierung konkret unternehmen wird, damit sie im September nicht erneut feststellen muß, daß sie trotz allgemeiner Lehrstellenknappheit auf ihren eigenen Ausbildungsplätzen sitzengeblieben ist. Das wäre ein konkreter Beitrag der Landesregierung zum Bündnis für Ausbildung.

Es erfüllt die CDU-Landtagsfraktion mit Sorge, daß uns eine immer größer werdende Zahl von Ausbildungsleitern mitteilt, daß die Gruppe derjenigen wächst, die die Voraussetzungen für ein erfolgreiches Bestehen einer Lehre nicht erfüllt. Weniger Begabte brauchen eine Chance auf dem Arbeitsmarkt. Daher benötigen wir eine stärkere **Differenzierung** in den **Berufsschulen**. Wir brauchen Berufsbildungsgänge in Modulform, die den jeweiligen Voraussetzungen auch weniger Begabter entsprechen.

Wer sich mit den Verantwortlichen in den Ausbildungsbetrieben unterhält, der muß zur Kenntnis nehmen, daß der vermehrte Berufsschulunterricht manch einen Betrieb zum Rückzug aus der Berufsausbildung bewogen hat.

(Beifall bei der CDU)

Der **zweite Berufsschultag** darf nicht zum Ausbildungshemmnis werden. Unser Ziel ist es, durch Formen der Flexibilisierung des Unterrichts, ausgerichtet an Ausbildungsgängen, Berufsbildern und Lehrjahren, **Betrieben** die Wiederaufnahme der beruflichen Ausbildung zu ermöglichen.

Um mehr Ausbildungsplätze zu schaffen, benötigen wir auch ein **Ausbildungsplatzförderungsprogramm**. Wichtigster Bestandteil eines solchen Programmes ist, daß wir den Leistungsträgern der beruflichen Bildung auch junge Menschen zur Weiterbildung überlassen, die eine Allgemeinbildung erhalten haben, so daß sie als ausbildungsreif und ausbildungsfähig gelten können. Auch das wird uns überall als ganz großes Problem geschildert. Ein Großteil der Ausbilder ist es schlichtweg leid, daß Versäumnisse der allgemeinbildenden Schule während der dreijährigen Lehrzeit kompensiert werden müssen. Hier müssen wir als Land auch etwas tun.

(Helmut Jacobs)

dung erreicht werden, wenn in der Berufsausbildung abgespeckt wird und vielleicht sogar Handlanger- und -werkerqualifikationen eingeführt werden?

In jeder Arbeitslosenstatistik können wir eindeutig erkennen, daß das Risiko, von Arbeitslosigkeit betroffen zu sein, mit steigender beruflicher Qualifikation sinkt. Wir meinen allerdings, daß Modulalisierung schon ein Instrument sein könnte, behinderten und psychisch kranken jugendlichen Auszubildenden eine abgeschlossene Ausbildung zu ermöglichen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Forderung nach der Abschaffung des zweiten Berufsschultages ist in einer Zeit, in der immer mehr Anforderungen an die Qualifikation von Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen gestellt werden, kontraproduktiv. Meine Vorrednerin hat das eben auch schon deutlich gemacht. Unser Bestreben ist weiterhin, die **Gleichwertigkeit von beruflicher und allgemeiner Bildung** zu erreichen. Es ist für uns von entscheidender Wichtigkeit, daß qualifizierten Absolventinnen und Absolventen einer beruflichen Ausbildung vielfältige Karrierechancen eröffnet werden.

(Beifall bei der SPD)

Bis zum Jahre 2000 soll das Ziel umgesetzt werden, 480 Jahresstunden Berufsschulunterricht einzuführen, nicht unbedingt ein zweiter Berufsschultag. Das ist sehr entscheidend. Man kann hier sehr viele Möglichkeiten der Verblockung finden. Das käme den Arbeitgebern, die gegen einen solchen zweiten Tag heftig schimpfen, sehr entgegen.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Für den vermehrten Berufsschulunterricht spricht auch die Tatsache, daß es junge Menschen leichter haben, Lerninhalte aufzunehmen, daß Menschen in jungen Jahren viel lernen und es leichter haben, den Anschluß an die technische Entwicklung zu halten.

Ein von der CDU gefordertes **Ausbildungsförderprogramm** ist auch unser Anliegen. Wir denken aber weniger daran, Ausbildungsbetriebe zu belohnen – auch das ist heute schon häufiger gesagt worden –, sondern wir wollen die häufig angesprochene **Ausbildungsabgabe**,

(Ursula Röper [CDU]: Strafe!)

die innerhalb der Kammern als Körperschaften des öffentlichen Rechts eingeführt werden könnte. Nach Ablauf von zwei Jahren erfolgt eine Überprüfung und nötigenfalls eine weitergehende gesetzliche Regelung.

Meine Redezeit ist zu Ende. – Ich möchte abschließend an das anknüpfen, was Herr Geerdts zum Schluß gesagt hat – auch ich halte das für einen wesentlichen Punkt –: Klinkenputzen und mit den Betrieben reden, direkt zu den Leuten hingehen. Das ist eine Sache, die ich ständig in Angriff nehme und die einigermaßen erfolgversprechend ist.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat Herr Minister Steinbrück.

Peer Steinbrück, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich begrüße es außerordentlich, daß der Landtag die Initiative ergriffen hat, das wichtige Thema der **Bereitstellung von zusätzlichen Ausbildungsplätzen** zu debattieren. Soweit ich es erkennen kann, gibt es in der Zielsetzung eine Einmütigkeit. Ich glaube, daß es auch in der Notwendigkeit eine weitgehende Übereinstimmung gibt, daß die Anstrengungen verstärkt werden müssen. Noch schöner wäre es natürlich gewesen, wenn sich der Landtag in dieser Position zu einem gemeinsamen Entschließungsantrag hätte zusammenfinden können. Das hätte sich nahtlos in das von der Wirtschaft, den Gewerkschaften und der Landesregierung auf den Weg gebrachte Bündnis für Ausbildung 1997 eingegliedert, das Frau Moser und ich zusammen mit Vertretern der Wirtschaft und der Gewerkschaften – einige von Ihnen waren ja anwesend – auf der Ausbildungsplatzkonferenz vor zehn Tagen vorgestellt haben.

All Ihre Hinweise sind richtig, daß der Problemdruck zunimmt. Vor zehn Tagen kannten wir noch nicht die jetzt getroffenen Aussagen von Herrn Fiedler vom Landesarbeitsamt, die in der Tat schlechte Nachricht, daß es erstmals seit April 1988, also erstmals seit acht Jahren, mehr lehrstellensuchende Jugendliche als freie Ausbildungsplätze gibt. Das ist für Schleswig-Holstein ein Novum, ein alles andere als erfreuliches Novum.

Die Anstrengungen müssen eindeutig verstärkt werden. Vor diesem Hintergrund ist es erfreulich und gut, daß sich alle demokratischen Parteien der **Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit** in dem Ausmaß und mit dem Ehrgeiz stellen, der in ihren Beiträgen zum Ausdruck gekommen ist. Wir brauchen die Gemeinsamkeit allerdings auch, denn wenn das Bündnis für Ausbildung im Interesse der Jugendlichen und ihrer Lebens- und Lernperspektive klappen soll, wird es auf eine starke und ehrgeizige Begleitung durch die Politik, nicht nur durch Wirtschaft und Gewerkschaften ankommen.

Wir stehen in diesem Zusammenhang vor drei Herausforderungen. Erstens stehen wir vor der **demographischen Herausforderung,** schlicht und einfach der Tatsache, daß jährlich rund 1000 Schulabgänger zusätzlich auf den Ausbildungsplatzmarkt kommen. Das bedeutet cum grano salis, daß wir in den nächsten Jahren zunehmend von Jahr zu Jahr ungefähr 700 zusätzliche Ausbildungsplätze bereitstellen müssen.

(Minister Peer Steinbrück)

Das ist eine ungeheure Zahl gemessen an schleswig-holsteinischen Verhältnissen; in anderen Bundesländern bildet sich das selbstredend anders ab.

Zweitens haben wir es mit einer **strukturellen Entwicklung** zu tun, die uns zunehmend Schwierigkeiten bereitet. Das ist der Weg weg von der Produktionsgesellschaft hin zur Dienstleistungsgesellschaft, mit der sich klar abzeichnenden Folge, daß alte Berufsbilder nicht mehr in dem Ausmaß nachgefragt werden wie früher, wobei wir nicht so schnell dabeigewesen sind, neue Berufsbilder so herauszubilden und in die entsprechenden Ausbildungsordnungen aufzunehmen, wie es erforderlich gewesen wäre. Deshalb begrüße ich in diesem Zusammenhang explizit die Initiative von Arbeitgebern und Arbeitnehmern beziehungsweise ihren Gewerkschaften, bei der Einführung neuer und der Modernisierung alter Berufsbilder zügig zu verfahren – eine ganz wichtige Aufgabenstellung!

Die dritte Herausforderung, mit der wir es zu tun haben, die sich geradezu aufdrängt, hat schlicht und einfach etwas mit der schlechten **Konjunktur** zu tun, die nicht gerade die Bereitschaft der Unternehmen befördert, zusätzliche Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen.

Diese Herausforderungen lassen sich nur gemeinsam bewältigen. Da möchte ich allerdings an erster Stelle die **Wirtschaft** im Obligo sehen. An erster Stelle ist die Wirtschaft selber gefordert.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aus diesem Obligo sollten wir sie nicht herausnehmen. Mit Blick auf einige Passagen, die Frau Aschmoneit-Lücke vorgetragen hat, füge ich hinzu: Der Staat und die Politik sind nicht omnipotent. Sie sind wahrscheinlich jemand, der das als erstes zugeben würde. Das bedeutet, daß ich als Vertreter der Landesregierung gern anbiete, dort behilflich zu sein, wo immer die Landesregierung es tun kann. Daß sich das nicht in Appellen erschöpft, diesen Beleg haben wir in den vergangenen Jahren wohl erbracht, wenn ich allein an die starke Unterstützung der Landesregierung im Bereich der überbetrieblichen Ausbildung denke, die, gemessen an den Beiträgen anderer Länder, auch in relativen Zahlen weit überproportional ist, weit mehr ist und – wie ich glaube, sagen zu dürfen, ohne überheblich zu sein – auch von der Wirtschaft, insbesondere vom Handwerk dieses Landes, ausdrücklich anerkannt wird. Daß es ein weiteres Feld gibt, auf dem wir nicht nur appellativ tätig sind, nämlich die 480 Jahresstunden Berufsschulunterricht, darauf möchte ich gern zurückkommen.

Noch einmal im Kern: Die Wirtschaft ist an erster Stelle gefordert, nicht nur wegen der Zukunftsfähigkeit des häufig bemühten Standortes Deutschland, sondern naheliegend auch wegen der Zukunftsfähigkeit ihrer eigenen Unternehmen – ganz einfach! Denn wer heute nicht in **Ausbildung** und **Qualifikation** investiert, dem fehlt in einigen Jahren schlicht und einfach das fachlich qualifizierte Personal,

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten Aschmoneit-Lücke [F.D.P.])

um sich und sein Unternehmen im Wettbewerb zu positionieren. Vor dem Hintergrund der Situation, die wir in Deutschland als rohstoffarmes Land haben, selbstredend auch vor dem Hintergrund des Wohlstandsniveaus, das wir haben, ist es naheliegend, in die Köpfe zu investieren, und die Köpfe sind nicht nur diejenigen, die aus einer akademischen Ausbildung herauskommen, sondern auch diejenigen, die aus dem dualen Ausbildungssystem herauskommen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P.)

Ich begrüße außerordentlich das **Bündnis für Ausbildung 1997**. Ich weiß, daß der Begriff an der einen oder anderen Stelle bereits stark strapaziert ist, ja man sich fast schon rechtfertigen muß, wenn man einen solchen Titel wiederfindet. Für diejenigen, die vor zehn Tagen dabeigewesen sind, ist es wohl nicht ohne Eindruck gewesen, wie einmütig und mit welchem Ehrgeiz und mit welchen Maßnahmen – die ich hier nicht im einzelnen wiederholen möchte – alle Beteiligten, Kammern, Verbände, Gewerkschaften, versuchen, in diesem Bereich tätig zu sein.

Ich will zum Schluß auf das Thema eingehen, das hier eine beherrschende Rolle gespielt hat, nämlich das Thema der 480 Jahresstunden **Berufsschulunterricht**. Das ist in der Entstehungsgeschichte keine bloße Marotte von irgendwelchen Politikern gewesen. Manchmal habe ich in den Debatten den Eindruck, als ob das so sei. Vielmehr haben da eine ganze Reihe von klugen Leuten zusammengesessen, die gesagt haben: Vor dem Hintergrund der sich rasant wandelnden technischen, organisatorischen, auch in den Verfahren liegenden rapiden und strukturellen Veränderungen wird man wohl berücksichtigen müssen, daß das zunehmend in einem sich qualitativ wandelnden, auch vom Aufwand her sich quantitativ weitenden Berufsschulunterricht begleitet sein muß.

(Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]: So ist es!)

Oder anders ausgedrückt: Wenn man als Nationalökonomie weiter in der UEFA-Cup-Klasse mitspielen will, dann wird man das wohl nicht auf dem Stand des nach wie vor vorbildlichen dualen Systems in Deutschland der sechziger oder siebziger Jahre machen können.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie uns deshalb keinen Streit über die Notwendigkeit führen, daß etwas passieren muß und daß wir gemeinsam an der Zielsetzung festhalten sollten, das in den 480 Jahresstunden Berufsschulunterricht abzubilden!

(Minister Peer Steinbrück)

Eine ganz andere Sache, die man in jedem Dialog, den wir insbesondere mit Handwerksbetrieben, mit Gewerbetreibenden führen, genauso offen ansprechen muß, ist es, Probleme bei der tatsächlichen Organisation des Berufsschulunterrichtes zu beseitigen. Das ist unabweisbar richtig. Damit beschäftigt sich die Landesregierung, inzwischen zwei Ministerinnen und ein Minister, nicht erst seit gestern. Ich kann mich an Reden von mir in der letzten Legislaturperiode erinnern, in denen ich bereits – wie auch neulich in der Ausbildungsplatzkonferenz – deutlich gesagt habe: Die Landesregierung ist für jeden konstruktiven Vorschlag offen, insbesondere auch aus dem Ausschuß für Berufliche Bildung, der diesen Spannungsbogen auflöst, auf der einen Seite zugunsten der Betriebe, auf der anderen Seite unter Nichtvernachlässigung des nötigen Berufsschulunterrichtes.

Es gibt von uns solche Vorschläge. Ich denke insbesondere an die von uns betriebene engere Abstimmung mit den Ausbildungsbetrieben im Sinne von flexiblen Lösungen vor Ort, ich denke weiter daran, daß der Berufsschulunterricht so organisiert werden kann, daß während der Hälfte der Ausbildungszeit die Auszubildenden die Berufsschule nur an einem Tag besuchen und daß natürlich auch die Lernortkooperation ausgebaut werden soll. Insbesondere das, was diesen letzten Punkt der Lernortkooperation betrifft, gibt es eine Reihe sehr positiver Erfahrungen aus dem Bereich des Metallgewerbes, die auf viele andere Bereiche, darunter auch den Handwerksbereich, übertragen werden können. Die Landesregierung ist dafür mehr als aufgeschlossen und wird daran gern mitwirken.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD])

Manchmal habe ich den Eindruck, daß es sich dabei eher um ein Informationsproblem als um einen politischen Streitfall handelt. Das ist einfach eine Vermittlungsfrage. Wenn denn diese Debatte dazu beiträgt, das auch in den Köpfen aller Beteiligten auf seiten der Legislative und der Regierung weiter zu verkoppeln und festzusetzen, ist das nur gut.

Meine Damen und Herren, ich möchte an dieser Stelle einmal sehr ausdrücklich dem schleswig-holsteinischen **Handwerk** Lob und Anerkennung zollen,

(Beifall im ganzen Haus)

daß es sich in geradezu beispielhafter Weise der Notwendigkeit der Bereitstellung zusätzlicher Ausbildungsplätze in den vergangenen Jahren nicht nur gestellt hat, sondern sich daran richtig bewiesen hat, und zwar in jedweder Vergleichsrelation, die man anstellen kann. Daß das nicht reibungslos geschieht, sondern für viele Handwerksbetriebe auch zunehmend mit Problemen verbunden ist, will ich extra hinzufügen, damit auch dabei nichts verharmlost und vermiedlicht wird.

Aber noch einmal – ich halte es da mit Herrn Schäuble, wenn ich die Kolleginnen auf der Seite der CDU ansprechen darf, der vor zwei Tagen noch einmal sehr energisch einen Appell an die deutsche Wirtschaft vorgetragen hat, ihre Lehrstellengarantie auch einzulösen –: Auch die sozialdemokratisch geführte Landesregierung von Schleswig-Holstein erwartet die Einlösung der Lehrstellengarantie.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und des Abgeordneten Torsten Geerdts [CDU])

An dieser Selbstverpflichtung wollen wir die Wirtschaft dann auch messen.

Nun wird man allerdings keinem Politiker – ich komme damit zum Schluß meiner Ausführungen – die Frage verwehren können, was denn passiert, wenn die deutsche **Wirtschaft** dieser **Selbstverpflichtung** nicht entspricht. Dann kann man die Verhältnisse ja nicht vor sich hin sich entwickeln lassen. Für diesen Fall halte ich es für überhaupt nicht abwegig – auch auf die Gefahr hin, daß man dabei in die Niederungen eines sehr plakativ geführten Streites hineinkommt –, sich darüber Gedanken zu machen, daß es inzwischen einige Betriebe gibt, die überhaupt nicht mehr im Traum daran denken, auszubilden und sich auch von den damit verbundenen Belastungen freizeichnen, und es andere gibt, die mit allen damit verbundenen Belastungen ausbilden.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Minister, kommen Sie jetzt bitte zum Schluß.

Peer Steinbrück, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:

Anschließend haben Sie dann so etwas wie Abwerbung, nur mit dem Unterschied, daß die Ausbildenden keine Transfersummen von denen kriegen, die nicht ausgebildet haben. Darüber noch einmal nachzudenken, ob es da nicht eine Art – so möchte ich sagen – horizontalen Finanzlastenausgleich geben könnte, halte ich für naheliegend. Ich rede hier nicht von einer **Ausbildungsplatzabgabe**, über die sich der Fiskus bereichert; darüber habe ich nicht geredet. Ich wäre sehr dankbar, wenn wir das in den folgenden Debatten auch immer fein auseinanderhalten könnten.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich schließe die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung. Es ist von der Frau Abgeordneten Aschmoneit-Lücke beantragt worden, über die Nummern 1 bis 4 des CDU-Antrages abzustimmen und die Nummern 5 bis 8 zur Beratung dem Ausschuß zu überweisen.

(Präsident Heinz-Werner Arens)

Ich stelle jetzt also zunächst den Antrag Drucksache 14/73 zur Abstimmung, und zwar den Teil, der beinhaltet, die Punkte 5 bis 8 dem Ausschuß zu überweisen. Federführend soll der Wirtschaftsausschuß sein, mitberatend der Sozialausschuß. Wer einem solchen Verfahren zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen.

(Holger Astrup [SPD]: Moment bitte, Herr Präsident!)

– Wir sind in der Abstimmung, Herr Kollege Astrup.

(Ute Erdsiek-Rave [SPD]: Entschuldigung, wir sind beim Verfahren! Sie haben das Verfahren angekündigt, und dazu gibt es eine Bemerkung!)

– Herr Kollege Astrup zur Geschäftsordnung!

Holger Astrup [SPD]:

Herr Präsident, zur Geschäftsordnung! Ich halte den Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für einen Änderungsantrag zu dem von der CDU vorgelegten Antrag Drucksache 14/73 und bitte, über ihn zuerst abstimmen zu lassen.

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das ist im Grunde ein Alternativantrag, aber bitte, wenn dem nicht widersprochen wird, dann will ich das geschäftsordnungsmäßig so sehen. – Es wird nicht widersprochen.

Das bedeutet, daß wir zunächst über den Antrag Drucksache 14/85 abzustimmen haben. Dazu gibt es keinen weiteren Geschäftsordnungsantrag, also ist darüber in der Sache abzustimmen. Wer dem Antrag Drucksache 14/85 zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW angenommen!

Damit erübrigt sich eine Abstimmung über den Ursprungsantrag.

(Zurufe von CDU und F.D.P.)

Ich stelle das ohne Widerspruch fest. Damit schließen wir diesen Tagesordnungspunkt.

(Zuruf der Abgeordneten Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.])

– Frau Aschmoneit-Lücke, der Entscheidungsgang ist jetzt so abgeschlossen. Es ist möglicherweise Anlaß gegeben, einmal darüber nachzudenken, was Änderungsanträge sind und was nicht. Faktisch haben wir es nämlich häufig mit Alternativanträgen zu tun. Aber das wollen wir jetzt nicht an dieser Stelle erörtern.

Ich rufe jetzt Tagesordnungspunkt 13 auf:

Bericht zur Situation und Entwicklung der Ernährungswirtschaft in Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 14/74

Hierzu gibt es eine interfraktionelle Übereinkunft, diesen Tagesordnungspunkt ohne Aussprache zu behandeln.

(Unruhe)

– Ich bitte um Aufmerksamkeit, damit wir hier nicht ins Schlingern kommen. Diese Übereinkunft ist mit der Maßgabe versehen, daß aus der Textfassung in der ersten Zeile die Wörter „spätestens in der 4. Sitzung des Landtages" herausgenommen werden. Das ist ebenfalls übereinstimmend so festgelegt worden. Der Landtag geht davon aus, daß der Bericht so schnell wie möglich kommen wird. – Ich höre keinen Widerspruch.

Ich lasse über die Drucksache 14/74 abstimmen. Wer dem Berichtsantrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Das ist einstimmig so angenommen.

Ich rufe jetzt den Tagesordnungspunkt 1 a auf:

Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder des Schleswig-Holsteinischen Landtages (Schleswig-Holsteinisches Abgeordnetengesetz – SH AbgG –)

Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, F.D.P. und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 14/44

Bericht und Beschlußempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses
Drucksache 14/78

Wir hatten uns darauf verständigt, diesen Tagesordnungspunkt ohne Aussprache abzuhandeln. Über einen Antrag, zu dem die Fraktionen Übereinstimmung erzielt haben, muß man hier zwar nicht diskutieren, aber ich bin trotzdem der Meinung, daß der Berichterstatter des Finanzausschusses in Form eines Statements in die Sache einführen sollte.

Wir wollen gern wissen, worum es sich dabei dreht, Herr Kollege Hay. Ist es Ihnen möglich, uns einen kurzen Bericht über die Sache selbst zu geben?

(Heiterkeit)

– Auf dem Weg zum Rednerpult haben Sie ja noch Zeit, sich dazu etwas zu überlegen.

(Holger Astrup [SPD]: Hierzu wäre aber der Vorsitzende des Innen- und Rechtsausschusses gefordert!)

Lothar Hay [SPD]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Finanzausschuß hat sich mit der Aufteilung der Fraktionsmittel für die 14. Legislaturperiode beschäftigt. Hierbei handelt es sich um die Drucksache 14/72. Trotz der Anwesenheit des Kollegen Kubicki ist es uns gelungen, den Antrag sehr intensiv zu beraten. Wir haben folgenden Beschluß gefaßt – –

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Kollege Hay, wir haben es hier mit einem von Ihnen nicht verschuldeten Mißverständnis zu tun. Sie hatten gerade begonnen, zum Tagesordnungspunkt 11, Aufteilung der im Rahmen des Haushaltsplans 1996 veranschlagten Fraktionsmittel, zu sprechen. Ich hatte jedoch den Tagesordnungspunkt 1 a aufgerufen.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

– Herr Kollege Kubicki, ich kann mich selbst zur Geschäftsordnung ausdrücken.

Das war mein Fehler, Herr Abgeordneter Hay; ich bitte um Nachsicht.

Wir kommen jetzt zur Beratung des Tagesordnungspunktes 1 a, den ich bereits aufgerufen hatte. Aber ich bitte Sie schon jetzt, Herr Abgeordneter Hay, sich für Ihr Statement zum Tagesordnungspunkt 11 bereitzuhalten.

(Heiterkeit und Beifall)

Herr Abgeordneter Maurus, gibt es die Notwendigkeit zur Berichterstattung? – Ich sehe, das wird verneint. Damit ist auf die Vorlage Drucksache 14/78 verwiesen.

Dann kommen wir zur Aussprache, die nicht vorgesehen ist, und damit gleich zur Abstimmung.

(Heiterkeit)

Wer dem Gesetzentwurf Drucksache 14/44 entsprechend dem Bericht und der Beschlußempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses, Drucksache 14/78, zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig so angenommen!

Ich rufe Punkt 6 der Tagesordnung auf:

Zustimmung gemäß Artikel 34 der Landesverfassung

Antrag der Landesregierung
Drucksache 14/66

Hierzu ist eine Aussprache ebenfalls nicht vorgesehen.

Wer dem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Ich rufe Punkt 11 der Tagesordnung auf:

Aufteilung der im Rahmen des Haushaltsplans 1996 veranschlagten Fraktionsmittel (Epl. 01 Kap. 0101 – MG 05)

Antrag der Fraktionen von F.D.P., CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 14/72

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Jetzt, Herr Hay!)

Ich werde gleich dem Berichterstatter das Wort geben, möchte an dieser Stelle aber nur darauf hinweisen, daß wir mit der Berichterstattung auch die Pflicht gegenüber der Öffentlichkeit erfüllen, zu benennen, was eigentlich Verhandlungsgegenstand ist, daß ich es aber für völlig unnötig halte, in einer nicht kontroversen Debatte vorzuführen, was unter den Fraktionen nicht kontrovers ist.

Ich bitte jetzt also – so ist es einvernehmlich gesagt worden – den Herrn Berichterstatter, nach vorn zu kommen.

(Abgeordneter Lothar Hay [SPD] begibt sich an ein Saalmikrofon)

– Herr Abgeordneter! Kommen Sie bitte nach vorn.

(Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]: Er verweist auf die Vorrede! – Heiterkeit)

Lothar Hay [SPD]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich setze meinen Beitrag an der Stelle fort, an der ich vorhin angesetzt habe:

Der Finanzausschuß hat in seiner 3. Sitzung am 30. Mai 1996 unter der Leitung meiner Stellvertreterin, Frau Peters, die Aufteilung der Fraktionsmittel diskutiert. Die Aufteilung der Fraktionsmittel erfolgt im Rahmen des Haushaltsplans 1996 und gilt vom Tag der Konstituierung des Landtags der 14. Wahlperiode an.

Die Aufteilung der Fraktionsmittel auf die einzelnen Fraktionen ergibt sich aus der Drucksache 14/72. Der Finanzausschuß hat dieser Drucksache einstimmig zugestimmt.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Dann lasse ich jetzt über diesen Antrag abstimmen.

Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag einstimmig angenommen.

Bevor ich den Punkt 20 der Tagesordnung aufrufe, möchte ich nur noch einen Hinweis geben. Herr Kollege Füllner, Sie haben einen Antrag zur Geschäfts-

(Präsident Heinz-Werner Arens)

ordnung – und zwar zum Abstimmungsverfahren im Zusammenhang mit dem Antrag „Lehrstelleninitiative", das vermute ich einmal – gestellt.

(Meinhard Füllner [CDU]: Zu mehreren!)

– Gut. Ich habe gesagt, wir könnten darüber reden. Dann muß ich auch den Ort benennen, an dem wir noch einmal darüber reden sollten; das ist der Ältestenrat.

Ich habe hier geschäftsleitende Bemerkungen gemacht, und Sie haben offiziell keinen Widerspruch erhoben. Deswegen kann ich Ihnen im Augenblick nicht das Wort geben. Im Rahmen einer persönlichen Bemerkung wird das wohl nicht gehen. Ich denke also, daß wir uns darüber zu gegebener Zeit noch einmal unterhalten werden.

Dann habe ich jetzt Punkt 20 der Tagesordnung aufzurufen:

Fragestunde

Das Wort zur Frage Nr. 1 hat Frau Abgeordnete Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Meine Frage lautet: Ist der Bildungsministerin bekannt, daß das Städtische Abendgymnasium Flensburg sich um Finanzierung eines dreieinhalbjährigen Pilotprojekts bemüht, mit dem Unterricht auch an Vormittagen vor allem für Frauen mit Kindern ermöglicht werden soll, und wenn ja, ist die Ministerin bereit, dieses Projekt finanziell zu unterstützen?

Präsident Heinz-Werner Arens:

Frau Ministerin Böhrk!

Gisela Böhrk, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur:

Frau Spoorendonk, der ganze heutige Nachmittag stand ja unter dem Motto – teilweise in Anträgen, teilweise in der Debatte –, daß wir alles, was wir tun, unter strengen Spargesichtspunkten vorzunehmen haben. Deswegen ist dieser Aspekt auch bei dem Ansinnen des Abendgymnasiums Flensburg zu berücksichtigen.

Das Abendgymnasium Flensburg hat rückläufige Schülerzahlen. Deswegen haben die Schulkonferenz im letzten Jahr und der Förderverein des Abendgymnasiums ein Konzept entwickelt, wie die Aufgaben des Abendgymnasiums in Flensburg dadurch erweitert werden können, daß auch Vormittagsunterricht angeboten wird. Dieser Antrag ist beim Bildungsministerium eingegangen. Insofern lautet meine Antwort auf die erste Frage, ob dieses Projekt bekannt ist, ja.

Wir haben diesen Antrag geprüft und haben auch den Bedarf untersucht. Nachdem wir den Antrag zunächst abgelehnt hatten, haben wir gesagt: Wir wollen uns das ansehen und feststellen, ob es einen solchen Bedarf gibt.

Wenn es um solche Bedarfsprüfungen geht, müssen wir fragen: Gibt es Menschen, die dies in Anspruch nehmen wollen, und läßt sich dieses Angebot nicht auf andere Art und Weise bewerkstelligen? Denn ein solches zusätzliches Angebot kostet 5,5 Planstellen, das heißt 550 000 DM.

Wenn wir uns die Situation in diesem Bereich ansehen, dann stellen wir fest, daß die Zahl der Abendgymnasiasten – das ist ja ein Angebot für Berufstätige – auch deshalb rückläufig ist – in Flensburg und auch anderswo –, weil wir inzwischen ein sehr breitgefächertes Angebot sowohl im allgemeinenbildenden Bereich als auch im beruflichen Bildungswesen haben und die Hochschulreife und die Fachhochschulreife nicht nur am Gymnasium oder der Gesamtschule, sondern auch im Fachgymnasium erworben werden kann wie auch nach abgeschlossener Berufsausbildung an der Fachoberschule. Darüber hinaus besteht für Absolventen, die die Hochschulreife nicht erworben haben, auch die Möglichkeit, ein Probestudium an der Universität aufzunehmen, so daß auch auf diese Weise ein Universitätsstudium möglich ist.

Bei Betrachtung all dieser Möglichkeiten und in Anbetracht der Tatsache, daß auch eine Flugblattaktion des Abendgymnasiums nicht dazu geführt hat, daß sich sehr viele Petenten meldeten, die dieses Angebot am Vormittag in Anspruch nehmen wollen, sind wir der Auffassung, daß eine Erweiterung des Angebotes des Abendgymnasiums durch eine solche zusätzliche kostenträchtige Maßnahme nicht erforderlich ist, sondern meinen, daß die Wünsche nach Fachhochschul- und Hochschulreife durch das bestehende Angebot erfüllt werden können.

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort zu einer ersten Zusatzfrage hat Frau Abgeordnete Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Ja, ich habe noch eine Zusatzfrage.

Frau Ministerin, meine Frage lautet: Wollen Sie Frauen, die sich beispielsweise im Alter von 25 und 30 Jahren befinden, zumuten, an Fachgymnasien mit Jugendlichen ihr Abitur nachzuholen, wenn das Abendgymnasium ihnen die Möglichkeit bieten kann, den Unterrichtsanfang so zu koordinieren, daß er sich im Einklang mit den jeweiligen Öffnungszeiten der Kindergärten befindet?

Gisela Böhrk, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur:

Frau Spoorendonk, wir haben in den beruflichen Schulen eine ganze Reihe von älteren Menschen – also nicht nur Jugendliche –, insbesondere auch Frau-

en aus den von Ihnen eben genannten Altersgruppen, auch mit Kindern. Da die Anfangszeiten der beruflichen Schulen in der Regel mit den Öffnungszeiten der Kindergärten weitgehend übereinstimmen, gibt es die von Ihnen genannte Problematik nicht.

Sie können hier – so nehme ich an – auch nicht darlegen, daß es eine ganze Reihe von Petentinnen – also Hausfrauen und Frauen in diesem Bereich – gibt, die etwa zu Ihnen oder zu uns gekommen wären und gesagt hätten: Wir finden kein entsprechendes Angebot!

Vielmehr ist die Initiative von der Schule und dem Förderverein des Abendgymnasiums angestoßen worden. Es ist ja auch in Ordnung, sich über die Erweiterung des Aufgabenspektrums Gedanken zu machen, aber der Druck kommt nicht von der Nachfrageseite, sondern ist eher ein Problem der Angebotsseite.

Präsident Heinz-Werner Arens:

Zu einer zweiten Zusatzfrage hat Frau Abgeordnete Spoorendonk das Wort.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Frau Ministerin, ich habe noch eine weitere Frage. Konzentrieren wir uns auf die Frauen, obgleich man sich auch andere interessierte Gruppen vorstellen könnte.

Wäre es angesichts der Tatsache, daß der Gedanke ist, insbesondere Frauen mit Kindern zu helfen, die vormittags die Möglichkeit hätten, ihr Abitur nachzuholen, vorstellbar, daß eine Finanzierung des Pilotprojekts durch das Frauenministerium erfolgen könnte?

Gisela Böhrk, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur:

Frau Spoorendonk, ich habe diesen Antrag ja zu einer Zeit geprüft, als ich auch noch Frauenministerin war. Insofern können Sie ganz sicher sein, daß ich auch auf diesen Aspekt Rücksicht genommen habe.

Nur, wir verzeichnen steigende Schülerzahlen, und Sie haben ja in Ihrer Frage selbst formuliert: „wenn es denn einen solchen Bedarf gäbe". Wir haben festgestellt, daß wir steigende Schülerzahlen in allen Bereichen haben, aber gerade in dem Bereich, den Sie ansprechen, gibt es keine solche Nachfrage, die nicht anderweitig befriedigt werden kann. Deshalb stehen wir vor der Frage, ob wir neues, frisches Geld in die Hand nehmen oder ob wir von den zusätzlichen Planstellen, die wir für vorhandene Schüler brauchen, auf die Möglichkeit hin, daß es solche Frauen – wie Sie sagen – gibt, Geld in Anspruch nehmen. Das ist aber – so denke ich – nicht vertretbar. Deswegen ist es zwar vernünftig, daß sich das Abendgymnasium Gedanken über ein zusätzliches Angebot gemacht hat – um nicht bei sinkenden Schülerzahlen in diesem Bereich Stellen abgeben zu müssen –, aber die Nachfrage nach diesem zusätzlichen Angebot ist durch andere Maßnahmen – wenn diese Nachfrage denn überhaupt besteht – mindestens ebensogut zu erfüllen.

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort zu einer Zusatzfrage hat Frau Abgeordnete Röper.

Ursula Röper [CDU]:

Frau Ministerin, ist es richtig, daß die dort angestellten oder beamteten Lehrer das Angebot gemacht haben, die erste Phase ohne zusätzliche Kosten laufen zu lassen, um einfach einmal den Bedarf abzuprüfen? Wenn das so ist, wäre das Ministerium dann bereit, einen Durchgang modellhaft laufen zu lassen?

Gisela Böhrk, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur:

Mir ist nicht bekannt, daß die Lehrkräfte Zusatzunterricht ohne Bezahlung leisten wollen. Aber selbst wenn dem so wäre, glaube ich nicht, daß es seriös wäre, ein zusätzliches Angebot auf der Basis von nicht bezahlten Arbeitsstunden einzurichten, weil das bedeuten würde, daß etwas in Gang gesetzt würde, was nachträglich finanziert werden müßte.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Warum?)

Dieses Angebot, etwas dauerhaft ohne Geld zu machen, ist mir nichts bekannt.

Präsident Heinz-Werner Arens:

Weitere Fragen liegen mir nicht vor. Damit schließe ich diesen ersten Fragenkomplex.

Wir kommen zur Frage des Abgeordneten Wolfgang Kubicki. Bitte stellen Sie Ihre Frage.

Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:

Ich frage die Landesregierung: Wird sich die schleswig-holsteinische Landesregierung für eine Einbeziehung der freien Berufe in die Gewerbesteuerpflicht einsetzen?

(Anke Spoorendonk [SSW]: Gute Frage! – Holger Astrup [SPD]: Das wird auch mal Zeit!)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Minister Möller!

Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie:

Herr Abgeordneter Kubicki, die Landesregierung sieht akut keinen Handlungsbedarf. Die Abschaffung der Gewerbekapitalsteuer ist nicht direk Gegenstand des Jahressteuergesetzes. Von der Bundesregierung ist jedoch angekündigt worden, dies in das Verfahren einzubringen. Wir halten es für vorrangig, die Frage

(Minister Claus Möller)

der betrieblichen Vermögensteuer im Zusammenhang mit der Unternehmensteuerreform zu klären, natürlich aufkommensneutral für die Länder. Wir sehen zur Zeit eigentlich keinen Handlungsspielraum für eine weitere Senkung der Unternehmensteuer.

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Abgeordneter Kubicki, Sie haben das Wort zu einer ersten Zusatzfrage.

Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:

Herr Minister, sind Meldungen darüber, daß sich die SPD-regierten Länder darauf verständigt haben, die Einführung der Gewerbeertragsteuer für Freiberufler vorzunehmen, dementsprechend falsch?

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Minister Möller!

Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie:

Die SPD-regierten Länder sehen zur Zeit keinen akuten Handlungsbedarf. Für den Fall, daß die Frage der Gewerbesteuer in das Gesetzgebungsverfahren eingebracht wird, sind wir allerdings der Auffassung, daß wir einen Lastenausgleich über die Umsatzsteuer oder Einkommensteuer für die Kommunen nicht sehen, wenn zum Beispiel die Abschaffung der Gewerbekapitalsteuer gefordert wird. Wir meinen, daß innerhalb der Unternehmensbesteuerung ein Ausgleich gefunden werden muß. Für diesen Fall ist in der Tat eine breitere Bemessungsgrundlage sinnvoll, sprich: Einbeziehung der Freiberufler. Das könnte dann sogar dazu führen, daß für bestimmte Bereiche sogar eine Steuersenkung erzielt werden kann.

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich will daran erinnern, daß es um die Einbeziehung der freien Berufe in die Gewerbesteuerpflicht geht.

Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie:

Ja.

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort zu einer zweiten Zusatzfrage hat der Herr Abgeordnete Kubicki.

Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:

Herr Minister, ich akzeptiere, daß die Beantwortung möglicherweise schwierig ist, aber meine Frage lautet noch einmal: Hält die Landesregierung die Einbeziehung von Freiberuflern in die Gewerbeertragsteuer angesichts der Notwendigkeit zur europäischen Harmonisierung im Jahre 1999 überhaupt für machbar?

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Minister Möller!

Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie:

Ich sage noch einmal, daß die Landesregierung nicht initiativ werden wird. Wenn dies in das Gesetzgebungsverfahren eingeführt wird, werden wir für die Einbeziehung der Freiberufler plädieren, damit es innerhalb der Unternehmensbesteuerung zu einem Ausgleich kommt. Wenn die Freiberufler zusätzlich aufgenommen würden, sehen wir für mittelständische Unternehmen sogar die Möglichkeit der Steuersenkung.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort zu einer weiteren Frage hat die Frau Abgeordnete Aschmoneit-Lücke.

Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.]:

Herr Minister, Sie haben Ihre Haltung zur Einbeziehung der Freiberufler jetzt deutlich gemacht.

Präsident Heinz-Werner Arens:

Kommen Sie bitte zu Ihrer Frage, Frau Abgeordnete.

Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.]:

Wie rechtfertigt die Landesregierung die Ausdehnung der Gewerbesteuerpflicht auf die Freiberufler unter steuersystematischen Aspekten?

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Minister Möller!

Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie:

Man könnte auch umgekehrt die Frage stellen, warum die Freiberufler keine Gewerbesteuer zahlen. Wo liegt der große Unterschied zwischen einem Architekturbüro mit 50 Mitarbeitern oder einer Dentalpraxis mit 50 Mitarbeitern zu einem Handelsvertreter oder zu einem kleinen Handwerksbetrieb?

(Beifall bei der SPD)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Sie haben das Wort zu einer ersten Zusatzfrage, Frau Aschmoneit-Lücke.

Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.]:

Herr Minister, beabsichtigt die Landesregierung dann konsequenterweise auch, die Einbeziehung der übrigen, bisher ausgenommenen Berufsgruppen in die Gewerbesteuer zu fordern? Ich denke zum Beispiel an die Landwirte.

Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie:

Ich habe gesagt, nur wenn das Gesetzgebungsverfahren anläuft und wenn es uns aufgezwungen wird! Wir werden nicht initiativ werden. Wir meinen, keinen aktuellen Handlungsbedarf bei der Abschaffung der Gewerbekapitalsteuer zu sehen. Nur 16 % der Unternehmen bezahlen sie; 1 % der Unternehmen bezahlen 50 % der Gewerbekapitalsteuer. Es ist eine Großfirmensteuer. Aber wenn diese Diskussion aufkommt, werden wir uns dann für die Einbeziehung der Freiberufler aussprechen.

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich darf noch einmal darum bitten, den Fragenkomplex, und zwar die Einbeziehung der Freiberufler in die Gewerbesteuerpflicht, nicht zu verlassen. Herr Abgeordneter Stritzl hat sich zu einer Frage gemeldet.

Thomas Stritzl [CDU]:

Herr Minister, gibt es Schätzungen Ihres Hauses, welchen Betrag Sie für den Fall erwarten, daß Sie die Freiberufler in die Gewerbesteuer einbeziehen?

Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie:

Wir haben das für Schleswig-Holstein noch nicht durchgerechnet. Von der Bundesebene ist mir jedenfalls eine Zahl bekannt: Wenn man die Freiberufler in das geltende Gewerbeertragsteuersystem einbezieht, wird es möglich sein, für bestimmte Gruppen sogar höhere Freibeträge durchzusetzen, um es aufkommensneutral zu betreiben.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Was? – Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Das war keine Beantwortung der Frage!)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort zu einer weiteren Frage hat Frau Abgeordnete Happach-Kasan.

Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]:

Herr Minister, ist die Landesregierung der Auffassung, daß die Ertragsausfälle aus der Gewerbekapitalsteuer mit dieser Maßnahme kompensiert werden können?

Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie:

Ich sage es noch einmal: Die Position der Landesregierung ist nicht die, bei der Abschaffung der Gewerbekapitalsteuer initiativ zu werden. Aber durch die Einbeziehung der Freiberufler in die Gewerbeertragsteuer kann die Gewerbekapitalsteuer mehr als kompensiert werden.

Präsident Heinz-Werner Arens:

Sie haben das Wort zu einer ersten Zusatzfrage, Frau Happach-Kasan.

Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]:

Sind Sie in Anbetracht der gegenwärtigen Arbeitslosenzahlen, über die wir in diesem Hause auch diskutiert haben, der Auffassung, daß diese Maßnahme tatsächlich dazu beitragen wird, daß wir bei den freien Berufen im Bereich der Ausbildungsstellen weiterhin einen Zuwachs erreichen können beziehungsweise daß wir damit erreichen können, daß mehr Beschäftigte in diesem Bereich tätig werden? Oder teilen Sie die Auffassung, daß nur eine spürbare Gesamtentlastung der Unternehmen zu Wachstums- und Beschäftigungseffekten führen kann?

(Konrad Nabel [SPD]: Meinen Sie Ausbildung oder Ausbeutung?)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Minister Möller!

Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie:

Was eine Entlastung der Unternehmensbesteuerung angeht, muß man sich fragen, ob der Schwerpunkt – wie es offensichtlich die Mehrheit im Bundestag sieht – bei der Vermögensteuer und insbesondere bei der betrieblichen Vermögensteuer liegt, oder additiv eine Entlastung im Bereich der Gewerbesteuer in Betracht kommt. Dafür sehe ich – auch nach der gestrigen Beratung im Finanzplanungsrat – kaum eine Möglichkeit. Was die Mittelstandskomponente und die Arbeitsmarktkomponente angeht, spricht sogar einiges dafür, die Gewerbekapitalsteuer zu belassen, weil 1 % der Großfirmen 50 % des Aufkommens tragen.

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort zu einer Frage hat Herr Abgeordneter Klug.

Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]:

Herr Minister, wie beurteilt die Landesregierung die Folgen einer eventuellen Ausdehnung der Gewerbeertragsteuer auf die freien Berufe im Hinblick auf die künftige Ausbildungsbereitschaft der betroffenen Freiberufler?

(Zuruf von der SPD: Zuhören! Das war doch die gleiche Frage!)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Minister Möller!

Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie:

Ihnen ist das System, wie die Gewerbesteuer insgesamt auf die Besteuerung auch von Freiberuflern und

(Minister Claus Möller)

von Gewerbebetrieben wirkt, sicherlich bekannt. Wir sehen gerade bei einer konsequenten Umsetzung – wenn man die Aufkommensneutralität beachtet – für bestimmte Bereiche sogar die Möglichkeit zur Senkung der Hebesätze. Insofern sehen wir keine Gefahr.

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich habe keine Ratschläge zu erteilen, aber auch der Antwortende kann sich auf die von ihm bereits gegebenen Antworten beziehen. – Herr Klug, Sie haben das Wort zu einer ersten Zusatzfrage.

Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]:

Herr Minister, sind die unter den SPD-Ländern angestellten Überlegungen zur Ausdehnung der Gewerbeertragsteuer auf die freien Berufe mit der SPD-Bundestagsfraktion abgestimmt?

Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie:

Ja!

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort zu einer Frage hat Herr Abgeordneter Stritzl.

Thomas Stritzl [CDU]:

Herr Minister, da Sie meine Frage nicht beantworten konnten, wie hoch das Aufkommen der Gewerbeertragsteuer von Freiberuflern wäre, aber gleichzeitig gesagt haben, daß man davon ausgehen könne, daß bei Wegfall der Gewerbekapitalsteuer die Einbeziehung der Freiberufler in die Gewerbeertragsteuer den Wegfall der Gewerbekapitalsteuer kompensieren würde, frage ich Sie, ob Sie mir sagen können, wie hoch das Aufkommen der Gewerbekapitalsteuer in Schleswig-Holstein ist.

Präsident Heinz-Werner Arens:

Na ja! Herr Minister, bitte!

Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie:

Ich bleibe bei meiner Antwort, daß ich das für Schleswig-Holstein nicht quantifizieren kann. Ich weiß nur von bundesweiten Berechnungen, die das so sehen. Was das Aufkommen der Gewerbekapitalsteuer in Schleswig-Holstein anbetrifft, wird es vermutlich im Jahre 1996 zirka 194 Millionen DM betragen. Das gesamte Aufkommen der Gewerbeertragsteuer liegt bei 1,3 Milliarden DM. Sie sehen, das spielt ohnehin nur eine geringe Rolle. Darum ist mein Verdacht begründet, daß man das bei einer genaueren Modellrechnung überkompensieren kann.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Bekomme ich noch eine Antwort?)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort zu einer weiteren Frage hat Herr Abgeordneter Rossmann.

Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]:

Herr Minister, können Sie grundsätzlich sagen, wie sich die Einkommen der Freiberufler im Vergleich zu den Einkommen der Arbeitnehmer und Angestellten in den letzten Jahren entwickelt haben?

Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie:

Ich kann Ihnen das nicht in Prozentsätzen sagen, aber ich glaube, es gibt ausreichende Statistiken, daß es hier eine auseinanderklaffende Einkommensentwicklung gibt.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Meine Damen und Herren, Herr Abgeordneter Klug startet zu seiner zweiten Zusatzfrage.

(Heiterkeit)

Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]:

Herr Minister, sind die offensichtlich unter den SPD-Ländern angestellten Überlegungen zur Ausdehnung der Gewerbeertragsteuer auf freie Berufe mit der SPD-Bundestagesfraktion abgestimmt worden?

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Da hat er ja gesagt!)

Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie:

Ich verweise auf meine Antwort.

Präsident Heinz-Werner Arens:

Weitere Fragen sehe ich nicht. Ich schließe die Fragestunde.

(Beifall des Abgeordneten Helmut Plüschau [SPD])

Meine Damen und Herren, wir kommen zum Schluß der Tagung. – Ich bitte, noch so lange auf den Plätzen zu verbleiben, bis ich die Tagung geschlossen habe.

Wir haben die Tagesordnungspunkte 7 und 19 in verbundener Debatte und auch den Tagesordnungspunkt 10 heute nicht mehr behandeln können. Wir werden dies in der nächsten Tagung tun.

Ich darf Sie darauf hinweisen, daß wir uns zur nächsten, der 4., Tagung des Landtages am 14. August 1996 hier wiedersehen werden.

Ich möchte noch zwei abschließende Hinweise geben.

Erstens: Wir treffen uns jetzt im Anschluß an diese Tagung bei der Parlamentarischen Gesellschaft im Schloß.